

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

80 Jahre danach

In diesen Apriltagen des Jahres 2025 häufen sich jene Tage, an denen der deutsche Imperialismus in seiner faschistischen Ausprägung vor 80 Jahren letzte entscheidende Niederlagen erlitt.

Die Rote Armee befreite Ungarn und am 15. April Wien. Am 11. April erhoben sich unter Führung des von Kommunisten geleiteten illegalen Lagerkomitees die Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald. Am 16. April begann die Rote Armee ihre Berliner Operation und schloß am 25. April bei Ketzin an der Havel den Ring um die deutsche Hauptstadt. Am selben Tag trafen bei Torgau an der Elbe erstmals Rotarmisten und US-Soldaten zusammen. In den folgenden Tagen gingen Fotos aus der sächsischen Stadt um die Welt. Der britische „Daily Express“ veröffentlichte am 28. April das Bild mit den Soldaten, die sich auf der zerstörten Elbe-Brücke die Hände reichen, unter der Schlagzeile: „Das Dritte Reich ist tot. Hitlers Imperium, in zwei Teile gespalten, im letzten Kampf“.

Einer der damaligen US-Soldaten, Joe Polowsky, Sohn jüdischer Emigranten aus Kiew, kämpfte nach 1945 dafür, daß dieses Datum „Weltfriedenstag“ wird. An jedem 25. April hielt der Taxifahrer auf einer Brücke in Chicago Mahnwache, was ihm in den 40er und 50er Jahren Repressionen eintrug. Er schrieb an die UN, sprach mit Walter Ulbricht und verfügte, daß er in Torgau bestattet wird. Das geschah 1983 – in einer Zeit, in der die NATO in Westeuropa „Pershing II“ und „Cruise Missiles“ stationierte. Erich Honecker bemühte sich – durchaus im „Geist von Torgau“ – um eine „Koalition der Vernunft“ und suchte das Gespräch mit jenen im Westen, die gesprächsbereit waren. Dazu zählten selbst in der damaligen BRD Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien. 2025, 80 Jahre nach dem Treffen in Torgau, kann von Gesprächsbereitschaft etwa mit Rußland in der BRD keine Rede sein. Noch ist unklar, was aus den Beteuerungen der neuen Trump-Administration in den USA wird, den Ukraine-Krieg möglichst schnell zu beenden. Immerhin hat Donald Trump

bei seinem 90minütigen Telefongespräch mit Wladimir Putin am 12. Februar an den gemeinsamen Sieg über den deutschen Faschismus erinnert. Was aber die in Berlin Regierenden – die

Kahl die politische Katze aus dem Sack und erklärte im Staatsender „Deutsche Welle“, aus europäischer Sicht sei es wünschenswert, daß der Ukraine-Krieg bis mindestens 2029 weitergeht.



Torgau, 25. April 1945

abgewählten und auch die vermutlich zukünftige Koalition aus CDU/CSU und SPD – von Frieden zwischen beiden Großmächten halten, stellte Nochkanzler Olaf Scholz bereits einen Tag nach dem Gespräch zwischen Trump und Putin klar: Nichts. Die Aufrüstung der Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro zusätzlich gegen Rußland sei nur der Anfang gewesen. Gesagt, getan. Bereits am 24. Februar, dem Tag nach der Bundestagswahl, forderten Bündnis 90/Die Grünen, der alte Bundestag solle die Finanzierung einer Hochrüstung in völlig neuen Dimensionen beschließen. Eine gute Woche später, am Abend des 4. März, meldeten CDU, CSU und SPD Vollzug: Sie einigten sich auf Finanzzusagen in Billionenhöhe fürs Militär sowie ein „Sondervermögen“ in Höhe von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur – auch Straßen, Brücken, Tunnel und Gleise müssen kriegstüchtig werden. Am 6. März beschloß ein EU-Sondergipfel, 800 Milliarden Euro in den Mitgliedstaaten für Rüstung zu mobilisieren. Am 7. März rechnete das „Handelsblatt“ vor, allein die deutschen Pläne könnten in den nächsten zehn Jahren 1,5 Billionen Euro „zusätzlich freisetzen“. Einige Ökonomen kalkulierten sogar mit 1,8 Billionen Euro. Am 8. März ließ schließlich BND-Chef Bruno

Berlin ist führend beteiligt am Versuch der EU- und NATO-Länder Europas, eine Verständigung zwischen Washington und Moskau zu torpedieren. In ihr sieht 80 Jahre nach dem Frühjahr 1945 der wiederauferstandene deutsche Imperialismus eine Bedrohung. Zufall ist das nicht. Ergreifen die aggressivsten Teile der herrschenden Klasse die Macht, folgen sie den gleichen Interessen wie eh und je. Sie sehen 35 Jahre nach der Konterrevolution in der DDR ihre Stunde gekommen. Am 13. März verkündete CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann bei „Bild“: „Wenn dieser Koalition nicht klar ist, worum es geht, daß die Wirtschaft wieder läuft: Dann werden wir uns den ganzen Sozialstaat in dieser Form nicht mehr leisten können.“ Krieg nach innen ist Voraussetzung für Krieg nach außen.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Wahlen in Deutschland	2
Wo bleibt die Brandmauer?	4
Billionenkredit	6
Deutschland und die Aufrüstung	8
Kriegskredite	9
Die Rolle der NGOs	11
USAID vor dem Aus	13
Was man uns einreden will	16
Sachs spricht Klartext	18
Putin zu geopolitischen Fragen	19
Zum Ukraine-Konflikt	20
Chinas Wirtschaftsentwicklung	22
Fluchtpunkt Bahnhof Basel	25
GVK: Die Schlacht um Berlin (I)	26
Aus dem RF-Archiv	28
Bombardierung Dresdens vor 80 Jahren	30
Wer wollte die Spaltung Deutschlands?	32

Wählten die Deutschen den Gang ins Vierte Reich?

Diese Frage stellte Germán Gorráiz, Analyst für wirtschaftliche und geopolitische Fragen, der unter anderem für die spanische Zeitung „Mundiario“ schreibt. Sie erinnert mich an ein Gespräch im Frühjahr 1990 mit Marcel Brun, einem Schweizer Journalisten und Schriftsteller, der unter dem Namen Jean Villain schrieb und in Dreesch wohnte. Er arbeitete an einem Buch, das den Untergang der DDR behandelte und im Herbst 1990 unter dem Titel „Die Revolution verstößt ihre Väter“ erschien. Wir sprachen darüber, wie es nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 weitergehen würde. Damals gewann das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ (AfD), bestehend aus der ehemaligen Blockpartei CDU mit dem Spitzenkandidaten Lothar de Maizière, der DSU und dem Demokratischen Aufbruch. Die von den „Parteien der Mitte“ der alten Bundesrepublik gesteuerte Volkskammerwahl vollendete die „friedliche Konterrevolution“ in der DDR. „Nie wieder Sozialismus“ stand auf den Wahlplakaten. Wir wußten, daß die „Einheit“ Deutschlands kommen würde. Wir sprachen auch darüber, wohin die Reise dieses vereinten Deutschlands gehen könnte, ob nicht die Gefahr eines Vierten Reiches drohe. Marcel hielt das für ausgeschlossen. Dafür sei die Demokratie zu stark entwickelt, so sein Argument. Fünfunddreißig Jahre später gingen in Deutschland vor einer Bundestagswahl die Leute auf die Straßen und Plätze, um für die „Rettung der Demokratie“ zu demonstrieren.

Am 23. Februar fanden in der Bundesrepublik Deutschland vorgezogene Wahlen statt. Die Ampel-Regierung war gescheitert. Sie wollte Rußland ruinieren, trieb jedoch das eigene Land in den freien Fall. Den aufzuhalten, traute die wählende Bevölkerung vor allem der CDU/CSU und der AfD (Alternative für Deutschland) zu. Sie nahm in Kauf, daß mit der Wahl der AfD der Aufstieg der extremen Rechten voranschreitet. Die CDU/CSU gewann die Wahlen. Sie setzte im Wahlkampf auf Sicherheit, Wirtschaft und Migrationspolitik. Die zweitplatzierte AfD griff in ihrem Wahlkampf die Einwanderung und die Klimaagenda an. Die ehemaligen Regierungsparteien SPD und Bündnis-90/Grüne landeten abgeschlagen. Der Wiedereinzug der Partei Die Linke überraschte viele. Sie setzte auf soziale Themen und hatte damit offenbar bei der städtischen Jugend Erfolg. Die FDP bezahlte das von ihrem Vorsitzenden betriebene Ampel-Aus mit dem Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde. Auch das BSW schaffte die fünf Prozent nicht. Es war die einzige Partei, die im Wahlkampf eindeutig Friedensverhandlungen sowie die Beendigung der Kriegsunterstützung für die Ukraine und der Sanktionierungspolitik gegenüber Rußland forderte.

Deutschland hat in den vergangenen drei Jahrzehnten unter einzigartigen

Bedingungen gelebt. Die niedrigen Kosten der von Rußland gelieferten Energie ermöglichten es Berlin, für die Industrie hohe Gewinnmargen zu erzielen und gleichzeitig die Energiekosten günstig zu halten. Deutsche Produkte hatten eine starke Position auf dem chinesischen Markt. Darüber hinaus stand Berlin unter dem Schutz der USA, der politischen Rückhalt bot. Die Kombination von wirtschaftlicher und politischer Macht erleichterte Deutschland die Führungsrolle innerhalb der EU. Die deutsche Krise begann wie die der gesamten EU mit der globalen Finanzkrise 2008 und der Staatsschuldenkrise 2010. Sie weitete sich mit der Pandemie des Jahres 2019 aus und erreichte ihren kritischsten Punkt 2022 mit den gegen Rußland verhängten Sanktionen. Sie hatten für die EU im allgemeinen und für Deutschland im besonderen einen Bumerang-Effekt. Die deutsche Industrieproduktion, die nach wie vor die höchste in Europa ist, sank zwischen 2019 und 2024 um zwölf Prozent. Fünfzehn Jahre lang stützte die chinesische Nachfrage die deutsche Produktion. Die sinkende Nachfrage aufgrund der hohen Energiekosten und Chinas wachsende Fähigkeit, mehr Waren im Inland zu produzieren, führten zusammen mit den von Washington verhängten Beschränkungen für den Handel der EU mit Peking zu einem weiteren Rückgang der Exporte nach China. Die deutsche Wirtschaft steckt in der Rezession. 2024 belief sich das Bruttoinlandsprodukt auf 4,3 Billionen Euro. Das ist ein Rückgang von 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im verarbeitenden Gewerbe meldeten 47,7 Prozent der Unternehmen fehlende Aufträge aufgrund zu hoher Preise. Insolvenzen nehmen zu, tausende Arbeitsplätze sind in Gefahr. Die Reallöhne stagnieren. Siebeneinhalb Millionen Deutsche arbeiten in gering entlohnten Jobs und der Anteil der von Armut bedrohten Menschen liegt laut Paritätischem Gesamtverband bei 16,6 Prozent der Bevölkerung. Hinzu kommen weniger Sozialausgaben, vor allem für Renten- und Krankenversicherungen. Dem Land fehlen geschätzte 500 000 Wohnungen. Wohnungsbau und Investitionen stocken. Das Gesundheitssystem droht zu kollabieren. Bildung und Wissenschaft dümpeln auf niedrigem Niveau. Die Kassenlage vieler Kommunen ist miserabel. Nahverkehr, Stadtwerke, Betriebe der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie der Müllverbrennung arbeiten am Limit.

Die schwierige sozialökonomische Lage wird durch das schwache Wachstum im Osten Deutschlands noch verschärft. Die „Wiedervereinigung“ erwies sich allein als eine territoriale Angliederung der DDR an die BRD. Das Pro-Kopf-BIP der östlichen Bundesländer liegt immer noch 30 Prozent unter dem der westdeutschen. Das führt zu Spannungen und gegenseitigen Beschuldigungen. Die

hohe Einwanderungsquote von fast 20 Prozent wird von der AfD als Argument herangezogen, um fremdenfeindliche Gefühle in der deutschen Gesellschaft, vor allem unter den Ostdeutschen, zu schüren. Für die Wähler der Mittelschicht und der ärmsten Schichten ist die Hoffnung auf Wachstum und Stabilität geschwunden. Die Verunsicherung und Verärgerung der Bevölkerung nimmt zu. Die Stimmung kippte nach den Anschlägen in Magdeburg, Aschaffenburg und München. Das alles war der Hintergrund für die historische Niederlage der Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen. Die Ampel-Regierung war die fadeeste Regierung, die Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg hatte.

Auch außenpolitische Gewitter verschärfen die innenpolitische Krise. Für die USA ging offenbar einer ihrer sehnlichsten Wünsche in Erfüllung. Sie schalteten ihren Verbündeten Deutschland und damit die Europäische Union (EU) als globale Wirtschaftskonkurrenten aus. Die USA ziehen die Unterstützung der Ukraine zurück und erwarten, daß Europa diese Aufgabe übernimmt. Trotzdem wollen sie, daß Osteuropa Hegemonialsphäre des Westens bleibt. Die Kosten dieser Hegemonie soll ihre europäische Vasallenschar übernehmen. Washington benötigt die Kapazitäten der USA für den Krieg mit China. Der Auftritt des US-Vizepräsidenten J. D. Vance auf der Sicherheitskonferenz in München demonstrierte diese Linie. Er schockierte damit die europäischen NATO-Mitglieder und deutschen Eliten. Der nächste Schock für sie war der Rausschmiß des ukrainischen Präsidenten Selenskyj aus dem Weißen Haus.

Am 6. März fand in Brüssel Europas „Kriegsgipfel“ statt. Er sollte eine Antwort auf den Stopp Washingtons für Waffenlieferungen und geheimdienstliche Informationen an die Ukraine geben. Die europäischen Eliten mußten erkennen, daß ihr Kontinent nicht länger auf den Schutz der Amerikaner zählen kann und daß sie den geplanten Marsch auf Moskau ohne US-amerikanische Dollars und Waffen antreten müssen. Zur Zeit verfügt die EU dazu nicht über die entsprechenden Kapazitäten. Sie ist auch nicht in der Lage, die entzogene Hilfe der USA für die Ukraine zu ersetzen. In Brüssel rangen sich die Staats- und Regierungschefs dazu durch, den Stabilitäts- und Wachstumspakt für die europäische Wirtschaftspolitik zu lockern. Der EU-Club unterstützt damit den Ansatz von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, „Frieden durch Stärke zu erreichen“. Die EU-Politiker wählten den Weg, ihre Länder noch tiefer zu verschulden. Der deutsche Ex-Kanzler Scholz, der früher eifriger Verfechter von Sparsamkeit in der EU war, plädierte plötzlich für eine Lockerung der Schuldenregeln. Für

das in Brüssel genehmigte europäische Aufrüstungsprojekt sollen 800 Milliarden bereitgestellt werden. In einem weiteren Beschluß sagten 26 der 27 EU-Staaten Kiew zu, die Ukraine bei der Fortsetzung des bewaffneten Konflikts zu unterstützen. Ungarn hat diesen Punkt nicht unterzeichnet.

Während Washington sich beeilt, einen Verhandlungsfrieden für die Ukraine zu erzielen, ist Brüssel entschlossen, die Konfrontation fortzusetzen. Der Finanzpuls scheint den kriegerischen Kurs zu begrüßen. Deutsche Anleihen, die sichersten in der EU, schossen zwei Tage vor dem Gipfel auf 2,69 Prozent in die Höhe, nachdem der kommende deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz gemeinsam mit dem Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz Verfassungsänderungen vorgeschlagen hatte, ein billionenschweres Finanzpaket für Investitionen in Infrastruktur und Aufrüstung zu schnüren. Am Vorabend des Treffens in Brüssel bezeichnete der französische Präsident Emmanuel Macron in einer Fernsehansprache an die Nation Rußland als „eine Bedrohung für Frankreich und Europa“. Er bot der EU an, Rußland mit französischen Atomwaffen entgegenzutreten und europäische Staaten unter den französischen „atomaren Schutzschirm“ zu nehmen. Macron und Merz streben nach einer „strategischen Autonomie Europas“. Sie versuchen, die Entsendung europäischer „Friedenstruppen“ in die Ukraine zu rechtfertigen. Rußland wird nicht bereit sein, das zu akzeptieren.

Die schwarz-rote Koalition hat ihre Arbeit aufgenommen. Bundeskanzler Merz drückt aufs Aufrüstungstempo, die SPD macht mit. Noch der alte Bundestag stimmte in Sonder Sitzungen über die Rüstungskredite ab. Im neugewählten Parlament würden Union und SPD die dafür nötigen Stimmen fehlen. CDU und CSU versprachen einen Politikwechsel, nachdem die Ampelregierung den Kurs der schwarz-roten Merkel-Regierung nahtlos fortgesetzt hatte. Die Tageszeitung *junge Welt* schrieb: „Die Kapitallobby hofft, daß es stimmt. Und so fordert der BDI gleich 1,4 Billionen Euro zusätzlicher Investitionen bis 2030 – mit dem Versprechen, daß

die Wirtschaft davon zwei Drittel selbst beibringen wird.“ Woher das übrige Geld kommen soll, sagte die Kapitallobby nicht. Wir wissen, daß es nur aus dem Abbau der Sozialausgaben kommen kann. Für den Notstand ist vorgesorgt. Geld für das Niederknüppeln der Proteste steht bereit. Erste Proteste regen sich. Jedoch gehen die Leute nicht auf die Straße, weil aufgerüstet wird und Krieg droht, sondern weil sie mehr Lohn wollen. Die gegenwärtige Lage ähnelt sehr der von 1932/33, die Hitler an die Macht brachte und den Weg ins Dritte Reich ebnete.

Friedrich Engels muß diese gegenwärtige Situation gemeint haben, als er in „Ursprung der Familie“ schrieb: „Die demokratische Republik weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption, wofür Amerika klassisches Muster ist, andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich umso leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen.“

Und Karl Marx schrieb in „Der Bürgerkrieg in Frankreich“: „Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen – stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit – stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie. Während der nachfolgenden Herrschaftsformen wurde die Regierung unter parlamentarische Kontrolle gestellt, d.h. unter die direkte Kontrolle der besitzenden Klassen. Einerseits entwickelte sie sich jetzt zu einem Treibhaus für kolossale Staatsschulden und erdrückende Steuern und wurde vermöge der unwiderstehlichen Anziehungskraft ihrer Amtsgewalt, ihrer Einkünfte und ihrer Stellenvergebung der Zankapfel für die konkurrierenden Fraktionen und Abenteurer der herrschenden Klassen – andererseits änderte sich ihr politischer Charakter gleichzeitig mit den ökonomischen Veränderungen der Gesellschaft. In dem Maß, wie der Fortschritt der

modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Maß erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft.“

Wir erleben den Raubtier-Kapitalismus in seinem höchsten Stadium. Die Deutschen könnten das wissen. Zwei ihrer besten Söhne deckten die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus auf und schlugen vor, was dagegen zu tun sei. Die DKP stellte fest, daß die Grundpfeiler der Kriegs- und Krisenpolitik auch über die Neuwahl hinaus Bestand haben werden. „Die Politik der Hochrüstung, des sozialen Kahlschlags und des Abbaus demokratischer Rechte wird fortgesetzt, wahrscheinlich sogar verschärft.“ Die DKP unterstreicht, daß das BSW mit einer klaren Haltung zur Friedensfrage angetreten ist. Die Einschätzung, daß „das Ausscheiden aus dem Bundestag am Ende einer langen Kette von taktischen und politischen Fehlern steht“, teile ich nicht. Was das BSW in kurzer Zeit schaffte, spricht nicht für eine Fehlerkette. Nach dieser Bundestagswahl ist nicht die Zeit, sich mit den Fehlern anderer zu beschäftigen. Es ist jedoch höchste Zeit, daß Kommunisten, Sozialisten und weitere antiimperialistische Linke sich auf ihre Stärken besinnen. Es kann nur eine Aufgabe geben: Eine antiimperialistische Einheitsfront schaffen, welche die Massen mobilisiert, damit sie sich gegen die drohende Gefahr eines Vierten Reiches und eines Dritten Weltkrieges wehren und sie verhindern. „Der Kampf um den Frieden und gegen den sozialen Kahlschlag wird nicht im Bundestag entschieden“, erklärte der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele. „Wir sehen uns auf den Ostermärschen, am 1. Mai und in den anstehenden Tarifrunden. Jetzt erst recht!“ Das gefällt mir. Hoffentlich sind DKP, Die Linke und das BSW gemeinsam dabei.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

gestützt auf Berichte von Septimo Piso und teleSUR

Ostdeutsche ticken offenbar anders

Versuche, sich das unterschiedliche Abstimmungsvotum in Ost und West bei den Bundestagswahlen zu erklären, verlieren sich meist in so abwegigen Urteilen, daß es den ostdeutschen Bürgern immer noch an Erfahrungswerten im Umgang mit Wirkungen demokratischer Praktiken und vor allem an Dankbarkeit und Wertschätzung für die durch die „Wiedervereinigung“ erlangenen Freiheiten fehle.

Doch jahrzehntelang hatte man in allen bürgerlichen Medien das Wohlleben in

einer westlichen Demokratie verherrlicht und das in der DDR existierende Gesellschaftssystem verdammt und verketzert. Das Volk der DDR glaubte an die von höchsten BRD-Repräsentanten versprochenen „blühenden Landschaften“ und eine grenzenlose Freiheit. Doch beides stellte sich nicht ein. Nach und nach bekamen die früheren DDR-Bürger die Schattenseiten des kapitalistischen Systems und die zu erduldenen materiellen und sozialen Probleme zu spüren. Sie erlebten Schritt für Schritt

eine Enttäuschung nach der anderen über die gehegten Erwartungen und mußten lernen, was es heißt, in einem System zu leben, in dem das Geld regiert. Gesellschaftliche Bedürfnisse, die keinen Gewinn und Profit für die herrschenden Kreise versprochen, hatten keine Chance und galten als zweit-rangig. Viele erfuhren am eigenen Leib, daß in einer solchen Gesellschaft irrealer Verhältnisse wuchsen. 10 % der Bevölkerung verfügen über 90 % des Staatsvermögens und 90 % teilen sich die restlichen 10 %

des Vermögens. Die Folge: ein Heer von Arbeitslosen und „ausgemusterten“ Bürgern, hunderttausende Wohnungslose, Millionen leben in Armut. Für eine seit dem Ende der DDR praktizierte Ungleichbehandlung sollen die Ostdeutschen nun auch noch dankbar sein, dankbar dafür, jetzt in „Freiheit“ leben zu können und nicht mehr dem „diktatorischen“ Leben in der DDR ausgesetzt sein zu müssen.

Für den Anschluß der DDR an die BRD zahlten die Ostdeutschen einen horrenden materiellen und ideellen Preis. Was sich an Werten der DDR nicht in private Hände legen ließ und verscherbelt werden konnte, wurde geschleift. Propagandistisch wurde versucht, diesen „Ausverkauf“ der DDR mit dem Widersinn zu begründen, daß die in der Welt als leistungsstark bekannte DDR angeblich wirtschaftlichen „Aufholbedarf“ hätte. Wenngleich allein Initiatoren dieser Art der „Vereinigung“ und gutgläubige Bürger an den verkündeten „Aufholbedarf“ der DDR geglaubt haben, so war die Leugnung der ökonomischen Potenzen der DDR ein wichtiges, ja, das entscheidende Argument in ihren Händen. Man brauchte solche Begründungen, damit die Ostdeutschen die einsetzenden Auflagen und Kürzungen mit all den materiellen Folgen bereitwillig

hinnehmen. Das betraf z. B. die 20-prozentige geringere Entlohnung und entsprechend geringere Rentenerwartung oder die Erfahrung, als BRD-Bürger zweiter Klasse zu gelten.

Ohne Zweifel beurteilt die Mehrheit der früheren DDR-Bürger die entstandenen Verhältnisse nicht nach gesellschaftswissenschaftlichen Gesichtspunkten, in denen ja die eigentliche Ursache des Dilemmas zu finden wäre. Sie wünschen sich daher auch nicht das Gesellschaftssystem der DDR zurück. Sie hofften statt dessen, die mit dem Anschluß der DDR an die BRD verloren gegangenen Verhältnisse mithilfe einzelner Parteien wiedererlangen zu können. Diese Überlegung spielt sicherlich in weiten Kreisen der Wähler in Ostdeutschland eine Rolle. Auf der Suche nach einer Partei, von der sie glauben, die Vertretung ihrer Interessen erhoffen zu können, gaben sie dieser bei anstehenden Wahlen ihre Stimme. Das waren in der Vergangenheit wiederholt linksorientierte Parteien. Da diese die Erwartungen in dem erhofften Maße nicht erfüllten, verlagerte sich die Orientierung wie bei den Bundestagswahlen in diesem Jahr zunehmend auf die „Alternative für Deutschland“. Dabei dürften vor allem solche

Programmpunkte dieser Partei, wie die stärkere Einbeziehung der Bevölkerung durch „Volksabstimmungen nach Schweizer Art“ und die Wahrung „nationaler Interessen“ gegenüber „europäischen Belangen“, den Ausschlag gegeben haben. Da schon bald vorauszusehen war, daß sich kaum eine Partei findet, die sich dieser Probleme mit der erforderlichen Konsequenz annimmt, hat sich bekanntlich vor zwei Jahren in Leipzig ein „Runder Tisch – Rentengerechtigkeit e. V.“ gebildet. Seine Gründung erfolgte ausschließlich zu dem Zweck, sich diesem Problem zu widmen. Er übernimmt damit gewissermaßen die Interessenvertretung etwa 500 000 betroffener DDR-Bürger. Der „Runde Tisch“ dürfte in dem Maße erfolgreich sein, wie es ihm gelingt, Bekanntheit und Unterstützung zu erlangen. Wenn man staatlicherseits weiterhin die Augen vor den bestehenden Fehlentwicklungen und den daraus folgenden Problemen verschließt und nicht korrigiert, wird es nicht nur bei den gegensätzlichen Wahlergebnissen bleiben, sondern in wesentlich krasserer Form ihren Ausdruck finden.

Dr. sc. Heinz Günther
Berlin

Wo bleibt Brandmauer gegen Kriegspolitiker?

Nach der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes Ende Januar/Anfang Februar zu Migrations- und Sicherheitsfragen kam das Telefongespräch zwischen Trump und Putin mit der Ankündigung von Friedensverhandlungen über die Beendigung des Ukrainekrieges am 12. Februar. 11 Tage vor dem Wahltermin änderte sich zwar abrupt die Situation, aber kaum der Wahlkampf. Der anfänglichen Schockstarre folgte, vor allem auf der Münchener Sicherheitskonferenz vom 14. bis 16. Februar und dem von Frankreich organisierten „Pariser Gipfel“ (Teilnahme: Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, die Niederlande, die Briten, die EU-Führung und der NATO-Generalsekretär), der Versuch einer Verständigung auf eine Gegenposition. Man war sich einig darin, die Verhandlungsoption von Donald Trump zu hintertreiben. Eine gemeinsame Erklärung aber gab es nicht. Sahara Wagenknecht meinte: „Jetzt macht Trump erstmals ein seriöses Angebot und siehe da: Verhandlungen finden statt.“ Weder die Politiker der Linkspartei oder des BSW wagten es jedoch, sich im Wahlkampf demonstrativ an die Seite von Trump und Putin zu stellen. Friedrich Merz plädierte für eine „harte“ Ansage“ an Donald Trump. Robert Habeck war „schockiert“ und sprach davon, Trump „gegenüberzutreten“. Olaf

Scholz warnte vor einem „Diktatfrieden“. Und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier warb weiter für mehr Rüstung.

Kriegslogik gegen Friedenspolitik

Die Reaktionen der CDU/CSU und der ehemaligen Ampelparteien im Bundestagswahlkampf auf die Verhandlungen zwischen den USA und der Russischen Föderation in Saudi-Arabien lassen erkennen, daß das herrschende politische Denken und Handeln in Berlin in einem krassen Gegensatz zu den Bemühungen um eine neue Phase der Entspannungspolitik steht, wie sie sich nunmehr als Möglichkeit abzeichnet. Kern der herrschenden Position ist es, mit immer mehr Waffen, Frieden schaffen zu können. Hochrüstung wird so zur „Friedenspolitik“; Gegner der Hochrüstung sind dagegen Gegner der Friedensbemühungen, Putin-Freunde oder Angstpazifisten. Auf der politischen Anklagebank sitzen nicht diejenigen, die immer mehr Geld für die Rüstung ausgeben und den Ukraine-Krieg mit Waffenlieferungen verlängern wollen, sondern diejenigen, die die völkerrechtlichen Gebote der friedlichen Streitbeilegung und der gemeinsamen Sicherheit ernstnehmen. Dieses Denken hat sich unter der Ampel bei den Politikern der regierenden Parteien und bei der CDU/CSU weiter gefestigt.

Es beeinflusst mittlerweile sogar die Haltung von Politikern der Linkspartei in der Friedensfrage. Es dominiert auch das politische Alltagsdenken, bestimmt die Verteidigungspolitik wie auch die Außenpolitik. Es ist Grundlage für die Politik der Hochrüstung und Konfrontation und für den Aufbau einer Gegenposition zu den derzeitigen Verhandlungen über eine Beendigung des Ukrainekrieges zwischen den USA und der Russischen Föderation.

Es ist ein Denken im Geiste einer Militarisierung der Außenpolitik. Es schließt die Weigerung ein, die Ursachen von Kriegen zu untersuchen und die Sicherheitsinteressen anderer Staaten zu beachten. Es geht einher mit der Negierung der Gebote und Verbote der UNO-Charta von 1948 und festigt sich durch Unterstellungen und Unwahrheiten der täglichen politischen Propaganda, nicht zuletzt durch die Dämonisierung von Putin und die Behauptung, angesichts der Aggressivität und Bedrohung durch Rußland müsse man eben durch mehr Ausgaben für das Militär die „Politik der Abschreckung“ intensivieren.

Es ist beunruhigend, mit welchen absurden Argumenten dabei die Bereitschaft zur Kriegstüchtigkeit „angeheizt“ wird, ohne daß sich dagegen ein größerer öffentlicher Widerstand entwickelt.

Friedensbemühungen

Lange ist es noch nicht her, daß Viktor Orban, Ministerpräsident von Ungarn, davon sprach, daß die Menschheit mit der Eskalation des Ukraine-Krieges nur noch wenige Zentimeter von der Hölle entfernt ist. Nun besteht zumindest die Chance, die Gefahr einer weiteren Ausweitung dieses Krieges zum Dritten Weltkrieg abzublocken. Es ist eine Entscheidungssituation entstanden, deren Ausgang weltgeschichtliche Bedeutung haben wird, in der die politischen Akteure sich neu gruppieren und organisieren. Besonders die führenden EU-Staaten stellen sich gegen eine Verhandlungslösung durch die USA und die Russische Föderation.

Nach Scott Ritter beabsichtigt Donald Trump, die nach 1945 in Europa entstandenen militärischen Strukturen aufzulösen und eine Trennung der Vereinigten Staaten von Amerika von der Militärallianz NATO herbeizuführen. Trump, so Ritter, „strebe eine der größten Veränderungen der Neuzeit an: die Trennung der Vereinigten Staaten von der NATO“, die „heute keinen anderen Zeck mehr erfüllt als eine Atmosphäre der Konfrontation mit Rußland zu fördern“.

Die führenden Politiker der Russischen Föderation, Wladimir Putin eingeschlossen, haben in ihren Verlautbarungen die Anerkennung des Völkerrechts als Maß ihrer Außenpolitik nie in Frage gestellt. Sie sehen sich insofern zu Recht in der Tradition der Sowjetunion. „Die auf den Vereinten Nationen basierende Weltordnung“, sagte Außenminister Sergei Lawrow, „erfüllt ihre Hauptaufgabe – sie bewahrt alle vor einem neuen Weltkrieg.“ Nach den ersten Verhandlungstagen in Saudi-Arabien erklärte Lawrow, das man bereits begonnen habe, „sich vom Rande des Abgrunds zu entfernen, an die uns die Biden-Regierung geführt hatte, aber dies sind nur die ersten Schritte.“

EU-Staaten auf Gegenkurs

In Rußland wird darauf verwiesen, daß der Ausgang der Verhandlungen mit den USA natürlich nicht voraussehbar ist: Eine „korrekte Vorhersage“, meint Georg Mirsajan „ist auf Grund der riesigen Anzahl von Variablen, Akteuren und Vorgängen, die den Prozeß behindern oder beschleunigen können, schlicht unmöglich“, was nicht zu bestreiten ist. (RT.DE vom 19.2.2025)

Das Hauptproblem aber ist ein anderes: Führende Politiker der EU, einschließlich Deutschlands, sind, wie der Bundestagswahlkampf deutlich gemacht hat, mit der Art und Weise der Verhandlungen und überhaupt mit der Ukraine-Politik der USA nicht einverstanden und versuchen, den Erfolg der Verhandlungen zwischen den USA und der Russischen Föderation zu durchkreuzen. Sie setzen auf Kriegsverlängerung und Rüstungssteigerung. Gegen sie vor allem muß heute eine neue Politik der Entspannung durchgesetzt werden.

Entstanden ist so ein Dissens zwischen USA und führenden EU-Staaten darüber, mit welchem strategischen Konzept denn die Systemauseinandersetzung künftig geführt werden soll. Die USA suchen sich unter Donald Trump neu zu orientieren, offenbar in Richtung der Intensivierung einer Politik, die auf Überlegenheit gegenüber China und Rußland auf technischem, technologischem und ökonomischem Gebiet abzielt, aber auch die Überprüfung der bisherigen Außen- und Militärpolitik der USA einschließt. „Make America great again“ kombiniert Isolationismus mit Imperialismus“, schreibt Peter Rasonyi in der NZZ vom 11. 2. 25.

Die bisherige NATO-Strategie der Zerschlagung Rußlands ist gescheitert. Der Charakter des Ukraine-Krieges als Stellvertreterkrieg bestätigt sich. Da nun der „Stellvertreter“ nicht mehr „will“, zeichnet sich das Ende des Krieges ab. „Das

Kriegsgetrommel gegen Rußland, der wahnsinnige, gegen jede historische Erkenntnis aufbegehrende Plan, Rußland in dessen Vorhof militärisch besiegen zu können, entpuppt sich unvermeidlich als hohl, geschichtsblind und gemeingefährlich. Der neue US-Präsident hält dem Europa der Kriegsbegeisterten den Spiegel vor und die gute alte Einsicht, daß Frieden besser ist als Krieg.“ (Roger Köppel, Stunde der Wahrheit, Die Weltwoche vom 20. 2. 2025)

Aber führende EU-Staaten und besonders Deutschland versuchen nun, sich selbst und EU-Europa dagegen militärisch in Stellung zu bringen.

Eckpunkte ihres Gegenkonzepts sind: Die EU will sofort mit an den Verhandlungstisch und die Verhandlungen möglichst in die Länge ziehen und blockieren. Die Waffenlieferungen sollen weitergehen, neue Sanktionen gegen Rußland sollen erlassen werden; es darf keine Demilitarisierung der Ukraine geben, sondern diese muß eine starke Armee behalten. Das „Recht“ der Ukraine auf Mitgliedschaft in der NATO muß erhalten bleiben. Truppen aus den NATO-Staaten müssen die Ostgrenze der Ukraine gegen Rußland „sichern“. „Europa“ muß seine Militärausgaben erhöhen und seine Rüstungsindustrie stärken. Die zügige Aufstellung einer „europäischen Armee“ muß endlich verwirklicht werden. „Kriegstüchtigkeit ist kein schneidiger Begriff, sondern eine sicherheitspolitische Notwendigkeit.“ (Marco Seliger, Das Ende des parasitären Pazifismus, NZZ vom 12. 2. 2025)

Nicht zu übersehen ist, daß die Gegner einer neuen Entspannungspolitik, deren Kern Frieden mit Rußland ist, sich mit ihrem Gegenkonzept gegen das Völkerrecht und gegen die Vernunft in der Außenpolitik stellen. Es ist Zeit für die Unterstützer einer neuen Entspannungsoffensive, endlich eine Brandmauer gegen diese Kriegspolitik zu schaffen.

Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Leipzig



RUCK, ZUCK – RECHTSRUCK !

Dies ater – Unglückstag.
Was hat Deutschland da gewählt?
Friedrich Merz – ein herber Schlag:
Rheinmetall vermählt – gestählt.
Merz und Schmerz – perfekt gereimt –
Zum Schlager dennoch mager –
Trotz alledem zusammengeleimt
Und abrufbar auf Lager.
Berlin hat Schlimmeres durchlebt
Und tapfer überstanden.
Auch Restruck-Test hat ausgebebt,
Wird dementsprechend landen.

Lutz Jahoda
1.3.2025

Billionskredit – Merz schaltet die Plünderung auf Turbo

Die Börsen meldeten gleich freudig einen Anstieg der Rüstungsaktien um mehr als zehn Prozent, nachdem die Meldungen über die finanziellen Absichten des künftigen Bundeskanzlers Friedrich Merz bekannt geworden waren. Offiziell stehen mindestens 800 Milliarden Euro im Raum, die als „Sondervermögen“, sprich, als zusätzliche Kredite, aufgenommen werden sollen, aber auch von 900 Milliarden ist schon die Rede, und dann ist auch noch das, was über die EU als Finanzierung für die Ukraine geplant ist ... Zahlen, die schwindeln machen. Und die – wenn man nicht verdrängt, daß für Kredite immer auch Zinsen fällig werden, die dank der blendenden deutschen Wirtschaftslage auch nicht gerade sinken – locker die Billionengrenze überschreiten werden. Wir reden hier von mehr als zwei Bundeshaushalten. Angeblich 400 Milliarden für die Bundeswehr und 400 oder 500 Milliarden für „Infrastruktur“. In all den Jahren, in denen die Zinsen für von deutschen Regierungen aufgenommene Kredite an oder sogar unter null Prozent lagen, war es sowas von verboten, daran überhaupt nur zu denken, und jetzt, da die Wirtschaft in einer Rezession steckt, aus der – auch dank der fortgesetzt feindlichen Haltung gegenüber dem günstigsten Energielieferanten Rußland – kein Ausweg in Sicht ist und auch der Leitzins deutlich höher liegt, geht eine Bundesregierung so richtig in die Vollen, um Geld für die unsinnigsten Produkte auszugeben, die man sich vorstellen kann – Rüstung nämlich. Die kein Land so dringend braucht wie eines, das von lauter Freunden umgeben ist ... Und auch beim Punkt Infrastruktur sind Zweifel angebracht. Da dürfte nämlich mehr Geld dafür geplant sein, die Brücken mit Sprengschächten zu versehen, als selbige Brücken zu erneuern. Selbst wenn sich mittlerweile eine ganze Menge davon in einem Zustand befinden, daß besagte Sprengschächte gar nicht mehr nötig sind, weil sie bei ausreichender Belastung schon von allein zusammenbrechen würden. Für das eigentlich vordringlichste Problem jedenfalls, für eine Lösung der Wohnungsfrage, ist da nichts vorgesehen. Was auch so bleiben dürfte. (...) Nun, das Gesundheitswesen wurde mithilfe von Corona und Privatisierungen erfolgreich geschrottet, da wird auch weiter nichts dagegen getan, und die Infrastrukturausgaben werden auch nicht die zerfallenden Strecken für die Personenzüge in Schuß bringen,

sondern eher die Güterverkehrsstrecken für den Panzertransport, den man so herbeizusehen scheint. Viel Geld, von dem man im Grunde nichts für die Menschen Nützliches erwarten darf. (...) Was diese Nummer aber auf jeden Fall kann, ist, den finanziellen Spielraum für künftige Regierungen auf null zu bringen. Dabei sollte man sich bei der Gelegenheit mal daran erinnern, was der Schuldenbremse vorausging – sie wurde



Großdemonstration im griechischen Thessaloniki am 8. März

nämlich eingeführt, nachdem im Zuge der Bankenrettung im Oktober 2008 mal eben 500 Milliarden Euro für die Erhaltung der deutschen Banken ausgegeben worden waren. Und ziemlich bald danach tauchte diese Idee von der Schuldenbremse auf. Die dann natürlich auch verhinderte, auf den Einwohnerzufluß im Jahr 2015 mit entsprechendem Wohnungsbau zu reagieren. Bis dann ganz viele Milliarden für „Impfstoffe“ benötigt wurden, um die Folgen von Lockdowns abzufangen, oder war das andersherum, und die Lockdowns dienten dazu, eine weitere Finanzmarktkrise abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit auszubremsen? Jetzt jedenfalls steht also ein doppelt so tiefer Griff in die Staatskasse an wie 2008, und der Grund dafür ist der große böse Wolf, Verzeihung, Rußland, versteht sich. Denn man würde ja gern etwas tun, was auch dem Pöbel zugutekommt, aber da ist ja die Gefahr aus dem Osten und die gute, liebe Ukraine, der man

unbedingt helfen muß, bis zum letzten Ukrainer. Man kann auch die ganz kurze Version nehmen und sagen, Merz war Chef von BlackRock Deutschland, BlackRock Deutschland ist Großaktionär bei Rheinmetall, und Rheinmetall freut sich gerade gewaltig. Das Schöne an Rüstungsgütern ist ja, daß es sich weitgehend um politisch abgesicherte Monopolmärkte handelt, wenn es einfach nur um die Metallwaren ginge, könnte

man die schließlich in Rußland für einen Bruchteil des Preises bestellen. Klar, das ist ein wenig schwierig, wenn man sie ausgerechnet gegen Rußland einsetzen will. Aber wenn es wirklich nur um Landesverteidigung ginge? Geht es halt nicht. Genauso wenig wie es um irgendeine Verbesserung geht. Jedenfalls nicht für die unteren 90 Prozent der Bevölkerung, die auch von den steigenden Rüstungsaktien nichts haben. (...)

Vor kurzem gab es in Griechenland einen Generalstreik und gigantische Demonstrationen, weil ein Zugunglück mit 57 Toten, das die Folge einer kaputtgesparten Bahn war, bis heute keine Konsequenzen hatte. Wären die Deutschen so gestrickt wie die Griechen, wären solche Demonstrationen zum Ahrtal fällig gewesen. Bis heute ging dafür niemand ins Gefängnis. Die Deutschen gehen lieber auf die Straße, wenn ihnen die Regierung das sagt. Wenn dieser Billionskredit beschlossen wird, wird er auf jeden Fall zu höheren Steuern führen. Höheren Verbrauchssteuern, versteht sich. Und weniger Leistungen für die Eingeborenen. Und eine noch schlechter funktionierende staatliche Verwaltung, weil die Kommunen sowieso schon auf dem Zahnfleisch gehen, aber die meiste Arbeit verrichten. Wer glaubt, daß das eine Zukunftsperspektive ist, wird sich gewaltig täuschen. Unser Zocker will nur den Einsatz verdoppeln. In einer Dimension, die sich schon den Schulden annähert, die Deutschland einst durch den Versailler Vertrag auferlegt wurden. Danach wächst kein Gras mehr, bleibt kein Auge trocken. Aber weil die Mehrheit im Bundestag für Rüstungswahn so überwältigend ist, und außerhalb des Bundestags nur noch Demonstrationen „gegen Rechts“ erwartet werden können, wird es wohl problemlos gelingen, das Land für die nächsten 20 Jahre zu verpfänden.

Dagmar Henn
Redaktionell gekürzt

Quelle: WELTEXPRESS, 4.3.2025

Kurs auf das Gemetzel

EU-Gipfel beschließt Hochrüstung

Die Zahl erschlägt. 800 Milliarden Euro will die EU in die Auf-, ach was: in die Hochrüstung des Kontinents investieren; das ist erheblich mehr als das Eineinhalbfache des gesamten aktuellen Bundeshaushalts, die Ausgaben für Renten, Soziales, Bildung, Infrastruktur, Gesundheit und alles weitere inklusive. Für die kommenden Jahre gibt es – das ist nun klar – nur eine einzige Priorität: den Krieg finanzieren, der zur Zeit in der Ukraine geführt wird, und zugleich den nächsten vorbereiten, den ganz großen Krieg. Vielleicht wäre es den Staats- und Regierungschefs tatsächlich lieber, wenn gelänge, was der polnische Ministerpräsident Donald Tusk am Rande des EU-Gipfels am 6. März in Brüssel als bevorzugtes Ziel genannt hat: den Rüstungswetlauf so stark zu eskalieren, daß Rußland nicht mehr mithalten kann, daß es sich totrüstet wie einst die Sowjetunion. Doch auch wenn dem so wäre – das ist egal. Denn wer Billionen in Waffen steckt – die 800 Milliarden kommen ja zu den längst schon erdrückenden Militäretats hinzu –, nimmt mit Höchsttempo Kurs

auf das Gemetzel, auf das Abschlachten, den millionenfachen Tod.

Damit wäre die Orientierung der europäischen Bourgeoisie hinlänglich benannt, die sich einst, ihrer lange Zeit mächtigen Position in der Welt allzu gewiß, zynisch „Friedensmacht“ nannte, die nun aber, nicht bereit, ihren langsamen Abstieg zu akzeptieren, ihren wahren Charakter offenbart. Man sollte dennoch, aller irren Gefährlichkeit der Situation zum Trotz, nicht erstarren. Zum einen besteht, wenn die Herrschaft den Krieg mutwillig in Kauf nimmt, die einzige Chance auf ein erträgliches Leben darin, sich querzustellen. Zum anderen steht die scheinbare Allmacht der europäischen Kriegstreiber womöglich auf tönernen Füßen. Daß die EU nicht schon längst in dem Maße hochgerüstet ist, wie sie es jetzt werden will, das hat Gründe. Einer von ihnen besteht darin, daß die nationalen Bourgeoisien stets eifersüchtig darum kämpften, gegenüber der Konkurrenz im Nachbarland die Nase vorn zu haben, und sich gegenseitig blockierten. Kann man sich vorstellen, daß

Berlin sich einem von Paris kontrollierten Nuklearschirm unterstellt wie aktuell der atomaren Schutzmacht USA? Kann man sich vorstellen, daß Frankreich die alleinige Verfügungsgewalt über die Bombe teilt? Zweimal: nein.

In der EU steht die Herrschaft in ihrer Hochrüstungstollwut sogar vor mehr Problemen, als ihr lieb sein kann. Nicht das Geringste unter ihnen ist, daß den Großteil der 800 Milliarden Euro die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene in Form von Schulden aufbringen sollen. Einige sind aber schon so stark verschuldet, daß sie ohnehin darauf achten müssen, nicht in eine Schuldenkrise abzustürzen – Italien etwa, das sich bereits sorgt, wenn es neue Rüstungskredite aufnehme, könnten diese das Faß zum Überlaufen bringen. Andere sind in einer ähnlichen Lage. Daß die EU Rußland totrüstet und nicht sich selbst, ist noch lange nicht gesagt.

Jörg Kronauer

Aus: *junge Welt*, 8.3.2025

DKP ruft zu Protest gegen Aufrüstungsprogramm auf

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) erklärte am 7. März zu den Rüstungsvorhaben von SPD und CDU:

Nein zu den neuen Kriegskrediten! Die DKP ruft zu Protesten gegen die geplante Aussetzung der Schuldenbremse und die „Wiederaufrüstungspläne“ der EU auf. Die deutsche Kriegspolitik hat in dieser Woche eine erneute Beschleunigung erfahren. Noch bevor der neugewählte Bundestag zusammentritt, wollen sich SPD und CDU Kriegskredite in unbeziffelter Höhe genehmigen lassen. Täglich berichten die bürgerlichen Medien über neue Aufrüstungspläne mit monströsen Ausmaßen – regierungstreue Ökonomen, Thinktanks und Militärs wollen die vollständige Kriegsfähigkeit Deutschlands herstellen. So forderte Moritz Schularick im Spiegel eine Million Drohnen für die Bundeswehr, neue Hyperschallraketen und eine Ausweitung des in der EU verfügbaren Atomwaffenarsenals. Um Verteidigung geht es der kommenden Bundesregierung und den europäischen NATO-Staaten dabei nicht. Es wird mit jedem Tag klarer, daß es um die Herstellung

von Angriffsfähigkeiten gegen Russland geht. Dazu paßt auch das „Wiederaufrüstungsprogramm“ in Höhe von 800 Milliarden Euro, das EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ins Spiel gebracht hat, und das auf dem EU-Gipfel von allen Mitgliedstaaten befürwortet wurde. „Glaubt man Merz und von der Leyen, dann wollen sie sich im Ukraine-Krieg auch über eine mögliche Verhandlungslösung zwischen den USA und Rußland hinwegsetzen. Und mit dem angekündigten sogenannten Sondervermögen Infrastruktur wird mit milden Gaben gelockt, um Gewerkschaften und Teile der Gesellschaft in den Kriegskurs zu integrieren. Damit wird verschleiert, daß wir alle für Krieg und Hochrüstung zahlen müssen.“ (P. Köbele)

Die DKP ruft dazu auf, sich den Kriegstreibern entgegenzustellen. „Wir müssen bei jeder Gelegenheit deutlich machen, daß wir diesen Kriegskurs nicht wollen.

Raus auf die Straße! Für den Frieden, gegen Hochrüstung und sozialen Kahlschlag!“

Redaktionell gekürzt
Aus: *junge Welt*, 8.3.2025



Ostermärsche 2025

Bundesweit finden regionale und lokale Ostermarschaktionen vom 17. bis 21. April 2025 statt.

Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Fahrradtouren und Friedensfesten wird auch in diesem Jahr die Friedensbewegung ihre Themen in die Öffentlichkeit tragen.

Die Friedenskoordination Berlin (FriKo) plant den Ostermarsch in der Hauptstadt am 19. April.

Nähere Informationen unter: info@frikoberlin.de, frikoberlin.de, Laura von Wimmersperg, Hauptstr. 37, 10827 Berlin, Telefon: 030/7823382, Jutta Kausch: 0162/1966945

Deutschland und die Aufrüstung

Zu diesem Thema wurde schon viel geschrieben und gesagt. Einiges sollte man sich aber immer wieder in Erinnerung bringen, um die menschenfeindlichen Ziele des deutschen Imperialismus nicht aus den Augen zu verlieren. Reichskanzler Otto von Bismarck erklärte in seiner berühmten „Blut und Eisen-Rede“ von 1862 u.a.: „Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden ..., sondern durch Eisen und Blut.“ In der Geschichtsschreibung heißt es hierzu weiter: „Da ihm das Parlament die Zustimmung zur notwendigen Aufrüstung aber trotz dieser markigen Rede verweigerte, fand er schließlich eine Verfassungslücke für ein Sonderbudget und rüstete ohne Zustimmung des Parlaments auf.“ In einer weiteren dokumentierten Rede vom 6. Februar 1888 im Reichstag betonte er u.a. seinen Willen zur Friedenssicherung in Europa mit den Worten: „Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt ...“ Ein Satz, der schnell Verbreitung in den damaligen Medien fand und auch eine gewisse Euphorie unter der Bevölkerung auslöste. Die deutschen Rüstungsbestrebungen setzten sich fort. 1893 löste Kaiser Wilhelm II. den Reichstag auf, weil dieser die – auch von ihm gewünschte – Aufrüstung des Heeres abgelehnt hatte. Die Maßnahmen zur Aufrüstung und die damit verbundenen Defizite im Staatshaushalt verursachten letztlich eine erhebliche Staatsverschuldung. In Vorbereitung und Verlauf des 1. Weltkrieges setzte sich diese Entwicklung mit hoher Intensität fort. Mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien begann am 28. Juli 1914 der 1. Weltkrieg, und am 1.8.1914 erklärte Deutschland Rußland den Krieg. Von der deutschen Bevölkerung wurde der Kriegsbeginn euphorisch aufgenommen, zumal die Medien eine extreme Siegesgewißheit verkündeten. Hier ein Auszug aus „Das Hallesche Volksblatt vom 18.8.1914 (Zitat): „... Nun ist es nicht nur die Pflicht der Vaterlandsverteidigung, der nationalen Selbsterhaltung, die uns, wie allen anderen Deutschen, die Waffe in die Hand drückt, sondern auch das Bewußtsein, daß wir mit dem Feind, gegen den wir im Osten kämpfen, zugleich den Feind allen Fortschritts und aller Kultur bekämpfen. ... Die Niederlage Rußlands ist zugleich der Sieg der Freiheit in Europa.“ Bei Wikipedia kann man zur deutschen Wirtschaftsgeschichte im 1. Weltkrieg beispielsweise lesen: „Da aus unterschiedlichen Gründen die Kriegsfinanzierung nicht durch Steuern, sondern durch Kreditaufnahmen erfolgen sollte, kam es von Anfang an zu massiven Eingriffen in die Finanzwirtschaft. Zudem

zog dieses Vorgehen alle negativen Folgen nach sich, die man von einer auf Schulden basierenden Volkswirtschaft kennt.“ Die großen Kriegsgewinnler waren schon damals, wie auch im 2. Weltkrieg, die Rüstungskonzerne wie Krupp und Rheinmetall, die in den Folgejahren auf Grund des Versailler Friedensvertrages in ihren Leistungen deutlich begrenzt waren. Unter Leitung des damaligen SPD-Kanzlers Hermann Müller wurden 1929 erste Beschlüsse zur neuen Aufrüstung Deutschlands gefaßt. Nach der Machtübernahme durch die Nazis 1933 stand die Aufrüstung der Wehrmacht im Vordergrund, und die Rüstung wurde vorrangig durch Neuverschuldung des Staates finanziert. Nach einer Beratung mit Vertretern der Industrie und der Rüstungssparte erklärte Hitler, „die deutsche Wirtschaft müsse innerhalb von vier Jahren kriegstüchtig sein“. Die per Gesetz wieder eingeführte Wehrpflicht begründete Hitler damit, daß „sich Deutschland gegen die Sowjetunion schützen“ müsse. Die massive Aufrüstung Deutschlands in Vorbereitung des 2. Weltkrieges und die Folgen dieses verbrecherischen Krieges waren doch wahrlich Grund genug, die richtigen Schlußfolgerungen für Deutschlands friedliche Zukunft zu ziehen, was in der DDR erfolgte, in der BRD nicht. November 1949 – von der Öffentlichkeit unbeachtet, läßt sich der neu gewählte Bundeskanzler Konrad Adenauer von ehemaligen Generalen der faschistischen Wehrmacht ein Gutachten zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik anfertigen. Gleichzeitig versichert er öffentlich, daß eine Entmilitarisierung der Bundesrepublik aufrechterhalten wird und – so wörtlich in Filmdokumentationen – „mit allen Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte verhindert werden“ soll. Eine glatte Lüge, zumal bis in die 50er Jahre hinein unter der Bevölkerung die Auffassung dominierte, keine Waffe wieder zu tragen. Trotzdem mußten die mit der beabsichtigten Wiederbewaffnung verbundenen politischen und wirtschaftlichen Ziele des deutschen Imperialismus erreicht werden. Das Volk mußte letztlich der Wiederbewaffnung zustimmen. Somit wurde über die Medien „die Bedrohung aus dem Osten und der Untergang Europas“ propagiert. Das große Ziel der Wiederbewaffnung der BRD konnte man letztlich nicht mehr heimlich. Adenauer und weitere Minister bekannten sich zur Aufstellung deutscher militärischer Kontingente. Minister Hans-Joachim von Meer Katz bezeichnete in einer Rede die Entnazifizierungsmaßnahmen als „modernes Hexentreiben“ und das Ziel der Wiederbewaffnung „als Befreiung abgetrennter deutscher Gebiete“. Staatssekretär Hallstein verwies in diesem Zusammenhang auf „die Vereinigung aller Teile

des Kontinents bis zum Ural“. Solche und ähnliche Formulierungen deutscher Politiker machen bis heute die Ziele des deutschen Imperialismus deutlich. Aber auch die Bevölkerung muß diese Ziele unterstützen und deshalb, wie schon vor dem 1. und 2. Weltkrieg, Rußland als Feind erkennen. Auch die deutschen Faschisten motivierten ihre Kriegsziele 1941 mit der Gier nach den russischen Bodenschätzen. Untermauert werden dieselben Ziele heute z.B. durch die Aussage vom Oberst a.D. der Bundeswehr Roderich Kiesewetter, der durch deutsche Unterstützung des Ukraine-Krieges „das Lithiumvorkommen in Donezk und Lugansk“ erobern will.

Fazit: Das massenhafte Sterben und Leiden in den Kriegen, nicht nur im 1. und 2. Weltkrieg, sollte eindringliche Mahnung für die Menschen sein. Doch es vergeht kaum ein Tag, an dem die Massenmedien nicht die Behauptung in die Welt setzen, daß Rußland Deutschland und Europa überfallen wird. Diese Aussagen haben in der Geschichte System. Sie dienen dem deutschen Imperialismus dazu, seine Ziele zum Zwecke der Erzielung maximalster Profite durchzusetzen. Die Geschichte hat bewiesen: Am Krieg verdienen nur die Reichen, das Volk liefern die Leichen. Und das soll nach dem Willen der heute Herrschenden auch weiterhin so sein, denn sie wollen nicht oder können nicht zum Wohle des Volkes aus der Geschichte lernen.

Dietmar Hänel
Flöha

Das Banner des Sieges weitertragen

8. Mai 2025, Babylon, 18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Straße 30, Berlin
Vor 80 Jahren endete der Krieg in Europa mit der Befreiung vom deutschen Faschismus. Nicht für alle ein Grund zum Feiern in diesem Land, für die Tageszeitung *junge Welt* um so mehr. Mit Referenten, Kulturbeiträgen und einer Podiumsdiskussion werden wir im Babylon in Berlin diesen Tag gebührend begehen. Details zum Programm werden in Kürze folgen.

8. Mai 2025, 19 Uhr, Tagungszentrum Franz-Mehring-Platz 1, Münzenbergsaal, Berlin
Veranstaltung der DKP gemeinsam mit SDAJ, OKV, GRH, „RotFuchs“. Reden von Patrik Köbele, Genossen der KPRF per Video und der Vertreterin des Unsterblichen Regiments in Berlin. Kulturbeiträge.

„Hüterin der Verfassung“ ebnet Kriegskrediten den Weg

Das Bundesverfassungsgericht gibt sich in seiner Selbstdarstellung gern unabhängig von den Niederungen der Politik, zugleich aber staatstragend und den „demokratischen Werten“ verpflichtet. Im Begrüßungstext auf seiner Internetpräsenz sieht es sich selbst als unerbittliche „Hüterin der Verfassung“. „Das Gericht ist aber kein politisches Organ. Sein Maßstab ist allein die Verfassung. Fragen der politischen Zweckmäßigkeit dürfen für das Gericht keine Rolle spielen. Es bestimmt nur den verfassungsrechtlichen Rahmen, innerhalb dessen sich die Politik entfalten kann. Die Begrenzung staatlicher Macht ist ein Kennzeichen des modernen demokratischen Verfassungsstaates“. Seit Anbeginn seiner Existenz weckt das Gericht – auch bei vielen fortschrittlichen Kräften – die Vorstellung, es stehe „über der Sache“. Eine Vorstellung, die das Rechtssystem des bürgerlichen Staates auch gern für sich in Anspruch nimmt, so als seien Recht und Gesetz eine untrüglich objektive Matrix, die durch ihre Regelungen zugleich dem staatliche Allmachtstreben des Staatsapparats die Zügel anlegt und dabei noch für gleichen und gerechten Ausgleich von Interessen sorgt. Bei jeder Sonntagsrede ist sie Gegenstand der Lobpreisung, insbesondere wenn es um den angeblichen „Wessenskern“ der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die alles durchdringende „Menschenwürde“ geht: „Aufbruch in eine hellere Zukunft. Sein Kern ist die Freiheitsverheißung, festgeschrieben in neunzehn Grundrechten, verbindlich und einklagbar. Über allem steht ein Fixstern: jener große, fulminante Satz in Artikel 1, in dem die Erfahrungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ebenso wie die Erwartungen an die zukünftige Republik in einzigartiger Weise sich bündeln (...): Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, 23. Mai 2024). Weniger salbungsvoll war der Sachverhalt, den das Bundesverfassungsgericht am 13. März dieses Jahres zu entscheiden hatte, da ging es um fast eine Billion Euro für noch mehr Panzer, todbringende Drohnen und Raketen, den Ausbau der Infrastruktur, damit Material und Truppen auf Schienen und Straßen schnell und zügig von West nach Ost verlegt werden können. Die Halbwertszeit der Kriegsankündigungen fällt von Woche zu Woche, waren es zu Zeiten der abgewählten Regierung noch „fünf Jahre“, dürfen wir uns nach den talkshow-gestählten Militärexperten schon

dieses Jahr auf den großen Krieg im Osten freuen: „Vielleicht ist dieser Sommer der letzte Sommer, den wir noch im Frieden erleben“, meint der Militärhistoriker Sönke Neitzel. Denn im September stünde das alljährliche Manöver von russischen und belorussischen Streitkräften an und da ist doch eines klar: „Wenn sie mal mit Kollegen in Litauen reden, dann sagen die: Das werden die Russen nutzen, diese Vorbereitung und dieses Manöver, um uns anzugreifen.“ Der Chef des Bundesnachrichtendienstes Bruno Kahl sieht das nicht anders. Über die „Deutschen Welle“ teilt er mit, daß Rußland demnächst „die Einheit des Westens auf die Probe“ stellen werde. „Davon müssen wir ausgehen.“ Unbeabsichtigt liefert der BND-Chef dann noch das Motiv nach, weshalb sich der Westen – gemeint sind wohl eher die vier westeuropäischen NATO-Länder (plus Canada) – so sehr gegen eine schnelle Waffenruhe in der Ukraine sträuben: „Ein frühes Kriegsende in der Ukraine befähigt die Russen, ihre Energie dort einzusetzen, wo sie sie eigentlich haben wollen. Nämlich gegen Europa.“ In der neuen NATO-Hardliner-Gruppe der „Koalition der Willigen“, die am 15. März unter Führung des britischen Premier Keir Starmer zusammenkam, darf Deutschland, das sich mit Kriegen an der Ostflanke Europas bekanntermaßen gut auskennt, nicht fehlen. Die „Willigen“ zählen eine Handvoll, zu mehr reicht es selbst in NATO und ihrer zivilen Vorfeldorganisation, der EU, nicht mehr. Die neuen Regierungsaspiranten unter Friedrich Merz und Lars Klingbeil sammeln den Mitgliedsbeitrag für die „Koalition der Willigen“. Und weil Merz & Co. dazu das Grundgesetz (Schuldenbremse und „Sondervermögen“) ändern müssen, aber ahnen, daß die Partei Die Linke und die AfD das entsprechende Maß an Waffenenthusiasmus vermissen lassen, griff man zu einem anderen Weg, das Grundgesetz nun endgültig auf Kriegskurs umzustellen. Die Idee war, daß das abgewählte Parlament und Abgeordnete, die dem neuen Parlament gar nicht mehr angehören, mal eben mit angestrebter Zweidrittelmehrheit dafür sorgen, daß der von der noch nicht amtierenden neuen Regierung gewünschte Mammon für die Kriegstüchtigkeit richtig sprudeln kann, wobei die Zeche (wenn sie es erleben) eh die nächsten Generationen zahlen werden. Da die Zinslast für die Kriegskredite auf Bundesanleihen läuft, sind bis zum Ende der zehnjährigen Laufzeit 200 Mrd. Euro an

Zinsen für Waffen und Infrastruktur zu berappen. Zusätzlich, versteht sich, und aus dem „normalen“ Bundeshaushalt. Wer das wohl zahlen darf? Die ohnehin schon gewagte Konstruktion der retrograden Mehrheitsbeschaffung findet auf offener Bühne statt, beim Wählerbetrug fühlt man sich inzwischen so sicher, daß es diskreter Hintergrundgespräche nicht mehr bedarf. Um so mehr setzen viele auf die Hoffnung, das Bundesverfassungsgericht werde „die Notbremse ziehen“. Eine Hoffnung, ohnehin schon brüchig, die sich am Abend des 13. März nun wieder aufs Neue als nichtig erwiesen hat. So unbegründet, wie es in den Augen des Gerichts auch die Anträge auf Einstweilige Anordnung und Absetzung des geplanten Kriegskreditzustimmungstheaters waren. In der Entscheidung (AZ: 2 BvE 5/25) heißt es lapidar: „Die Anträge sind unbegründet. Die Wahlperiode des alten Bundestages wird gemäß Art. 39 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz (GG) erst durch den Zusammentritt des neuen Bundestages beendet. Bis dahin ist der alte Bundestag in seinen Handlungsmöglichkeiten nicht beschränkt.“ Er kann machen, was er will. Auch wenn es um Krieg und Frieden, um die finanzielle Belastung jetziger und kommender Generationen oder gar deren Überleben geht. Egal auch, daß eine Regierung, die noch gar nicht legitim im Amt ist, die Mehrheiten im Parlament benutzt, die sie selbst im neuen Parlament nicht hat. Und zu allem Überdruß wirft das Gericht den Antragstellern noch eine kleine Denksportaufgabe hin. Etwas kryptisch formuliert lautet die: „Inwieweit die Bundestagspräsidentin bei Einberufung des alten Bundestages verfassungsrechtlichen Pflichten gegenüber dem neuen Bundestag unterliegt (...), bedarf hier keiner abschließenden Klärung“, möglicherweise bestehe die Pflicht der Bundestagspräsidentin, den „neuen Bundestag“ früher einzuberufen, aber das „setzte jedoch voraus, daß der neue Bundestag den Willen zum Zusammentritt gebildet und sich dafür auf einen Termin verständigt hat. Daran fehlt es hier“. Sprich, die Antragsteller hätten bei der Bundestagspräsidentin den Zusammentritt des neuen Parlaments beantragen können. Liegt dieser Termin vor dem Termin, der für die „Schuldenbremsen-Sitzung“ angesetzt worden war, entfällt der letztere. Voraussetzung war, daß nach Art. 39 Grundgesetz ein Drittel der Abgeordneten des neugewählten Parlaments diesen Antrag stellen. Rechnet man

die Abgeordnetenstärke der AFD und der Partei Die Linke zusammen, erreicht sie dieses Quorum. Eine inhaltliche Abstimmung ist zwischen den Antragstellern darüber hinaus nicht notwendig, nur der Tag der Sitzung muß benannt sein. Die AFD hatte als Reaktion auf die Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 15. März Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) per Brief aufgefordert, den neuen Bundestag unverzüglich einzuberufen.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses des „RotFuchs“ (16.3.25) war nicht bekannt, ob auch von Seiten der Partei Die Linke ein solcher Antrag eingereicht worden ist. Unterblieb er, steht parlamentarisch der Genehmigung der größten Kriegskredite seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland am Dienstag, den 18. März 2025, nichts mehr im Wege.

Dr. Ralf Hohmann

GRUNDGESETZ des Kapitals

Rechtsprechung für das Unrecht meist
Durch Paragraphen, heiligdreist,
Daß Diebstahl permanent gedeiht,
Allzeit vom Grundgesetz geweiht –
Als Grundgesetz vom Kapital,
Entgegen Recht fürs Volk, zumal
Ihm selber die Verfassung fehlt
Im Staate, wo Profit nur zählt.

E.Rasmus

Pistorius in Teterow

Am 8. Januar dieses Jahres machte die Nachricht im Karl-Liebknecht-Kreis Mecklenburg-Vorpommern die Runde: „Am 17.1.24 wird der Kriegsertüchtigungsminister Boris Pistorius in Teterow auftreten. Das BSW organisiert dazu eine Protestkundgebung.“

Jetzt zahlen sich die Netzwerke, die bei den Protesten gegen die Panzerverladung über den Rostocker Überseehafen im Mai und gegen die Eröffnung des NATO-Marinekommandos in Rostock im Oktober 2024 geflochten wurden, aus. Eine große Anzahl Friedensfreunde wurde in kurzer Zeit aktiviert und sie kamen dann auch von überall her, aus Stralsund, Schwerin, Malchin, Schwaan, dem Ostseebad Nienhagen und aus Rostock. Freunde und Genossen vom BSW, aus der Linken und Parteilose, die sich aus dem „RotFuchs“, ISOR, dem Friedensbündnis Norddeutschland und anderen Zusammenschlüssen kennen, begrüßten sich auf dem Platz vor dem Kulturhaus Teterow, der passend den Namen: „Platz des Friedens“ trägt. Die Zahl der Demonstranten lag bei ca. 170 Teilnehmern, und das am Freitagabend bei fallenden Temperaturen. Es sollte ein stiller Protest sein gegen die ständige Eskalation, wie sie gerade vom Bundesminister für Verteidigung Pistorius immer wieder betrieben wird.

Am Vormittag war er mit der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in Wismar in der Werft, die ehemals den Namen „Mathias Thesen“ trug, zu Besuch. Mathias Thesen, Kommunist und antifaschistischer Widerstandskämpfer wurde 1944 von den Nazis im KZ Sachsenhausen ermordet. Diese Werft, heute Eigentum von „Thyssenkrupp Marine Systems“, ist froh darüber, daß der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages gerade 4,7 Milliarden Euro für den Bau von sechs U-Booten und einem Forschungsschiff freigegeben haben. Dies zu feiern, war Anlaß des ministeriellen Besuchs in Wismar. Auf viel Gegenwind scheint er dort nicht gestoßen zu sein, um so rauer der Empfang in Teterow.

Nach und nach trafen die Demonstranten ein und stellten sich gegenüber dem Kulturhaus auf. Wir zogen mit dem Banner des Karl-Liebkecht-Kreises in die erste Reihe, aber nicht, ohne vorher viele Hände geschüttelt zu haben. Im Nu wurde es dunkel und feuchte Kälte legte sich über uns. Von gegenüber, aus der Entourage des Ministers kam eine kleine Gruppe mit einer Pumpkanne voll Kaffee und Pappbechern, um sie uns großmütig anzubieten. „Kaffee von Kriegstreibern? Nee, dankel!“ Friedrich Straetmanns, der Ko-Vorsitzende des Mecklenburg-Vorpommerschen Landesverbandes des BSW richtete aufmunternde Worte an die versammelten Protestler und klagte die auf Verschärfung der Kriegsgefahr gerichtete Politik der Herrschenden an.

Inzwischen hatten die eingelassenen Besucher Platz gefunden. Der Kandidat der SPD im größten Wahlkreis Deutschlands, die Kreise Mecklenburgische Seenplatte und der Landkreis Rostock, Johannes Arlt, Offizier, begrüßte die Gäste und den hohen Gast, der Teterow den Vorzug vor seinem eigenen Wahlkreis Osnabrück gegeben habe, um darüber zu sprechen, „wie wir den Frieden sichern“. Ohne Widerspruch von dem Minister zu ernten, behauptete er in seiner Anmoderation, „wir“ befänden uns seit drei Jahren „in einem Angriffskrieg mit Rußland“. Jeder der Anwesenden dürfe eine Frage stellen. Dazu müsse er sich auf das Podium begeben und habe eine Minute Zeit. Dann schlug die Stunde des Boris Pistorius. Geschickt stellte er Nähe zum Publikum her. In Osnabrück habe er seinerzeit sein Russisch-Abitur abgelegt und sei als Jugendlicher mehrmals in der Sowjetunion gewesen. Beeindruckt sei er davon gewesen, daß die Menschen dort nicht auf die Deutschen geschimpft hätten, sondern auf die „Gitleristi“. Auch umgekehrt sei es falsch, die Russen anzuklagen. Die Schuld an dem Kriege tragen Putin und seine Clique, die ein freiheitsliebendes und friedliches Land überfallen hätten. Kein Wort über die NATO-Osterweiterung, Bandenkult und Asow-Banditen, aber ständig der

Verweis auf ein Rußland, das sich ständig weiter rüste, seine Kriegswirtschaft hochgefahren habe und im Falle einer Niederlage der Ukraine weitere Staaten des Westens angreifen würde. Schon jetzt führe es einen „hybriden“ Krieg durch Sabotage usw.

Was nun folgte, war wahrscheinlich nicht eingeplant. Offensichtlich durch das BSW organisiert, stellten einige Gäste der Reihe nach kritische Fragen, bei deren Beantwortung der Minister auf seiner anfänglichen Linie blieb. Alle Hinweise und Fakten auf die Faschisierung der Ukraine, deren achtjährigen Krieg gegen die Donbass-Republiken usw. wurden vom Tisch gewischt. Dabei immer konzilient und umgänglich. Zum Schluß gab er dann noch eine Erklärung für den Begriff „Kriegstüchtigkeit“. Die sei nur aufrüttelnder als „Verteidigungsfähigkeit“. Er wolle keinen Krieg, sondern ihn verhindern.

Herr Pistorius versuchte bei seinem Auftritt in Teterow, sich als ehrlichen und objektiven Minister darzustellen. Ich erwarte von einem Minister immer, daß er ehrlich und objektiv ist. Das war er aber nicht. Ein Eigentor hat er geschossen, als er sagte, daß eine Destabilisierung irgendwo in der Welt Auswirkungen auf die Stabilität der BRD, unseren Wohlstand, unsere Arbeitsplätze, den freien Handel u. v. a. m. hat. Nun beteiligt sich aber die BRD aktiv an der Sanktionspolitik gegen die Russische Föderation, die die Destabilisierung Rußlands zum Ziel hat! Was für ein toller Minister aus den Reihen der SPD! Von den Demonstranten auf der Straße wurden standhaft Transparente und Friedensfahnen hochgehalten, das Lied von der kleinen weißen Friedenstaube wurde von den Frauen angestimmt. Wir beendeten die Versammlung durchgefroren, aber zufrieden, demonstrierten wir doch unser Zusammenstehen gegen Kriegspolitiker. Für alle Leser, sie sich die Veranstaltung auf YouTube ansehen wollen, hier der entsprechende Link: <https://www.youtube.com/live/Pg7ezv3SoM4?si=t0Dsonb6ZlckF80k>

Gerdt Puchta

Rostock

NGOs – politische Neutralität, Gemeinnützigkeit und Propaganda

Von Georgien lernen heißt siegen lernen? Nein, so weit gehen wir dann doch nicht – obwohl angeblich 68 Prozent der Wähler und Wählerinnen mit dem Ergebnis der Wahlen zum deutschen Bundestag nicht einverstanden sind. Zur Beantwortung der Frage kommen wir etwas später. Gehen wir auf der Zeitschiene einige Monate zurück. Das Parlament in Georgien hatte im Mai 2024 in zweiter Lesung das Gesetz zur „ausländischen Einflußnahme“ verabschiedet. Das Gesetz sieht vor, daß Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die zu mindestens zwanzig Prozent aus dem Ausland finanziert werden, sich behördlich registrieren lassen müssen. Wohlgermerkt, es geht nicht um ein Verbot, sondern nur um die Registrierung. Das rief die international tätige „Zivilwerkstatt Amnesty International“ auf den Plan. Deren Generalsekretärin Julia Duchorow erklärte: „Die Verabschiedung des menschenrechtswidrigen Anti-NGO-Gesetzes nach russischem Vorbild ist der vorläufige traurige Höhepunkt des repressiven Vorgehens der georgischen Politik und Behörden gegen die unabhängige Zivilgesellschaft. Das Gesetz ‚über die Transparenz ausländischer Einflußnahme‘ zielt ganz offensichtlich darauf ab, das Recht auf Vereinigungsfreiheit in unzulässiger Weise einzuschränken. Wir sehen in Rußland, für

welch gravierende Einschränkungen der universell gültigen Menschenrechte solche Instrumente eingesetzt werden. Das gewaltsame Vorgehen der georgischen Behörden gegen die Protestwelle der letzten Wochen läßt befürchten, daß die Repressalien gegen friedliches zivilgesellschaftliches Engagement weiter zunehmen werden. Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Europäische Union darf hier nicht tatenlos zusehen.“ Das tut sie auch nicht. Vor den großen Demonstrationen „gegen rechts“ und unmittelbar nach der Bundestagswahl machte der Wahlsieger von seinem Recht der parlamentarischen Kontrolle Gebrauch und stellte der noch amtierenden Bundesregierung eine Reihe von Fragen zur Finanzierung der NGOs. Er will wissen, ob die politische Neutralität der geförderten Organisationen gewährleistet ist oder ob sich diese Organisationen parteipolitisch betätigen.

In diesem Fall stünde die Gemeinnützigkeit in Frage, was sowohl rechtliche wie finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen würde. Die Anfrage ist legitim, hat aber zunächst reflexhafte Proteste ausgelöst. Der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Lars Klingbeil: „Ich kann mir keine Situation vorstellen, wo wir morgens in Arbeitsgruppen zusammensitzen und über Inve-



Antonio Gramsci (1891–1937)

stitutionen in die Bundeswehr, in die Bahn oder Infrastruktur diskutieren. Und nachmittags erlebe ich, daß die Union genau solche Anfragen rausschickt und Organisationen, die unsere Demokratie schützen, an den Pranger stellt.“ Das sei ein „Angriff gegen die Zivilgesellschaft“ heißt es im Gleichschritt mit den Grünen und einigen Linken.

Società civile

Hier müssen wir kurz einhaken und die Frage stellen: Was ist eigentlich mit „Zivilgesellschaft“ gemeint? Der Begriff wurde über Jahrzehnte des Kalten Kriegs nicht benutzt. Einfach deshalb, weil es für ihn keinen Verwendungszweck gab. Im umgangssprachlichen Raum wird ein Gegensatz zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft betont. Der Staat steht dabei für Macht und Repression, die Zivilgesellschaft für freie Entfaltung und

Individualität. Der „moderne“ bürgerliche Staat in Gestalt einer liberalen Demokratie, in der die Macht des Kapitals die bestimmende Kontrollinstanz ist, läßt auch zur Selbstlegitimation Spielräume für Andersdenkende zu, aber nur innerhalb der von ihm gesetzten Schranken. „Der Kampf der Ideen und theoretischen Modelle“, so der italienische Philosoph Alberto Burzio, wird so zum politischen Kampf, letztlich zum Klassenkampf. In diesem Sinn haben Marx und Engels geschrieben, daß „die herrschenden Ideen einer Zeit stets nur die Ideen der herrschenden Klasse“ sind. Damit sind wir beim Thema „Hegemonie“ und bei einem der größten Marxisten des 20. Jahrhunderts, bei Antonio Gramsci. Seine Schriften sind wichtige Quellen, um die Polarität Staat contra Zivilgesellschaft auszuloten. „Die materiell existenten ideologischen Formen in ihrer Gesamtheit“, so der marxistische Literaturwissenschaftler Thomas Metscher, „bilden einen relativ eigenständigen gesellschaftlichen Bereich: die ‚zwischen‘ Basis und Überbau angesiedelte Zivilgesellschaft (*società civile*). Mit diesem Begriff bezeichnet Gramsci ‚die Gesamtheit der ideologisch-kulturellen Beziehungen.“ Thomas Metscher weiter: „Der Kampf um kulturelle Bildung der Beherrsch-

ten, ihre Konstitution als Subjekte, ihr eigener Kampf um Befreiung und humane Emanzipation ist daher ein Kampf gegen die herrschenden Ideologien innerhalb der ideologischen Institutionen, Apparate, Medien, also innerhalb der sozialen Formen der *società civile*.“ Der Staat im Besitz des Gewaltmonopols hat die Aufgabe, die Interessen der herrschenden Klasse zu verteidigen bzw. ihre unmittelbare Machtausübung (*die Diktatur der Bourgeoisie*) zu gewährleisten. Demgegenüber (oder muß man sagen: an seiner Seite?) steht der „integrale Staat“. Unter ihm ist nicht nur der Regierungsapparat zu verstehen, sondern auch die Gesamtheit der Institutionen, welche die „herrschenden Ideen“, d. h. die kulturelle Hegemonie der Herrschenden, produzieren und absichern. Schließlich ist „unsere Demokratie“ auf den grundsätzlichen Konsens und die Loyalität der Regierten angewiesen. Dem

hegemonialen Apparat der herrschenden Klasse und ihrem Druck gilt es somit etwas entgegenzusetzen. Nach Gramsci geht es um den „Kampf zweier Hegemonien“. Der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner erfordert demnach eine Gegenhegemonie. Es geht also darum, die Strukturen, die dazu da sind, Zustimmung und Legitimation für das staatliche Agieren als ehernes Gesetz zu bewirken, in Frage zu stellen. Die Erringung der (*Gegen-*)Hegemonie (politisch-moralisch-kultureller Führung) im Bereich der *società civile* ist erste Voraussetzung für die Erringung der politischen Macht. Sie ist Teil des Prozesses revolutionärer Transformation: des Aufbaus einer neuen ‚integralen Kultur‘ ...“ Gegen Mißbrauch und Instrumentalisierung seiner Schriften konnte sich Gramsci aus den Tiefen seiner Kerkerhaft nicht wehren. Dies zu tun bleibt die Aufgabe aller am Klassenkampf beteiligten Kommunisten, Sozialisten und anderen Linken.

NGOs als Propaganda-Plattformen

Nun aber schnell zurück zu den gegenwärtigen Demokratie-Förderern. Wer wirklich Sinn und Zweck der von CDU und CSU eingereichten „kleinen Anfrage zur politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ ergründen will, sollte sich nicht lange über die inquisitorischen Fragen (551 Punkte auf 32 Seiten) empören. Das eigentliche Problem liegt tiefer. Die Angst vor einer *Gegenhegemonie* liegt



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

wie ein Schatten auf der bürgerlichen Gesellschaft: Er ist ein ständiger Begleiter der Profitgesellschaft. Es ist überflüssig, die Namen der vielen NGOs und gemeinnützigen Einrichtungen zu listen, um feststellen zu können, daß es eine politische Neutralität nicht gibt, ja auch gar nicht geben kann. Es ist geradezu grotesk, daß derjenige, der über Gemeinnützigkeit, mithin über Fördergelder, entscheidet, selbst alles andere als politisch neutral ist. Ausschlaggebend ist die jeweilige politische Wetterlage. Davon unberührt sind die ausgewiesenen parteinahen Stiftungen, wie die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung oder die Friedrich-Naumann-Stiftung, obwohl sie sich ständig in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unter der neutralen Demokratie-Maske einmischen. Man denke nur an die konterrevolutionäre Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung während der Nelkenrevolution in Portugal 1974. Mittlerweile gibt es ein Geflecht von sogenannten Denkfabriken und Vereinen, die sich parteiübergreifend großer Beliebtheit und großzügiger finanzieller Unterstützung erfreuen. Ein besonders übles Beispiel ist das „Zentrum Liberale Moderne“, das man getrost als Propaganda-Plattform für ukrainischen Faschismus, Krieg, Aufrüstung, fanatischen Antikommunismus und Russenhaß bezeichnen kann. LibMod, so der Kurzname dieser Denkfabrik, wurde bereits zwei Jahre nach Gründung mit 300 000 Euro aus dem Bundespresseamt gefördert. Ab 2021 wurde der jährliche Zuschuß auf eine halbe Million erhöht. In diesen Kontext fügt sich auch das mit 182 Millionen vom Familienministerium geförderte Projekt zur „Demokratieförderung“ ein. Unter dem Label „Demokratie leben“ fördert das Ministerium nicht, wie ein Journalist schrieb, die Demokratie, sondern die politische Agenda. Es fördert nicht die Vielfalt der Meinungen und die demokratische Diskussionskultur, sondern schränkt sie schon dadurch ein, daß auf höchster politischer Ebene entschieden wird, welche Projekte gefördert werden und welche nicht. Fakt ist, die Förderpraxis der Bundesregierung höhlt die Demokratie aus. Dies gilt nicht nur für die scheidende Ampelregierung, sondern wird ebenso auch für die neue (vermutlich unter Friedrich Merz) gelten.

Gemeinnützig – kriegsnützlich

Die FAZ veröffentlichte am 4. März einen Leserbrief, in dem diese Sätze stehen: „Mit Frankreich, Großbritannien und allen anderen ‚Willigen‘ muß sofort die finanzielle und materielle militärische Unterstützung hochgefahren werden ... Der deutschen Bevölkerung muß mit einer ‚Blut, Schweiß und Tränen‘-Rede die neue Situation klar und deutlich vor Augen geführt werden.“ Ob sich der Autor auf die Rede Churchills aus dem Jahr nach dem Überfall

der faschistischen Wehrmacht auf Polen bezogen hat, wissen wir nicht. Aber es ist bezeichnend, daß die „Zeitung für Deutschland“ diesen Text kommentarlos gebracht hat. Wir fügen nur einen Satz Joseph Goebbels' von Anfang 1936 hinzu, mit dem er an den Opfersinn der Deutschen appellierte, Verzicht zu leisten zugunsten der Aufrüstung: „Wir werden zur Not auch einmal ohne Butter fertig werden, niemals aber ohne Kanonen.“ Im März hat sich die noch amtierende Bundesregierung mit der CDU auf Kredite in astronomischer Höhe für Rüstung und Infrastruktur verständigt. In ihrer Kombination erinnert dies an die Kredit- und Immobilienkrise in den USA, die 2007/2008 zum Platzen der Blase „fauler“ Wertpapiere führte. Die aktuellen faulen Eier liegen im Nest der heutigen Akteure, denen es ausschließlich um Hochrüstung, allenfalls um die Instandsetzung panzer-tauglicher Brücken und Straßen Richtung Osten geht. Wir erwähnten die politische Wetterlage. Ein Staat mit seiner jeweiligen Regierung, der sich fast nur noch darüber definiert, die von ihm Regierten zur Kriegstüchtigkeit zu erziehen und ihnen eine Kriegsmoralität einzuimpfen, fragt sich zwangsläufig, weshalb sich die ohnehin mit Unmut begleitete Zweifel häufen, ob es überhaupt sinnvoll ist, Fördergelder für latent Unbotmäßige zu zahlen. Schließlich geht es ja auch um die Pflege der Kriegskasse. So verstehen sich auch die Vorschläge des „Arbeitgeber“präsidenten Rainer Dülger zur Erhöhung des Renteneintrittsalters und zu Einschnitten bei Renten- und Gesundheitsleistungen. Man nimmt's halt von den Lebendigen zugunsten der künftigen Kriegstoten. Und die Gewerkschaften? „Gerade vor dem Hintergrund globaler Unsicherheiten müssen wir Europas Verteidigungsfähigkeit stärken und dürfen dabei gleichzeitig den sozialen Fortschritt nicht ausbremsen“, verkündete die DGB-Chefin Yasmin Fahimi. Lacht da jemand? Und die Linkspartei? Sie will das schuldenbasierte Sonder„vermögen“ unterstützen, aber nur, wenn es nicht für Aufrüstung mißbraucht wird. Noch ein Lacher gefällig? Wie weit sind wir noch von Willem Zwo und seinem Bekenntnis entfernt: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“?

Hans Schoenefeldt

P. S. Ein Nach-Ruf aus aktuellem Anlaß. Drei Jahre lang wurden wir von der Turnerin und Chefdiplomatin (allerdings nicht nur von ihr) mit dem Satz: „Das einzige, was Putin versteht, ist die Sprache der Gewalt“ genervt. Das Verb „versteht“ ist falsch. Richtig wäre zu sagen „hört“. Und eben diese Sprache wurde eindimensional vom westlichen Werte-Regime kultiviert. Daß Frau Baerbock von der Sprache der Diplomatie so wenig versteht wie der Ochse vom Melken, wäre ein Grund, ihr eine zweite Chance zu geben. Bei Robert Habeck – der kommt ja aus der Landwirtschaft.

USAID vor dem Aus

Trump hat Elon Musk, dem Chef der neugegründeten Abteilung für effiziente Regierungsführung (DOGE), umfassende Befugnisse übertragen, um große Teile des Regierungsapparates umzugestalten oder aufzulösen. Ein radikaler Umbau des Staates mit einer Beamtenschaft, die Trump kritiklos Folge leistet, ist das Ziel. Dazu gehört auch der „tiefe Staat“. Trump ist schon seit seiner ersten Amtszeit im Clinch mit diesem und fühlte sich damals von ihm ausgebremst. Um freie Hand zu bekommen, will er ihn jetzt umkrepeln und seinen eigenen, ihm ergebenden „tiefen Staat“ schaffen. Wer nicht für Trump ist, ist gegen Trump und muß jetzt gehen.

Es ist ein Verwaltungscoup mit der Ketensäge, begleitet von einer Säuberung der Beamtenschaft. Es ist zugleich eine Kriegserklärung an die Arbeiterklasse. Er will die Arbeiterklasse zerschlagen, die Verfassung aushebeln und eine Präsidialdiktatur errichten. Vor allem gut bezahlte und sichere Jobs sind dem Abreißteam von Musk ein Dorn im Auge. Kein Arbeiter soll mehr vor seiner Entlassung sicher sein, auch nicht die im Staatsdienst, das ist die Botschaft von Trump und Musk. Tausende Bundesangestellte wurden von heute auf morgen in den Verwaltungsurlaub geschickt oder per E-Mail fristlos gekündigt. Mitarbeiter wurden aus ihren Büros ausgesperrt und dutzende Milliarden USD von bereits bewilligten Ausgaben im In- und Ausland eingefroren. Der Angriff wird mit Asylanten- und Linken-Hetze verschärft. Ganze Behörden wurden geschlossen, darunter auch der Hauptsitz von USAID (U.S. Agency for International Development).

Das nächste Ziel von Trump und Musk ist die Sozialversicherung. Um einen Angriff auf sie vorzubereiten, hat Musk das Sozialversicherungssystem – fast 69 Millionen Menschen erhalten in den USA monatliche Sozialversicherungsleistungen – bereits des weit verbreiteten Betrugs beschuldigt.

Die Doppelrolle von USAID

Die Auflösung von USAID muß in oben genanntem Kontext gesehen werden. Trump möchte, daß USAID vom Außenministerium übernommen wird. Blitzschnell und mit voller Wucht hat es sie getroffen. Rechtswidrig und am Kongreß vorbei wurde die Behörde in Windeseile eingestampft. Die Webseite ist abgeschaltet. DOGE nahm eine Budgetkürzung vor, USAID mußte seinen Hauptsitz schließen. Es ist ein Staatsstreich im eigenen Land, der vom Weißen Haus gesteuert wird. Etwa 600 von 10 000 Mitarbeitern dürfen vorerst bleiben, der Rest muß gehen. USAID hat in mehr als 60 Ländern offizielle Außenstellen und weitere Aktivitäten in Dutzenden weiterer Staaten. Projekte in über 130 Ländern,

darunter auch sinnvolle Nothilfe- und Impfprogramme, wurden gestoppt.

USAID wurde 1961 von John F. Kennedy ins Leben gerufen. Von Anfang an war seine Mission mehr als nur humanitär. USAID ist ein Instrument der US-Außenpolitik, um Narrative zu verbreiten, die den USA nützlich sind. Die Organisation finanziert unter dem Deckmantel von Menschenrechten und Demokratie politische Programme im Ausland und mischt sich in die inneren Angelegenheiten des Empfängerlandes ein. Dies geschieht in der Regel über die Finanzierung von NGOs vor Ort. Das Ziel ist, oppositionelle Basisbewegungen zu schaffen, die sich in Straßenprotesten und/oder überraschenden Wahlergebnissen manifestieren, um einen politischen Wandel herbeizuführen. Einige der so finanzierten Einheimischen, die mit den USAID-Projekten zusammenarbeiten, übernehmen später hohe Ämter in proamerikanischen Regierungen.

Weit entfernt von Washington hat die Unterbrechung der Arbeit von USAID aber katastrophale Auswirkungen für viele der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen der Welt, dort, wo USAID lebensrettende Hilfe wie die Ausgabe von Medikamenten und Schulung für Malaria- und HIV-Prävention, Umweltprogramme, die Entfernung von Landminen oder für Entwicklungsprogramme bereitstellt. Hier geschieht die Förderung der Interessen der USA über Soft Power, um Sympathie zu wecken und Unmut über das gewalttätige internationale Auftreten Washingtons abzufedern. Jetzt, da die Auslandshilfe gestoppt wurde, sind viele lebensrettende Programme und damit Menschenleben auf der ganzen Welt gefährdet. Die USA zeigen den Armen der Welt erneut, daß sie kein verlässlicher Partner sind.

USAID betreibt nicht nur Entwicklungshilfe, sondern auch Spionage und politische Einflußnahme. Echte humanitäre Hilfe bei Not und Katastrophen gab es bei USAID niemals gratis und auch nur für Verbündete, die sich zur „regelbasierten Weltordnung“ bekennen. Seit den 90er Jahren spielen USAID und das 1983 als Kampfinstrument gegen den Sozialismus gegründete NED und die Open Society Foundations des Milliardärs Soros weltweit eine wichtige Rolle in der hybriden Kriegsführung und beim Anzetteln von farbigen Regimewechseln. Anstatt Truppen zu schicken, schicken die Amis USAID, um die verfassungsgemäße Ordnung zu untergraben. In Ländern, wo „die Demokratie in Gefahr“ ist, gibt es statt humanitärer Hilfsprogramme nur Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie und regelbasierter Ordnung. Wo genau die Demokratie in Gefahr ist, das wußte bisher vor allem die reaktionäre Samantha Power von der Demokratischen Partei, seit 2021 bis vor kurzem Leiterin von

USAID und „Spezialistin“ in Sachen Frauen- und LGBT-Rechte, religiöse Freiheit und Minderheiten, Flüchtlinge, Menschenrechte und natürlich insbesondere für Demokratie aus dem Blickwinkel der Demokratischen Partei der USA. Power, frühere Beraterin von Obama, unterstützte u.a. aus „humanitären Gründen“ die US-Intervention in Libyen, die zum Ruin des Landes und zum Mord an Gaddafi führte. Kommissarischer Leiter von USAID ist derzeit Außenminister Rubio. Gern fördert USAID auch scheinbar unpolitische kulturelle, künstlerische, geschlechtsspezifische oder bildungsbezogene NGOs. Deren eigentliche Aufgabe jedoch besteht darin, regierungsfeindliche oder pro-amerikanische Einstellungen zu verbreiten. Offiziell fördert USAID stets nur die Zivilgesellschaft und Demokratisierungsprozesse. Unter dem Vorwand der Förderung von „Pressefreiheit“ hat USAID Milliarden US-Dollar in Organisationen und in Medien investiert, um oppositionelle Medien zu unterstützen. Und weil Meinungsfreiheit und Menschenrechte immer dort gefährdet sind, wo die USA strategische Interessen haben, bezahlt USAID die Ausbildung von „demokratischen“ Führungskräften und bezahlt gleichzeitig Oppositionsgruppen, um „undemokratische“ Regierungen zu destabilisieren. In Venezuela wurden 116 Millionen US-Dollar für die Unterstützung des selbsternannten „Interimspräsidenten“ Guaidó ausgegeben. Geld wird auch in die Hand genommen, um Diskriminierungs- und Verleumdungskampagnen zu finanzieren oder um die Glaubwürdigkeit von Wahlen anzuzweifeln, deren Ausgang den USA nicht ins Konzept paßt. Es werden oppositionelle „Menschenrechtsgruppen“ finanziert und Medien bezahlt, um „unabhängigen Journalismus“ zu fördern. Von den USA finanzierte „Hilfsorganisationen“ gibt es in manchen Ländern gleich zu hunderten. Oft stehen diese auf Abruf, um im geeigneten Moment wie aus dem Nichts und aus meist geringen Anlässen oder wegen Fehlern der Regierung Massenproteste auszulösen und diese zu destabilisieren. USAID arbeitet dann mit dem Militär zusammen, das bei den ferngesteuerten Unruhen, die „Ordnung wieder herstellt“ und nebenbei gleich die Regierung stürzt.

Das Geld fließt größtenteils über USAID an die Oppositionsgruppen. Meist wird es für lukrative Aufträge an amerikanische Beratungsunternehmen und reiche inländische Oligarchen und regierungsfeindliche Wirtschaftsführer in den Empfängerländern weitergereicht. USAID unterhält ein riesiges Netzwerk von Firmen, Lobbyisten und Akademikern, das ohne seine Finanzierung nicht existieren könnte. Es gibt kaum ein Land auf der Welt, in dem USAID nicht tätig ist. Von 68 Milliarden USD, die Washington im Jahr 2023 für Hilfsprogramme im Ausland

bereitstellte, wurden knapp zwei Drittel über USAID vergeben. Aus Platzgründen wollen wir hier nicht näher auf die einzelnen Länder eingehen, in denen USAID aktiv am Untergraben der Regierung arbeitet oder dort bereits erfolgreich war. Natürlich stehen Länder wie Venezuela, Kuba und Nicaragua hier an vorderster Stelle. Einen Überblick darüber findet der Leser hier: Dr. Wolfgang Schacht, Wie die Washingtoner Behörde USAID die Welt regierte, <https://weltexpress.info/wie-die-usaid-behoerde-die-welt-regierte/>

Fazit:

USAID wurde manchmal auch von Ideologen mißbraucht, um soziokulturelle Politik zu verbreiten, die nicht viel mit den nationalen Interessen der USA, wie Trump sie sieht, zu tun hatten. Für die neuen Machthaber in Washington reine Geldverschwendung. Viele Mitarbeiter sind zudem ideologische Gegner von Trump. Wenn er sie im Amt beläßt, besteht die Gefahr, daß sie versuchen, ihn zu sabotieren. Laut Trump wird die Agentur von „radikalen Verrückten“ geleitet, Elon Musk bezeichnete USAID gar als „kriminelle Organisation“, die geschlossen werden müsse. Von der Gründung von DOGE profitiert Elon Musk auch als Privatunternehmer. Firmen in

seinem Besitz erhalten Regierungsaufträge in Milliardenhöhe. Mehrere Behörden, die von DOGE gekürzt wurden, führen Untersuchungen und Klagen gegen Musk's Unternehmen. Die kann er jetzt leicht ausbremsen. Durch seine Macht über Regierungsbehörden und den damit verbundenen Zugriff auf ihre Datenspeicher, inklusive die Datenbanken der Sozialversicherungen, kann er auf die Vergabe von Regierungsaufträgen an Firmen Einfluß nehmen.

Die Regierung ist nicht mehr nur Exekutivorgan des Kapitals. Mit Trump, generell mit der ganzen, reaktionären neuen Regierungstruppe, die durchwegs aus Milliardären besteht, haben die Großkonzerne und das Finanzkapital die Exekutivgewalt selber an sich gerissen und sind dabei, den Staatsapparat nach ihrem Gusto umzubauen. Dabei soll vor allem sichergestellt werden, daß keine „linken Spinner“ mehr zum Zuge kommen und daß alle Behörden in den USA in Zukunft nur noch Entscheidungen treffen werden, die dem Großkapital nützlich sind. Kein Dollar soll mehr ausgegeben werden für etwas, das nicht mittelbar oder unmittelbar (zurück) in die Taschen des Kapitals fließt. Bei Trump stehen ausschließlich Kapitalinteressen im Vordergrund. Alles für uns und nichts für

die anderen, das ist die „Regierungseffizienz“, welche den Raubtier-Kapitalisten à la Trump und seinen Milliardärs-Kumpapanen vorschwebt. Die massiven Angriffe auf Bundesbedienstete sorgen zwar für wachsende Empörung, Trump setzt seine Angriffe jedoch aggressiv, skrupellos und mit atemberaubender Geschwindigkeit fort. Er und seine Anhänger aus der Elite stellen ihre eigenen Agenden über demokratische Prinzipien und verachten damit jede Rechtsstaatlichkeit. Trumps Gegner sind derzeit in der Defensive. Trump handelt schneller als der Widerstand sich organisieren kann.

So wenig wir uns Illusionen über die Motive von Trumps Friedensabsichten in der Ukraine machen sollten, so wenig sollten wir das auch in bezug auf die Schließung von USAID tun. Auch wenn die Regime-Change-Aktivitäten bei USAID vorübergehend zum Erliegen gekommen sind, sie werden mit ziemlicher Sicherheit in anderer Form unter direkter Kontrolle des Außenministeriums „effizienter“ fortgesetzt werden. „Nehmen Sie Ihr Geld mit“, sagte Kolumbiens Präsident Gustavo Petro, als er von Trumps Plänen erfuhr, die Hilfe für Lateinamerika zu kürzen, „es ist Gift.“

KLJ

Wessen Interessen vertritt die Trump-Regierung?

Am 1.3. veröffentlichte RTDE ein Interview mit dem Philosophen und Publizisten **Dr. Werner Rügemer** (Köln), der sich zur Frage: „Trump's America First – ein Strategiewandel der USA?“ äußerte. RF bringt einen kurzen Auszug.

Wessen Interessen vertritt Trump eigentlich? Und welche ganz allgemeinen Ziele verfolgt seine Regierung?

Trump repräsentierte anfangs die Kerngruppe der Multimilliardäre, zu denen er selbst gehört und welche nur in den USA präsent sind: Immobilienhaie, Logistik- und Sport-Unternehmer oder der milliardenschwere Koch-Clan (Walmart). Hinzu kamen aber in den letzten Jahren schrittweise zunächst die jüngere Silicon-Valley-Generation, etwa mit Peter Thiel (Paypal, Facebook, Palantir), Alex Karp (Palantir/Gesichtserkennung) und Elon Musk (Tesla, SpaceX, Starlink, X) sowie Krypto- und Frackingunternehmer. Schrittweise lief dann auch die ältere Silicon-Valley-Generation mit Apple, Amazon, Facebook/Meta und eben auch BlackRock & Co. zu Trump über. Sie wollen mit „America first“ ihre globale Gewinnzone erweitern, in den Golfstaaten investieren, in Israel/Palästina, in Syrien, in Indien. Sie wollen außerdem die Ausbeutung der Bodenschätze nicht nur der Ukraine, sondern zum Beispiel auch Kanadas und Grönlands übernehmen und erneut auf den

lateinamerikanischen „Hinterhof“ zugreifen. Schließlich wollen nun auch Trumps jüngere Multimilliardäre entsprechend ihrer Silicon-Valley-Vorgänger globalisieren. Bislang waren diese an die Demokraten-Partei gebunden. Nachdem die Demokraten-Partei inzwischen ideologisch verbraucht ist, sind aktuell Trumps modernisierte Republikaner dran. Deshalb legen sie den von Tausenden hoch bezahlten Demokraten-Beratern besetzten „deep state“ der US-Bundesbehörden lahm – und installieren ihren eigenen „deep state“, direkt in ihren Unternehmen. Dieser Kampf der erweiterten US-Kapitalistenklasse wird ideologisch mit Asylanten- und Linken-Hetze verschärft. Dabei beruft man sich auch verstärkt auf „unsere Nation unter Gott“ und bezieht den Zionismus immer offener mit ein: Fast die Hälfte der Trump-Regierungsmannschaft besteht aus zionistischen Multimilliardären. Die radikalisierte Absicherung der USA als „einzige Weltmacht“ wird aber vor allem durch einen äußeren Faktor bestimmt: Der ungleich größere Rest der Welt organisiert sich neu. US-Sanktionen gegen Rußland werden selbst von „besten Freunden“ umgangen. Allianzen wie BRICS, SCO, CELAC, FOCAC und EEF erweitern sich – und sie haben mit der Volksrepublik China die größte Industrie, Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt mit sich. Das hat zur Folge: Systemlogisch und auf längere Sicht ist „America first“ so

bedroht wie nie. Schon die Clinton/Obama-Globalisten hatten ihre eigene Mehrheitsbevölkerung abgeschrieben – so wie jetzt auch die Trump-Kapitalisten ihre Mehrheitsbevölkerung abgeschrieben haben. Gleichzeitig werden die durch die USA bereits verarmten EU-Staaten – vor allem „der beste Freund“ Deutschland – jetzt noch mehr verarmt. Dabei sollen sie aber noch mehr aufrüsten und den nächsten, größeren, lukrativeren Stellvertreterkrieg gegen Rußland vorbereiten. Schließlich sollen die verarmten EU-Staaten dann auch beim langfristigen Krieg gegen den System- und Hauptfeind China assistieren. Die hinter Trump neu versammelten, neu globalisierenden US-Kapitalisten organisieren das gefährliche Endspiel ihrer minderheitlichen, jetzt extrem reichen Oligarchen-Herrschaft, die ihrem systemischen Ende zugeht. Neue Mittäter werden gesucht, bisherige Vasallen werden kurz- oder mittelfristig geopfert. Welche brutalen Mittel dabei ganz selbstverständlich eingesetzt werden, zeigt aktuell der „gottgewollte“ Völkermord durch den Stellvertreterkrieger im Nahen Osten. Die Menschheit braucht nichts mehr, als sich aus diesem tödlichen Endspiel zu befreien. Diese Befreiung ist im Gange, sie muß aber auch in Europa kräftiger als bisher organisiert werden.

Interview: Felicitas Rabe
Quelle, RTDE, 1.3.2025

Blech (1)

Inflation und Wirtschaftswachstum

Im Alltag füttert man uns oft mit scheinbar „unumstößlichen“ Wahrheiten, die sich bei näherem Hinsehen oft als Blech erweisen. Zum Beispiel, daß es allein dem Fleiß der Deutschen zu verdanken wäre, wenn es unserem Land relativ gut gehe, daß Krisen durch die Erhöhung der Staatsausgaben wirksam zu bekämpfen seien oder Steuersenkungen zu Wirtschaftswachstum führen würden. In all diesen Aussagen schlummert immer auch ein Körnchen Wahrheit. Aber sie sind eben nicht die volle Wahrheit

In loser Folge sollen ab jetzt einige der uns suggerierten Unumstößlichkeiten unter der obigen Überschrift hinterfragt werden. Wie wahr sind sie? Oder sollen sie uns nur etwas suggerieren, was so gar nicht stimmt? Lüftet man den Schleier bei vielen von ihnen auch nur ein wenig, zeigt sich, wie oft wir nur mit abgedroschenen Stanzen gefüttert werden. Oder eben Blech, wie der Volksmund sagt. Da gibt es beispielsweise die Behauptung, ein gewisses Maß an Inflation sei unbedingt erforderlich, sonst könne die Wirtschaft nicht wachsen. Die „großen Weisen“ in der EU sind felsenfest davon überzeugt, 2 % Inflation müßten unbedingt sein. Nun wachsen Wirtschaften aber eigentlich deshalb, weil mehr Waren benötigt und deshalb auch produziert werden. Mit dem Geldwert hat das erst einmal gar nichts zu tun. Eine Wirtschaft kann grundsätzlich auch wachsen, wenn der Geldwert stabil bleibt. Und sie würde das ebenfalls tun, wenn er sich erhöhen sollte. Geldwert und Wachstum sind überhaupt nicht so linear

miteinander verbunden, wie immer wieder behauptet wird.

Warum also die These, daß eine gewisse Inflation für das Wirtschaftswachstum unbedingt erforderlich wäre? Natürlich gibt es im realen Kapitalismus eine wirklich zu beobachtende Beziehung zwischen beiden. Allerdings eine sehr indirekte. Geld kann man ja auch sparen oder regelrecht horten. Es würde dann als Vermittler des Warenaustauschs ausfallen und damit nicht nur den Austausch, sondern auch die Produktion behindern. Diesen Hang zur „Schatzbildung“ müsse man dadurch eindämmen, daß das Geld ständig wertloser wird (das ist ja der eigentliche wirtschaftliche Gehalt der Inflation). Nun ist das mit der Bildung von Schätzen so eine Sache. Der Großteil der Menschen eines Landes, nämlich die, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, können diese Schätze gar nicht aufhäufen. Weil sie ihr Geld regelmäßig komplett aufbrauchen müssen, um über die Runden zu kommen. Für sie bedeutet Inflation, daß das, was eben noch für den Lebensunterhalt ausreichen sollte, nun mit Sicherheit nicht mehr ausreichen wird. Die zunehmende Armut im Lande hat sehr viel mit den so „segensreichen“ Wirkungen dieser angeblich unbedingt notwendigen Inflation zu tun. Für die Arbeitenden ist Inflation nichts anderes als Lohnraub am hart Erarbeiteten, Einschränkung. Auf welche Weise gerade diese Einschränkung zum Wirtschaftswachstum beitragen soll, bleibt ein ewiges Geheimnis weiser Wirtschaftstheoretiker. Allerdings: Die Sache lohnt sich auch wieder. Für die Räuber natürlich, und

nicht für die Beraubten. Die kann man mit Blech abspesen. Wir sollten vom Räuber nicht erwarten, dass er die Wahrheit spricht. Ein Nebelvorhang ist für ihn viel besser. Wer könnte noch von der Inflation profitieren? Selbstverständlich jene, die große Schulden haben. Zum Beispiel der Staat. Sie können dann diese Schulden mit Geld abstottern, das ständig wertloser wird. Wem jetzt zufällig der Staat einfällt, der wird wohl nicht ganz falsch gedacht haben. Und der große Kapitalist? Bringt ihn der Wertverlust des Geldes wirklich dazu, es nicht zu horten, sondern produktiv in die Wirtschaft zu investieren? Die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft sagt ja. Das Leben sagt: Meistens nicht. Denn der Kapitalist investiert nur dann, wenn wirkliches Wachstum zu erwarten ist und der erhoffte Profit in der materiellen Produktion höher ist, als der Profit, den er auf andere Weise erhaschen könnte. Geld kann man schließlich auch vermehren, indem man es mit Finanzspekulationen auf eine Reise um die Welt schickt. Oder indem man ganze Kontinente wie Afrika oder Südamerika ausplündert und in Armut hält. Und, besonders im wertegeleiteten Westen sehr beliebt, indem man den Staat, seine Steuern oder seine Sozialsysteme plündert oder ihn sein Geld für Militär und Rüstung zum Fenster hinauswerfen läßt. Man sieht: Die Inflation hat viele Verlierer und nur wenige Gewinner. Von diesen Gewinnern zu erwarten, daß sie das nicht mit Phantasien von Wachstum und Wohlstand bemänteln, ist wohl dann wohl doch zu viel verlangt.

A.S.

Viele können für die Rente nicht sparen ...

Seit Jahren klären mich verschiedenste mediale Formate darüber auf, wie bedenklich es um die Altersversorgung im Staate Deutschland steht. Die Sender mühen sich darum, das Thema noch interessant, aussagefähig, wissensvermittelnd und möglichst demokratisiert mit Bürgerbeteiligung zu gestalten. Am Ende sind es zwei, drei Vorschläge oder Ideen für die Zukunft der Rente, die sich niemand wirklich wünschen sollte. Seit dreißig Jahren wird an der Rente herumgebastelt, Formeln werden eingeführt und Stück für Stück das Rentenniveau abgesenkt. „Nicht mehr finanzierbar“ ist seit Jahrzehnten Grundtenor. Von Demografie hören wir. Beliebt ist die bedrohlich wirkende Rechnung, wonach immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentner auszuhalten hätten. Ein scheinbarer Generationenkonflikt wird gern

bedient. Die Alten leben offenbar auf Kosten der Jungen.

Wie moralisch, menschlich diffamierend und gesellschaftlich diskriminierend die Diskussion ist, das ist den wenigsten bewußt. Es ist Normalität in dieser Gesellschaft, so und nicht anders zu denken. Es wäre aber doch gegen alle Totschlagargumente die einfache Frage zu stellen, warum bei der „Rechnung“ immer nur von Demografie, alternder Gesellschaft, höherem Lebensalter usw. die Rede ist und nicht berücksichtigt wird, daß weniger Erwerbstätige heute ein Vielfaches an Werten schaffen als noch vor Jahrzehnten? Warum wird nicht eingerechnet, was von Jahr zu Jahr an höherer Produktivität, Wertschaffung zu Buche steht? Darauf bekommen wir nie eine Antwort. Warum nicht? Wo ist der Haken? Wo auf privatwirtschaftlicher

Basis produziert wird, zählt nur die Profitabilität der Arbeit. Gesellschaftlich notwendige Ausgaben und Kosten drücken den Gewinn und sind immer vom Rotstift bedroht. Es geht nicht um das Wohl der Gesellschaft, der Bürger. Es geht allein um die Anhäufung von gigantischem Reichtum und Macht. Es bleibt dabei: Die einen müssen die Tafeln aufsuchen, haben Mehrfach-Billigjobs nachzugehen, sammeln Flaschen, können von Rente oder Lohn nicht leben, gelten als Schmarotzer der Gesellschaft. Aber bald dürfen sie ja an die Börse und mit Aktienbesitz sich eine üppige Rente selbst finanzieren. Geniale Idee, warum ist noch keiner darauf gekommen? Black Rock-Kanzler Merz wird uns in großartige Zeiten führen.

Roland Winkler

Aue

Was man uns gerne einreden will:

Der Klassenwiderspruch existiert nicht, wenn man ihn einfach nicht zur Kenntnis nimmt. Kapital und Arbeit wandern gemeinsam Hand in Hand friedlich durch die Zeiten. Krisen verschwinden, wenn man sie in nachfragebedingte Konjunkturlauten umbenennt. Der Staat wird zum herzigen Freund eines jeden Bürgers, wenn der sich nur immer brav genug an alle vorgegebenen Regeln hält.

Wenn sich doch alle objektiven Widersprüche einfach so aus der Welt schaffen ließen, indem man ihnen neue Namen gibt. Aber objektive Widersprüche sind hartnäckige Gesellen. Sie sind nicht darauf angewie-

untergraben könnten. Wie das passiert? Wir wissen, daß sich jede Gesellschaft nur dann entwickeln kann, wenn sie ihre produktiven Kräfte, ihre Produktivkräfte, ständig weiter entfaltet. Den wichtigsten Teil dieser Produktivkräfte bildet der arbeitende Mensch. Er ist es, der mit seiner Arbeit die Mittel und die Gegenstände der Produktion in Bewegung setzt. Nur durch ihn bekommt diese Bewegung Richtung und Ziel.

Wie steht es dann um die Fürsorge unserer Gesellschaft gerade denen gegenüber, die ihr Wissen und Können, ihre Kraft und ihre Motivationen in der Produktion brauchen,

Aus dem einfachen Grund, weil man sie nicht so einfach ersetzen kann wie den Arbeiter auf einer Bananenplantage im Süden. Oder den Bergmann in Afrika, der mit seinen eigenen Händen den Reichtum aus der Erde gräbt, den wir im Norden verbrauchen. Aus gutem Grund teilt der Eigentümer der Produktionsmittel den nicht so leicht zu ersetzenden Arbeitern deshalb jenes Quantum des Produkts zu, das seiner Reproduktion dient. Nie ohne Weh und Ach. Und nie ohne beständiges Klagen, daß die Löhne viel zu hoch wären. Was soll man aber machen – ohne die Arbeitenden ist an Profit aus ihrer Arbeit nicht zu denken. Für den Kapitalisten ist und bleibt der Arbeiter samt all seinen nützlichen Eigenschaften trotzdem nur ein schlichter Kostenfaktor. Je mehr der Arbeiter bekommt, desto weniger Profit bleibt übrig. Und umgekehrt: Je weniger der Arbeiter bekommt, desto höher ist der Profit. Kann man dem Kapitalisten da verdenken, wenn er ständig übers Einsparen nachdenkt? Bei den Löhnen geht das, aber auch nur bedingt. Je mehr Gewerkschafter in den Aufsichtsräten sitzen, desto leichter ist das erfahrungsgemäß. Man hat schließlich ein eigenes Interesse an hohen Dividenden. Nur: Irgendwann werden die Arbeitenden rebellisch. Zum Beispiel dann, wenn das Geld nicht mehr fürs Wohnen, Essen, für die Familie und die Erholung reicht. Woanders sparen? Natürlich geht das! An Steuern zum Beispiel. Erfahrungsgemäß ist der Staat auch bereitwilliger beim Verzicht, als die Arbeiter. Allerdings soll der Staat mit diesen Steuermitteln ja auch ein funktionierendes Umfeld für die Profiterzielung schaffen. Dazu gehört auch ein Bildungswesen, das die benötigten qualifizierten Arbeitskräfte bereitzustellen hat. Allerdings kann man einen Teil dieser dringend notwendigen Aufwendungen auch auslagern. In ein Entwicklungsland beispielsweise, das aus der Unterentwicklung herauskommen möchte. Und deshalb in Bildung investiert. Dem man sie einfach abwirbt, wenn sie fertig sind. In Deutschland spart man so seit Jahrzehnten enorm viel Geld. Allerdings bekommt man paßgenau ausgebildete Arbeitskräfte auch nicht immer und überall. Dann stimmt man das Klagelied über den Fachkräftemangel an. Mit dem man selbstverständlich nichts zu tun hat. Der Staat hat eben geschlafen. Er bringe damit Arbeitsplätze in Gefahr. Das ist eine enorm wirksame Drohung im Lande. Allerdings funktioniert auch die in den letzten Jahren nicht mehr so richtig. An Fachkräften mangelt es zunehmend und überall.



Verdi-Streiktag für Frauenrechte am 7. März

sen, daß wir sie zur Kenntnis nehmen. Sie entfalten ihre Wirkung auch ohne uns zu fragen. Außerhalb und unabhängig von unserem Bewußtsein. Das Unangenehme: Sie benutzen uns dabei auch noch. Sie machen Gewinner aus uns, Verlierer oder gar Opfer und lassen uns dabei kräftig mittun. Sie plagen uns um so mehr, je länger wir uns weigern, ihre Existenz und ihre Macht anzuerkennen. Sie sind dann wie Krankheiten, von denen wir nichts wissen wollen. Die besonders dort überaus grausam zuschlagen, wo sie nicht behandelt werden.

Nehmen wir einmal den Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen. Man will ja heute nicht wahrhaben, daß es ihn gibt. Über alles kann man heute und hier sprechen. Aber doch nie und nimmer darüber, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus die Entwicklung der Gesellschaft

anwenden und damit auch verbrauchen? Wie steht es um die Sorge darum, daß dieses Verbrauchte immer rechtzeitig und umfassend erneuert wird? Wie sorgt sich eine Gesellschaft, die ständig wachsen will, ganz konkret um die erweiterte Reproduktion der dafür erforderlichen Fähigkeiten der Menschen?

Wohl eher schlecht als recht. Der Ehrlichkeit halber muß man aber auch sagen: Das Kapital läßt Arbeiter nur dann verhungern, wenn es genügend andere Menschen gibt, die an ihre Stelle treten können. Im Globalen Süden also, wo über 700 Millionen Menschen auch heute noch hungern und jede Sekunde ein Kind stirbt, weil seine Eltern ihm nichts zu essen geben können. Aber hier im Norden ist das Kapital zivilisierter. Man kann seine Arbeiter schlecht verhungern lassen, wenn man sie am nächsten Tag wieder braucht.

Auch an den Gesundheitskosten könnte man sparen, für die man dem Staat ja anteilig einige Steuermittel hat zukommen lassen. Vorausgesetzt, man bezahlt überhaupt Steuern. Allerdings könnte auch das fatale Nebenwirkungen haben. Wenn man am Gesundheitswesen spart, könnten die Menschen kränker werden oder länger krank bleiben. Ohnehin klagt das Kapital im Land darüber, die Beschäftigten seien zu oft und zu lange krank. Der Staat müsse durchgreifen, indem er die Kranken ein wenig mehr zur Kasse bittet. Oder auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle einschränkt. Allerdings ist jemand, der sich krank zur Arbeit schleppt, längst nicht so leistungsfähig wie ein Gesunder. Man könnte auch am Sport und seinen Einrichtungen sparen. Nein, nicht doch an dem, der selber profitabel genug ist, wie der Fußball! An Breitensport, Schwimmbädern, Turnhallen. Sowas muß ja nicht in jeder Kommune zu finden sein. Leider aber muß die erforderliche körperliche Leistungsfähigkeit trainiert und erhalten sein. Wo sie das nicht wird, kann man sie auf Arbeit auch nicht abrufen. Es nützt dann auch nicht zu klagen, man hätte noch nie so wenig leistungsfähige Menschen

wie jetzt erlebt. Sowas kommt eben von sowas. Aber bei der Kultur müßte man doch richtig viel sparen können. Gibt der Staat da nicht viel zu viel Geld unnützlich aus? Was soll ein Arbeiter im Theater? Dem müßte doch das Kulturangebot der Glotze reichen. Gute Filme, wozu? Anregende Skulpturen? Alltagskultur statt Werbetafeln? Kulturhäuser für den Plebs? Wozu? Aber auch das hat einen Haken. Denn immer komplexere und kompliziertere Tätigkeiten verlangen auch komplexeres und verantwortungsvolleres Denken und Handeln – mit entsprechender Motivation natürlich. Aber Motivation läßt sich allerdings nicht einfach kaufen. Im Fußball mag das mittels einiger hingeblätterter Millionen manchmal funktionieren, in der Breite jedenfalls nicht. Dann wird geklagt, die Leute seien so unmotiviert. Die fragen doch wirklich danach, ob eine Arbeit noch genügend Zeit und Kraft zum Leben übrig läßt. Oder leisten Dienst nach Vorschrift. Allerdings klagt derjenige, welcher der Kultur die notwendigen Mittel weggenommen hat, mit denen sie die erforderlichen Gefühle, Einstellungen und Motivationen hätte formen und festigen müssen.

Das Wichtigste, was die Menschheit hat, sind die schöpferischen Fähigkeiten der Menschen. An ihnen zu sparen, wie es im Kapitalismus praktiziert wird, untergräbt letztendlich die gesellschaftliche Entwicklung. So folgenreich können objektive Widersprüche eben auch sein.

Achim Seider

Hinweis

Das von Wolfgang Metzger aktualisierte Gesamtregister aller „RotFuchs“-Hefte steht auf der Webseite zur Verfügung.

Nachtrag

Der im März-RF auf S. 24 enthaltene und redaktionell gekürzte Beitrag „Rosa Luxemburgs Heiterkeit in Kriegzeiten“ von Felix Schneider wurde der Zeitschrift „Zeit-Fragen“, Schweiz, vom 5.1.2025 entnommen.

Das große Sparen

Nach Beifall der Gewerkschaften: Mit der schuldenfinanzierten Aufrüstung kommt das Kürzen. Die Pläne neoliberaler Ökonomen liegen längst vor.

Die Freude bei Sozialverbänden, Gewerkschaften und Wirtschaftsinstituten war groß, als Union und SPD sich auf das milliardenschwere Sondervermögen für Infrastruktur geeinigt hatten. Daß die versprochenen Investitionen in Straßen, Brücken, Kliniken und (vielleicht) auch Schulen Beiwerk einer krassen Aufrüstung sind, spielte in den offiziellen Stellungnahmen keine Rolle. Daß die Schuldenbremse bleibt und lediglich die Militärausgaben ausgenommen werden, wurde nicht ausdrücklich abgelehnt. Die Vorstände von DGB, IG Metall oder IG BAU begrüßten den Freibrief für die weitere Aufrüstung sogar.

So sah der IG-BAU-Chef Robert Feiger den „jetzt quasi deckellosten Verteidigungsetat“ als „notwendig“ in „diesen weltpolitisch instabilen Zeiten“. „Natürlich ändert sich die Lage hier in Europa dramatisch, sollten sich die USA tatsächlich künftig von uns abwenden. Da müssen wir die Sicherheit Europas selbst in die Hand nehmen“, erklärte Feiger am 5. März.

Der Airbus-Chef will die Sache auch „selbst in die Hand nehmen“. „Wenn wir das Mehr an Verteidigungsausgaben nutzen, um weitere Produkte von der Stange in den USA zu kaufen, zementieren wir unsere Abhängigkeit von anderen“, sagte Michael Schöllhorn am 7.3. der *Augsburger Allgemeinen*. Der Chef des deutsch-französischen Luft- und Raumfahrtkonzerns forderte ein „konzertiertes Auftreten der europäischen Kernländer“ und Planungssicherheit.

Die Union hatte bereits vor der Wahl angekündigt, im Bundeshaushalt „sparen“ zu wollen. Das *Handelsblatt* hat am 7.3. noch einmal an verschiedene Vorschläge von neoliberalen Ökonomen erinnert, wie der Staat Geld sparen oder zu neuem Geld kommen kann: Weniger Feiertage könnten laut dem Wirtschaftspolitikers Guntram Wolff zusätzliche Einnahmen von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielen. Die Streichung des Elterngeldes würde Ifo-Präsident Clemens Fuest zufolge acht Milliarden Euro im Jahr sparen. Die „Wirtschaftsweise“ Veronika Grimm sieht ein jährliches Einsparpotential von 20 bis 30 Milliarden Euro durch weniger Subventionen in der Klimapolitik. Das *Handelsblatt* holte auch eine Streichliste aus Christian Lindners

Finanzministerium aus der Schublade: 21 „Subventionen“ mit einem Volumen von neun Milliarden Euro könnten demnach unter anderem durch Streichen der Steuerbefreiung von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen und des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Kulturgüter gespart werden. Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 20 Prozent würde Zusatzeinnahmen von 16 Milliarden Euro im Jahr bringen.

Grimm hat noch mehr Ideen, wie „Spielräume im Haushalt“ geschaffen werden könnten, im Gesundheitssystem etwa, beim Bürgergeld und beim Zuschuß zur Rentenversicherung. Letzterer liegt bei mehr als 110 Milliarden Euro. Ökonom Michael Thöne bringt mal wieder eine Erhöhung des Renteneintrittsalters ins Spiel. Ende März entscheidet das Bundesverfassungsgericht über den Solidaritätszuschlag. Selbst wenn er einkassiert wird, fordern Politiker wie Bayaz bereits, ihn wieder aufleben zu lassen – in Gestalt eines „Sicherheits-Solis“.

Susanne Knütter

Redaktionell leicht gekürzt

Junge Welt, 8.3.2025

Ein Insider spricht Klartext

*Der renommierte US-Ökonom **Jeffrey Sachs** hielt am 19. Februar einen Vortrag über die „Geopolitik des Friedens“ im EU-Parlament in Brüssel. Sachs rechnete bei seinem Vortrag vor EU-Parlamentariern deutlich mit der bisherigen US-Politik und der Politik der Europäischen Union (EU) ab.*

Zur Strategie einer US-dominierten unipolaren Welt gehört laut Sachs die ungebremste NATO-Osterweiterung. Er erinnerte an die dokumentierten westlichen Zusagen an Moskau, daß die Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation nicht ausgenutzt und die NATO sich „keinen Zentimeter nach Osten“ ausdehnen werde. Doch schon 1994 sei unter Präsident William Clinton beschlossen worden, das US-geführte Bündnis bis zur Ukraine auszuweiten. Mit Blick auf die US-amerikanische Aufkündigung der Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge zu den Atomwaffen sowie den US-Abschußrampen in Polen und Rumänien sei es die Frage gewesen, ob die USA auch Raketenysteme in der Ukraine aufstellen würden, wenn diese in der NATO sei. US-Außenminister Antony Blinken habe seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow beim Treffen im Januar 2022 in Genf dazu gesagt, die USA würden Raketenysteme aufstellen, wo immer sie wollen. Sachs erklärte: „Wenn man Präsident Putin über die Jahre hinweg zuhört, ist das Wichtigste, worüber er sich Sorgen macht, daß Raketen sieben Minuten von Moskau entfernt einen Enthauptungsschlag darstellen.“ Das sei sehr real. Der Redner erinnerte an die Kuba-Krise 1962. Damals seien die USA „ausgeflippt, als dies in der westlichen Hemisphäre geschah. Es ist also die Kubakrise in umgekehrter Richtung“. Die Gefahr für Rußland durch die US-Raketenysteme seien der Grund für den Krieg in der Ukraine. Sachs berichtete, daß er in die russisch-ukrainischen Verhandlungen in Istanbul im Frühjahr 2022 einbezogen war. Doch die Ukrainer hätten sich von einem fast abgeschlossenen Abkommen zurückgezogen – „weil die USA ihnen das gesagt haben“ und der britische Premierminister Boris Johnson mit einem Besuch am 9. April 2022 in Kiew darauf drängte, da es dabei um die westliche Hegemonie gehe. Er selbst habe im Juni 2022 gemeinsam mit dem ehemaligen hochrangigen UN-Diplomaten Michael von der Schulenburg und anderen im Vatikan ein Dokument erstellt, in dem Verhandlungen gefordert wurden. Doch „seit diesem Dokument, seit die USA die Unterhändler vom Verhandlungstisch weggelockt haben, sind etwa eine Million Ukrainer gestorben oder schwer verwundet worden“. Sachs verwies darauf, daß die USA für alle Kriege in der Welt seit dem Ende des Kalten

Krieges 1990/91 verantwortlich sind, vom Irak und Jugoslawien 1999 über den Nahost-Konflikt und Syrien bis nach Afrika mit Sudan, Somalia und Libyen sowie zuletzt für den in der Ukraine. Ausgangspunkt dessen sei, daß die USA nach dem Untergang der Sowjetunion 1991 entschieden hätten, nun allein die Welt zu beherrschen und dabei auf niemand anderen mehr Rücksicht zu nehmen, auch nicht auf internationale Verpflichtungen, das Völkerrecht oder die UNO. Sachs hat viele der betroffenen Länder ebenso beraten und besucht, wie er osteuropäische Länder nach dem Ende des Sozialismus beriet. Zudem hat er nach seinen Worten enge Kontakte zu den führenden Kreisen des Westens, insbesondere den USA. Deshalb seien seine Aussagen und Informationen „nicht aus zweiter Hand“. „Cheney, Wolfowitz und viele andere Namen glaubten, daß dies jetzt eine Welt der USA ist und wir tun werden, was wir wollen. Wir werden die ehemalige Sowjetunion aufräumen. Wir werden alle verbliebenen Verbündeten ausschalten. Länder wie der Irak, Syrien und so weiter werden verschwinden.“ Das sei die Linie der US-Außenpolitik „im wesentlichen seit 33 Jahren“, für die Europa einen „hohen Preis“ zahle, in dem es auf eine eigenständige Außenpolitik verzichtete. Bei dem gegen Rußland gerichteten Langzeitprojekt seien die Ukraine und Georgien der Schlüssel gewesen. Sachs erinnerte auch an die durch Ex-US-General Wesley Clark bekanntgewordenen Pläne der US-Führung im Jahr 2001, Krieg gegen sieben Länder zu führen, ehemalige Verbündete der Sowjetunion und Unterstützer der Hamas und der Hisbollah. Das sei im Interesse Israels und seines derzeitigen Premierministers Benjamin Netanjahu geplant worden. Die NATO-Osterweiterung, die 1999 mit Ungarn, Polen und Tschechien begann, sei 2004 mit sieben weiteren Ländern, einschließlich des Baltikums, fortgesetzt worden: „Dies war ein völliger Verstoß gegen die mit der deutschen Wiedervereinigung vereinbarte Nachkriegsordnung. Im Wesentlichen handelte es sich um einen grundlegenden Betrug oder Verrat der USA an einer kooperativen Vereinbarung, denn sie glauben an die Unipolarität.“ Und obwohl Rußlands Präsident Wladimir Putin 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor den Folgen warnte und einen Stopp forderte, hätten die USA 2008 die NATO um Georgien und die Ukraine erweitern wollen. Sachs betonte, daß Rußland „keinerlei territoriale Interessen oder Pläne in der Ukraine“ gehabt habe, was er aus Gesprächen in Rußland in der damaligen Zeit wisse. Moskau sei es nur um den Pachtvertrag für den Marinestützpunkt Sewastopol auf der Krim bis 2042 gegangen, nicht um die Krim selbst und nicht um den Donbass.

„Die Vorstellung, Putin würde das russische Reich wieder aufbauen, ist kindische Propaganda“, fügte er hinzu. Doch die US-Führung habe beschlossen, Putin durch einen Regimewechsel zu stürzen. Davon hätten die USA etwa einhundert weltweit organisiert, „das ist der Job der CIA“. Es werde nicht mit der anderen Seite verhandelt, sondern versucht sie zu stürzen, „am besten heimlich“ und notfalls auch offen, immer mit der Schuldzuweisung an das Opfer, daß der „Aggressor“, gar der neue „Hitler“ sei. „Das ist die einzige außenpolitische Erklärung, die dem amerikanischen Volk jemals gegeben wird.“ Und: „Das ist das einzige Modell der Außenpolitik, das wir jemals von unseren Massenmedien hören. Und die Massenmedien wiederholen es vollständig, weil sie vollständig von der US-Regierung beeinflusst werden.“ Der Ökonom sagte zu den Ereignissen in der Ukraine, wie der sogenannten Maidan-Revolution und den Folgen, die USA hätten 2014 daran gearbeitet, den gewählten Präsidenten Wiktor Janukowitsch zu stürzen. Die neue ukrainische Regierung nach dem Staatsstreich habe ihn um Beratung wegen der Wirtschaftskrise gebeten. In Kiew sei ihm offen erklärt worden, „daß die USA das Geld für alle Menschen auf dem Maidan bezahlt hätten“. Es sei eine organisierte Operation gewesen und auch „kein Geheimnis, außer für die Bürger Europas und der Vereinigten Staaten. Alle anderen verstehen es ganz klar.“ Die beiden Minsker Vereinbarungen nach dem Beginn des Bürgerkrieges in der Ostukraine seien von Kiew und Washington torpediert worden, während die beiden Garantie-Staaten Deutschland und Frankreichs sie fallen ließen. Es habe sich um „eine weitere direkte US-amerikanische unipolare Aktion“ gehandelt, „bei der Europa wie üblich eine völlig nutzlose Nebenrolle spielte, obwohl es ein Garant des Abkommens war“. Es habe in der Folgezeit in der US-Politik, egal in welcher Partei, „keine einzige Stimme für Frieden“ gegeben. Als der russische Präsident Putin im Dezember 2021 zwei Entwürfe für Sicherheitsabkommen mit der EU und mit den USA vorgelegt habe, habe er mit dem Nationalen Sicherheitsberater Bidens, Jake Sullivan, telefoniert, so Sachs. Auf seine Bitte, öffentlich zu erklären, daß die NATO die Ukraine nie aufnehmen würde, habe Sullivan das zwar bestätigt, aber die öffentliche Erklärung dazu abgelehnt. Die Biden-Administration sei dem Plan der Rand-Corporation von 2019 gefolgt, der das Ziel hatte, Rußland zu überdehnen und aus dem Gleichgewicht zu bringen. Doch das US-Projekt, Rußland in die Knie zu zwingen, sei gescheitert, so Sachs.

Tilo Gräser

Redaktionell gekürzt

Quelle: NachDenkSeiten, 26.2.2025

Putin zu brandaktuellen geopolitischen Fragen

Wladimir Putin hat dem russischen Journalisten Pawel Sarubin am 25. Februar ausführlich zu den Verhandlungen mit den USA, der Rolle der Europäer und der möglichen russisch-amerikanischen Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen Rede und Antwort gestanden.

RF veröffentlicht einen kurzen Auszug.

Sarubin: *Es gibt Stimmen, die sagen, daß das aktuelle Vorgehen des US-Präsidenten eher Rußland in die Hände spielt. Ist das wirklich so?*

Putin: Ich bin der Meinung, daß das absolut nicht so ist. Es geht darum, daß der derzeitige Chef des Kiewer Regimes ein Faktor für den Verfall der Armee, der Gesellschaft und des Staates geworden ist. Und der jetzige US-Präsident ist sich dessen sicher bewußt und drängt ihn zur Wahl. Es geht ihm meiner Meinung nach um die Herstellung von Bedingungen für das Überleben des ukrainischen Staates. Außerdem hat der US-Präsident angekündigt, daß er Frieden schaffen will – wir übrigens auch – und zwar so schnell wie möglich. Und der derzeitige Regimechef steht diesem Ziel im Weg. Daher kommt die Position des US-Präsidenten, wie mir scheint. Und die hat nichts damit zu tun, daß es in unserem, im russischen Interesse liegt, sondern es liegt im Interesse der Ukraine, die ukrainische Staatlichkeit zu erhalten. Dagegen haben wir auch nichts einzuwenden. Allerdings wollen wir natürlich, daß dieses Territorium nicht als Sprungbrett für Angriffe auf Rußland benutzt wird, nicht als feindliches Sprungbrett gegen uns benutzt wird, sondern daß es sich am Ende zu einem freundlichen Nachbarstaat entwickelt.

Sarubin: *Wir hören jeden Tag eine Menge sehr unterschiedlicher Aussagen von Trump. Sie haben ihn mehr als einmal getroffen, Sie haben kürzlich mit ihm telefoniert. Handelt er auf der Grundlage von Emotionen?*

Putin: Natürlich nicht. Natürlich gibt der derzeitige Chef des Regimes in Kiew Anlaß, diese Emotionen zu zeigen. Aber Trumps Handlungen beruhen nicht auf Emotionen, sondern auf kaltem Kalkül, auf einer rationalen Herangehensweise an die aktuelle Situation.

Sarubin: *Verstehen die Europäer Ihrer Meinung nach das Wesen der aktuellen Situation um die Ukraine?*

Putin: Das müssen Sie die fragen. Nach dem, wie sie sich verhalten, scheint es mir, daß sie es nicht wirklich verstehen. Aber darum geht es nicht einmal. Es geht darum, daß

die politischen Führer der europäischen Länder, anders als der neue US-Präsident, mit dem derzeitigen Regime verbunden sind, sie sind engagiert. Und sie haben zu viel gesagt und versprochen, und nun ist es für sie sehr schwierig oder praktisch unmöglich, sich von dieser Position zu lösen, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Und wenn man bedenkt, daß sie sich in einer ziemlich komplizierten innenpolitischen Phase mit Wahlen, Neuwahlen, Schwierigkeiten in den Parlamenten etc. befinden, ist es für sie fast unmöglich, ihre Position zu ändern. Im Gegensatz dazu hat der neu gewählte US-Präsident die Hände frei, er ist frei von diesen Zwängen, die ihn daran hindern, auf eine Lösung des Konflikts hinarbeiten, und es liegt wahrscheinlich in seinem Charakter, daß er unmißverständlich und ungehemmt handelt.

Sarubin: *Die Europäer verlangen weiterhin, ein Mitspracherecht bei den Verhandlungen über die Ukraine zu haben. Wie sehen Sie das?*

Putin: Ich sehe hier nichts Schlechtes. Verlangen kann hier wahrscheinlich niemand etwas, schon gar nicht von Rußland. Ich habe die Reaktion auf unser Telefongespräch mit dem US-Präsidenten gesehen, und ich habe die Reaktion auf das hochrangige Treffen in Riad gesehen. Sie sind wirklich emotional und entbehren jeglicher praktischen Vernunft. Warum? Weil sowohl Rußland als auch die USA den ersten Schritt tun müssen, um die komplexen und sogar akuten Probleme, auch in der Ukraine, zu lösen. Was ist der erste Schritt? Dieser erste Schritt muß der Stärkung des Vertrauens zwischen beiden Staaten gewidmet sein. Das haben wir in Riad getan, und darum wird es bei den nächsten, vielleicht weiteren hochrangigen Kontakten gehen. Ohne dies ist es unmöglich, irgendein Problem zu lösen, auch ein so komplexes und akutes Problem wie die Ukraine-Krise.

Aber was hat das mit den Europäern zu tun? Es geht um die bilateralen russisch-amerikanischen Beziehungen. In dem Telefongespräch als auch bei dem Treffen in Riad haben wir die Probleme im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise angesprochen und vereinbart, daß wir das Thema angehen werden. In diesem Sinne und in diesem Fall lehnen wir die Teilnahme der europäischen Länder natürlich nicht ab.

Und wir haben uns nie geweigert, wir haben ständig mit ihnen gesprochen. Irgendwann haben sie selbst den Kontakt zu uns abgebrochen, weil sie die weit hergeholt Vorstellung hatten, Rußland auf dem Schlachtfeld zu besiegen. Wenn sie zurückkommen wollen, bitte sehr.

Sarubin: *Ich möchte Sie bitten, sich zu einigen weiteren Äußerungen Trumps zu äußern, von denen es, wie gesagt, eine ganze Menge gibt.*

Putin: Aber nicht alle, okay?

Sarubin: *Aber nicht alle. Er hat zum Beispiel gesagt, daß er Ihnen und dem chinesischen Staatschef vorschlagen will, den Verteidigungshaushalt um die Hälfte zu kürzen. Was halten Sie von dieser Idee?*

Putin: Ich weiß, ich kann mir denken, woran das liegt. Das stützt sich offenbar auf die Berechnungen eines britischen Forschungszentrums, in dem unsere Ausgaben nach Kaufkraftparität berechnet wurden. Letztes Jahr hatten die USA, glaube ich, 968 Milliarden Dollar, und wenn man die russischen und chinesischen Ausgaben zusammenzählt, ist es ungefähr das selbe, wenn man sie mit den amerikanischen Ausgaben vergleicht.

Erstens muß man sich das korrekt ansehen. Das ist das Erste. Zweitens kann ich mich nicht dazu äußern, wie die Volksrepublik China das sieht. Es gab verschiedene Ansätze von amerikanischer Seite in Bezug auf strategische Offensivwaffen und andere sehr ernste Fragen. Das ist also eine Angelegenheit für die Volksrepublik China. Aber wir könnten uns mit den USA einigen, wir sind nicht dagegen. Ich halte die Idee für gut: Die USA würden um 50 Prozent reduzieren, und wir würden um 50 Prozent reduzieren, und die Volksrepublik China würde sich dann anschließen, wenn sie das möchte. Wir halten den Vorschlag für gut, und wir sind zu Diskussionen darüber bereit.

Sarubin: *Trump hat auch Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte von 25 Prozent auf allen Ländern verhängt. Bei Aluminium haben wir früher gut mit den USA zusammengearbeitet. Was halten Sie von dieser Handelspolitik?*

Putin: Ich möchte die Handelspolitik der USA jetzt nicht kommentieren, sie ist seit vielen Jahren mit Sanktionen verbunden. Wir betrachten diese Sanktionen als illegal und schädlich für den Welthandel und die Wirtschaft. Und sie schaden meiner Meinung nach sowohl uns als auch denjenigen, die diese Sanktionen verhängen.

Übersetzung: Thomas Röper

Redaktionell gekürzt

Quelle: anti-spiegel.ru, 3. März 2025

Militärpolitisches und Geopolitisches zum Ukraine-Konflikt

Angesichts der mit Unwahrheiten – die Ursachen des Ukraine-Konflikts betreffend – begründeten Aufrüstungs- und Kreditorgien von Willigen der EU zur Weiterführung des Krieges gegen Rußland, wird die Frage nach der Schuld am Ukraine-Konflikt im „RotFuchs“ erneut – und dieses Mal gleich am Anfang – gestellt und beantwortet.

Wer sind die politischen Kräfte in unserem Teil der Welt, die das Sagen haben – jene, die für die Fortführung des Krieges in der Ukraine mit weiterer Massenvernichtung von jungen Frauen und Männern an der Front und zivilen Bürgern sowie für Zerstörungen in mehreren Ländern stehen oder die, welche für die Beendigung dieses Vernichtungskrieges eintreten?

Neben der existentiellen Bedrohung der Ukraine und teilweise auch Rußlands, sind durch die Eskalation dieses Krieges auch die Länder der EU zunehmend betroffen. Sie alle stehen vor einer Richtungsentscheidung. Aus diesem Grund ist es wichtig, Klarheit darüber herzustellen, wie dieser Krieg entstand und wer der wirkliche Verursacher dieses Krieges ist. Dazu werden in diesem Beitrag nicht nur Positionen linksgerichteter Analysten, sondern auch solche von Realpolitikern vieler Länder, die sich einfach faktentreu äußern, beleuchtet.

Zu den Ursachen des Ukraine-Konflikts

Der ehemalige UN-Diplomat von der Schulenburg stellte fest, daß der Ukraine-Konflikt entstand, weil die tonangebenden politischen Kräfte des kollektiven Westens den Konflikt nicht diplomatisch lösen konnten und wollten. Und angefangen hat dieser Konflikt, weil die USA nach dem Brechen ihres Versprechens, die NATO keinen Zoll nach Osten auszudehnen, die „Stützen“ für ihre Politik der Eingliederung der Ukraine in die NATO nicht an die Macht bringen konnten.

Ihr Ziel erreichten sie nur durch die Entfesselung des von ihnen organisierten und finanzierten blutigen Maidan-Putschs (2014), bei dem sie sich auf die Bandera-Neonazis und andere rechtsradikale Kräfte (später ASOW-Nazis) stützten.

Diese von den USA aufgerüsteten Kräfte stürzten die demokratisch gewählte Regierung Januschkowschts. Die Garantemächte der demokratischen Ukraine, wozu auch Deutschland gehörte, griffen aber nicht ein, um dem Westen und der Ukraine Zeit zur Aufrüstung einzuräumen. Nach

der Machtergreifung der nazistischen Junta begann eine Jagd auf alle demokratischen Gruppierungen im Lande, dabei besonders auf die Träger der russischen Sprache und Kultur. Auf ihr Konto ging der Mord an linken und demokratischen Kräften in Odessa und auf der Krim sowie die blutige Zerschlagung der neu gebildeten demokratischen Republiken in mehreren Regionen der Ukraine, die nicht in einem nazistischen Staat leben wollten. Einzig der Donbass widerstand den ASOW-Formationen, durch welche von 2014 bis 2022 15 000 – meist Bürger aus Donezk – buchstäblich hingerichtet wurden. Diese physische Vernichtung von russischstämmigen Bürgern der Ukraine brachte die Russische Föderation (RF) zunächst dazu, die DVR und LVR militärisch und bei ihren Referenden zu unterstützen. Die existenzbedrohten neuen entstandenen Republiken wandten sich, gestützt auf das UN-Selbstbestimmungsrecht, an die RF mit der Bitte auf Eingliederung und auf militärische Hilfe.

USA und NATO bedrohten im Frühjahr und im Herbst 2021 den Donbass sowie die RF mit aggressiven Großmanövern von ca. 120 000 Mann, denen Rußland mit Gegenmanövern abschreckend entgegentrat. Das ultranationalistische und russophobe Regime der Ukraine erließ Gesetze, die die Rechte der russischstämmigen Bevölkerung drastisch beschränkte.

In Folge dieser Ereignisse startete die Russische Föderation im Dezember 2021 eine Initiative zum Aufbau eines europäischen und weltweiten Sicherheitssystems im Rahmen der sich formierenden multipolaren Weltordnung, auf die die USA und die NATO nicht reagierten. Der Westen reagierte auch nicht, als es im Februar 2022 durch ASOW-Beschuß zu Massentötungen in Donezk kam. Deshalb nahm die Spezialoperation (SO) der RF in der Ukraine zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung derselben ihren Lauf.

Es handelte sich demnach bei der SO nicht, wie vom kollektiven Westen und der Ukraine behauptet, um eine nicht provozierte Aggression der RF, sondern um eine von der UN-Charta gedeckte Nothilfe Rußlands für die von der Ukraine demokratisch losgelösten Republiken.

Obwohl der neue US-Präsident die Ukraine allein für den Beginn des Konflikts mit Rußland verantwortlich machte, ist aus den angeführten Fakten ersichtlich, daß es die USA sind, welche den Ukraine-Konflikt vorbereitet, provoziert und finanziert haben. Der EU-Westen half nicht nur den

Bidenschen USA dabei, dessen Politik umzusetzen, sondern sieht bis heute Rußland als den alleinigen Schuldigen an, obwohl sich die RF die ganze Zeit in der Rolle eines Provozierten und Reagierenden befand und befindet.

Bereits im März 2022 kam es in Istanbul zu einer von der durch die RF und der Ukraine parafierten Vereinbarung, die den Willen zur Beendigung des Konflikts ausdrückte. Dabei garantierte die RF die territoriale Integrität der Ukraine, und Letztere gab die angestrebte NATO-Mitgliedschaft auf und stimmte ihrer Neutralität zu. Dieses für beide Seiten vorteilhafte Resultat wurde auf Weisung der USA und GB abrupt annulliert, wodurch der Konflikt eskalierte und zu Millionen Toten und Verletzten sowie zur weitergehenden Zerstörung der Ukraine führte. Dafür tragen der kollektive Westen unter Führung der USA und das Selenskyj-Regime die volle Verantwortung.

Zum 2+4-Vertrag

Im Artikel 2 dieses Vertrages hat sich Deutschland verpflichtet, keine Handlungen vorzunehmen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören (d.h., keine Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges) sowie keine seiner Waffen jemals einzusetzen, welches lt. UN-Charta verfassungswidrig und strafbar sein würde.

Daraus folgt, daß die Bereitstellung von Angriffswaffen (wie Taurus-Raketen) an die Ukraine, welche strategische Ziele in der RF erreichen könnten, und deren Einsatzvorbereitung durch deutsches Militärpersonal vor Ort, aggressive Akte wären, die nach dem Völkerrecht den Einstieg in einen Angriffskrieg bedeuten würden. Danach wäre Deutschland Konfliktpartei, und die RF hätte dann das UN-verbrieftete Recht, die BRD genehmigungslos zu bestrafen.

Da die BRD den 2+4-Vertrag bewußt verletzt hat (durch die Lieferung von Angriffswaffen, z.B. Panzer, durch die Mitwirkung an der NATO-Osterweiterung und an gegen Rußland gerichteten Großmanövern sowie durch die Einrichtung eines NATO-Stabs in Rostock) haben die Duma und der Föderationsrat dem Präsidenten der RF vorgeschlagen, diesen Vertrag aufzuheben.

Sollte Putin das umsetzen, könnte die Folge sein, daß die RF ihren Einfluß auf Mitteldeutschland (DDR) von 1989 wiederherstellt. Kanzler Scholz wurde vor drei Jahren in Moskau darüber informiert und lehnte

genau aus diesen Gründen die Lieferung von Taurus-Raketen und den Einsatz von deutschen Militärspezialisten in der Ukraine ab.

Die deutschen Mainstreammedien und kriegstreibende Politiker führen eine Propagandaschlacht für die Lieferung dieser Angriffsraketen an die Ukraine, wodurch der Krieg mit seinen verheerenden Wirkungen weiter eskaliert und verlängert wird.

Zur Lage an den Fronten

Präsident Trump äußerte am 5.3.25, daß es bei den Kämpfen an den Fronten in der Ukraine und im Kursker Gebiet in einer Woche zu 2700 Toten gekommen ist. Bis Ende 2024 sollen nach den Angaben des in der RF lebenden und gut vernetzten Schweizer Peter Häseler in der Ukraine bereits über 1 Million Tote und 2,5 Millionen Verletzte sowie Vermißte gegeben haben, darunter über 300 000 Gefangene. Die RF soll ein Fünftel der ukrainischen personellen Verluste erlitten haben. Ähnliche Zahlen kann man bei dem bekannten Militärexperten Scott Ritter in YouTube finden. Diese erschreckenden Zahlen weisen darauf hin, daß der Vernichtungskrieg in der Ukraine unvermindert weiter tobt, weil die ukrainischen und russischen Streitkräfte mit dem versorgt werden, was zur Weiterführung der Kampfhandlungen benötigt wird. Die Ukraine ist der größte Waffenimporteur der Welt. Die RF produziert derzeit ein Vielfaches mehr an Waffen und Munition als der Westen und verfügt auf vielen Gebieten über militär-technische Überlegenheit. In letzter Zeit zeichnet sich ab, daß die Streitkräfte der Russischen Föderation (SK der RF) bei der materiellen Sicherstellung sowie in taktischen, operativen sowie strategischen Bereichen Vorteile besitzen, welche es möglich machen, über einen längeren Zeitraum in der Offensive zu sein. Dadurch konnten an den Fronten in der Ukraine Tausende km² und im Kursker Gebiet 1000 km² der von der Ukraine okkupierten Gebiete befreit werden (Tendenz zunehmend). Die Erfolge der SK der RF (lt. S. Ritter z. Z. 690 000 Mann) konnten trotz intensiver Gegenwehr der ukrainischen Streitkräfte (980 000 Mann) vor allem erreicht werden durch die laufende Anpassung von Strategie und Taktik (Kessel- und Halbkessel-Methode), die Verbesserung der Aufklärungsmittel, die Anwendung von Drohnen, selbstlenkende Gleitbomben der FAB-Serie, effektive Mittel des Funk-elektronischen Kampfes, überlegene Über- und Hyperschallwaffen sowie durch den Einsatz von neuen oder modernisierten konventionellen Waffensystemen (T-90 M, Raketenwerfer der TOC-Serie, neue Mittel der Luft-Kosmischen Verteidigung, Flugzeuge und Hubschrauber sowie Raketen und Munition), aber auch durch

die gezielte Zerstörung von Truppenansammlungen, der kritischen Infrastruktur (Energiesysteme, Transportnetze), von Betrieben des MIK sowie die Vernichtung von großen Teilen der westlichen Waffen- und Munitionslieferungen. Es gab aber auch Teilerfolge der ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) durch den massenhaften Einsatz von Drohnen auf die RF (z. B. auf Moskau und andere Ziele im RF-Hinterland), durch sporadische Gegenangriffe, um die Offensiven des Gegners wenigstens zeitweise zu stoppen, was man um Pokrowsk und Toretzk sehen kann. Im Kursker Gebiet sollen die SK der RF ca. 10 000 ukrainische Soldaten, darunter auch französische und britische Spezialkräfte, vor der Einkreisung stehen. Der Wunschraum Selenskyjs, bei eventuellen Verhandlungen einen Landtausch realisieren zu können, löst sich zusehends in Luft auf.

Eine mögliche Einstellung von Hilfslieferungen und -leistungen der USA sowie von Geheimdienstinformationen würde zu noch höheren personellen und materiellen Verlusten der Ukraine führen, denn die kriegswilligen EU-Europäer sind derzeit nicht in der Lage, die Ausfälle der USA in vollem Umfang zu ersetzen. In diesem Sinne äußerten sich auch westliche Experten, u. a. H. Kujat, M. Reiser, S. Ritter, J. Sachs, die zu dem Schluß kamen, daß die Ukraine und der Westen diesen Krieg bereits verloren hätte.

Geopolitische Verlautbarungen zu möglichem Frieden oder Krieg

Die neue US-Administration ändert das bisherige Narrativ des Landes zum Ukraine-Konflikt und läßt die Bidensche Sicht, die die RF als „unprovokierten Aggressor“ charakterisierte, der den militärischen Konflikt in der Ukraine verursacht haben soll, und die auch von den EU-Staaten vertreten wurde, einfach fallen. US-Präsident Trump sieht – genau wie Putin – die NATO-Osterweiterung als den Hauptgrund für den Ukraine-Konflikt an und äußerte, daß die Probleme in der Welt nur in einer multipolaren Ordnung, worunter er die Abstimmung der Großmächte untereinander versteht, gelöst werden können. Trump will mit Putin nicht nur einen Deal zur Beendigung des Ukraine-Konfliktes schließen, sondern auch einen Neustart der Beziehungen auf solchen Gebieten wie Diplomatie, strategische Sicherheit und Rüstungskontrolle, Sanktionen und Energie, Beendigung des Ukraine-Konfliktes u. a. auch ohne die kriegstreibenden EU-Europäer erreichen. Dazu gehören auch Absprachen zu gemeinsamen Großprojekten (Seltene Erden u. a.), wofür Arbeitsgruppen gebildet wurden, die bereits mehrere Treffen in Saudi-Arabien absolviert haben. Die beiden Präsidenten haben auch Einigkeit darüber erzielt, sich zeitnah treffen zu wollen.

Was hat Trump dazu bewogen, die Strategie gegenüber der RF zu ändern?

Dieser Präsident, der in erster Linie den Interessen der US-Oligarchie dient, hat öffentlich geäußert, daß das Land hunderte Milliarden Dollar in die Ukraine investiert hat, ohne dafür eine Dividende zu erhalten und daß der Marktaustritt aus Rußland weitere 300 Milliarden Verluste brachte und er stellte fest, daß die Ziele der USA, der RF eine strategische Niederlage beizubringen und die Wirtschaft durch Sanktionen vernichtend zu schwächen, nicht erreicht wurden. Das Gegenteil ist eingetreten und die RF sei politisch, ökonomisch und militärisch stärker geworden. Die USA versuchen nun durch einen Strategiewechsel, Rußland auf ihre Seite zu ziehen und eine noch stärkere Annäherung zwischen Rußland und China aufzuhalten.

Trump, der mit seinen Friedensbemühungen ernst zu machen scheint, zwang bei Gesprächen in Saudi-Arabien die Ukraine zu einem 30-tägigen Waffenstillstand an allen Fronten sowie zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über Seltene Erden. Gleichzeitig gaben die USA aber die gesperrten Ukraine-Hilfen und Geheimdienstinformationen wieder frei, wodurch die Ukraine, trotz des Rückzugs ihrer Truppen am 12.3.25 aus Sudscha (Kursker Gebiet), in eine bessere Verhandlungssituation gebracht werden soll und Druck auf die RF ausgeübt werden würde. Rußland hat nach einer kurzen Bedenkzeit den Vorschlägen von USA und Ukraine prinzipiell, aber unter Vorbehalten (Änderung der Regierung, keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, keine „Friedenstruppen“ aus NATO-Ländern, Garantien für die Zugehörigkeit der Krim und der vier neuen Republiken zur RF, Pufferzonen, Grenzfragen, Kontrollmechanismen u. a.) zugestimmt.

Da die Ukraine auf die Seite der Waffenstillstandsvertreter (Friedenspartei) gezwungen wurde, fanden sich die „vereinten“ willigen NATO-Staat plötzlich als alleinige Kriegspartei wieder. Um sich in der Welt nicht noch mehr zu isolieren und um ihre Beziehungen zu den USA nicht aufs Spiel zu setzen, sollen sie am 14.3.25, wenn auch widerwillig, so Scott Ritter bei YouTube, ihre bisherige Position formal aufgegeben haben. Besonders GB und Selenskyjs Ukraine verfolgen diese aber weiter. Rußland, welches mehrfach durch den kollektiven Westen betrogen wurde, wird deshalb gut daran tun, bei den stattfindenden Gesprächen und Verhandlungen selbstbestimmt, überlegt und vorsichtig zu agieren.

Die Verlautbarungen aus den bisherigen Sondierungen scheinen Anlaß dafür zu geben, daß sich ein leichter Optimismus dieses blutigen Konfliktes einstellt.

Gestalter des Menschlichen

Gerhard Oberkoflers Buch über Kommunisten, Christen und den Kampf um Frieden

Leser des „RotFuchs“ kennen Universitätsprofessor i. R. Gerhard Oberkofler seit vielen Jahren als unermüdeten Autor. Er läßt seine zumeist politisch-historischen Beiträge entweder direkt unserer Zeitschrift zukommen oder übermittelt sie uns aus der österreichischen „Zeitung der Arbeit“, die von der 2013 gegründeten Partei der Arbeit Österreichs (PdA) herausgegeben wird. Die in seinem neuen Buch versammelten 15 Texte schrieb Oberkofler in den Jahren 2023 und 2024, „um in unserer Angst verursachenden Zeit einen Anstoß zum weiterführenden Nachdenken zu geben“. Um es vorwegzunehmen: Das ist dem Wissenschaftshistoriker, dem Gelehrten, der sich in der Geschichte der kommunistischen Bewegung, der Friedensbewegung und des Christentums gleich gut auskennt, ausgezeichnet gelungen. Viele Texte des Bandes erinnern an große Persönlichkeiten der Vergangenheit, fast kein Beitrag kommt aber ohne Bezug zur Gegenwart aus. Ein Beispiel: Der Autor würdigt den in der Nazizeit zwangsbeurlaubten, nach 1945 auf seine Professur in Wien zurückgekehrten theoretischen Physiker Hans Thirring (1888–1976), der im Mai 1948 einen „Plan zur Verhütung des Atomkrieges“ veröffentlichte. Thirring, der mit Albert Einstein korrespondierte, trat damals für ein Verbot der Atomwaffen ein und für eine „europäische Volksbewegung

gegen den Krieg“. Oberkofler schreibt: „Dazu ist es nicht gekommen, vielmehr gibt es im Heute von Europa eine Bewegung für den Krieg ohne Volk.“ Da ist in einer Zeile ein Epochenbruch erfaßt.

Mehrere Texte befassen sich mit großen Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei Österreichs wie Anna Strömer-Hornik (1890–1966), die als junge Frau 1911 an der ersten Kundgebung in Wien für Frauenrechte teilnahm, oder ihrem Lebensgefährten, dem Mitbegründer der KPÖ Leopold Hornik (1900–1976). Beide werden auch durch eigene Texte vorgestellt.

Ein Fixpunkt für Oberkofler ist wegen dessen Engagements gegen Armut und Krieg das gegenwärtige Oberhaupt der katholischen Kirche. Im Vorwort schreibt der Autor: „Seit meiner Begegnung mit der Befreiungstheologie nehme ich besonderen Anteil am Bemühen des aus Lateinamerika stammenden Papstes Franziskus, die in einer Überflußwelt etablierte und die Hungerwelt schicksalhaft hinnehmende römisch-katholische Kirche an ihre christlichen Wurzeln zu erinnern.“ In Österreich und Deutschland stoße Franziskus dabei „auf massive Gegnerschaft“. Die ist nicht verwunderlich bei einem Geistlichen, der – wie Oberkofler zitiert – zum Beispiel den von der Marxistin Clara Zetkin proklamierten Internationalen Frauentag 2024

zum Anlaß nahm, „Frauen als ‚Gestalterinnen des Menschlichen‘“ zu bezeichnen. Oberkoflers Buch würdigt verschiedenste „Gestalter des Menschlichen“ – Kommunisten ebenso wie Pazifisten oder universal denkende Dichter wie Heinrich Heine, Pablo Neruda, Jannis Ritsos oder Erich Fried. Der gerechte Zorn des Autors gilt umgekehrt den Verursachern von Unmenschlichkeit – gegenwärtig den israelischen Urhebern des Völkermords an den Palästinensern, aber auch der „Ostfront des 3. Weltkrieges“ – gemeint ist der Einmarsch einer deutschen „schweren Kampfbrigade von 5000 Soldatinnen und Soldaten“ in Litauen.

Die Besprechung des Sammelbandes wäre unvollständig, erwähnte sie nicht die zahlreichen Bezüge Oberkoflers zu wissenschaftlichen und politischen Weggefährten aus der DDR – Helga und Herbert Hörz, Hermann Klenner oder auch Jürgen Kuczynski, der im Briefwechsel mit Leopold Hornik stand, zum Beispiel in der Parteikrise der KPÖ seit 1968. Ein Auszug wird hier dokumentiert.

Das Buch ist ein großer Appell, sich in furchtbaren Zeiten nicht entmutigen zu lassen. Oberkofler zeigt, wie das zu schaffen ist.

Arnold Schölzel

Gerhard Oberkofler: Geschichten zu Krieg und Frieden in unserer Welt. 15 Essays. Trafo-Verlag, Berlin 2025, 320 Seiten, 18,80 Seiten

BUCHTIPP

Buchneuerscheinung

► Anti-Krieg

Zwischen Weltkriegen

Der Autor Max Michaelis hat in einem Lesebuch Texte zum Thema Krieg zusammengestellt, die in der „Weltbühne“ von 1927 bis zu ihrem Verbot 1933 veröffentlicht wurden. Entstanden ist eine Dokumentensammlung von zeitgenössischen Quellen, die Einblick in geschichtliche Zusammenhänge und Kriegsursachen geben, Interessen und Triebkräfte benennen, aber auch die Arbeit der damaligen Autoren würdigen. Und über allem stehen konkrete historische Erfahrungen. Faschismus und Krieg hatten ihre Entstehungsgeschichte – und die war sehr viel mehr als „Hitlerei“. In ihrer Gesamtheit stellen die Texte eine einzigartige Verbindung von Anklage, Analyse und Anregung dar, den „marschierenden Spießler“ (Walther Victor) in seiner Lächerlichkeit zu erkennen.

Viele der dokumentierten Artikel stammen von Carl von Ossietzky, Kurt Tucholsky, Kurt Hiller, Erich Kästner, aber auch von heute nur noch wenig bekannten Autoren wie Alfons Goldschmidt und Kurt Kersten. Enthalten sind Texte von Anita Augspurg, Minna Cauer, Margarete Selenka. Leider sind Frauen in dem Band sehr unterrepräsentiert, womit wichtige Stimmen gegen den Krieg fehlen. Das ist aber wohl eher der historischen *Weltbühne* als dem Herausgeber des Buches anzulasten.

Wenn man manche der vor fast 100 Jahren verfaßten Beiträge heute liest, könnte man meinen, sie wären erst vor einigen Monaten geschrieben. Sie wirken so erschreckend aktuell, daß man manchmal nur die Jahreszahl ändern müßte.

gestützt auf eine Besprechung des Buches von Peter Nowak

Max Michaelis, Verlag Die Buchmacherei Berlin, 2024, 650 Seiten, 24 Euro, ISBN 978-3-9825440-2-1

Max Michaelis

ANTI-KRIEG ZWISCHEN WELTKRIEGEN

Ein Lesebuch

Transformation der Wirtschaft Chinas greift

Als in der DDR ausgebildeter Transport-Ökonom und mehr als 25 Jahre Tätigkeit mit und in China beobachte ich die Entwicklung der Volksrepublik und deren Ökonomie mit hoher Aufmerksamkeit. In den deutschen Medien war in den letzten Jahrzehnten immer zu lesen, daß die chinesische Wirtschaft zusammenbrechen wird. Jetzt ist man vorsichtiger geworden, die Medien sprechen nur davon, daß die Wirtschaft „schwächelt“. Doch ein jährliches Wachstum von 5 % in China im Vergleich zum Wachstum großer Volkswirtschaften, wie den USA, um 2,3 % und Deutschland mit 0 % spricht nicht gerade für eine „schwächelnde“ Wirtschaft. Nach der durch die Covid-Pandemie bedingten Reduktion der Wirtschaftsleistung gibt es seit 2023

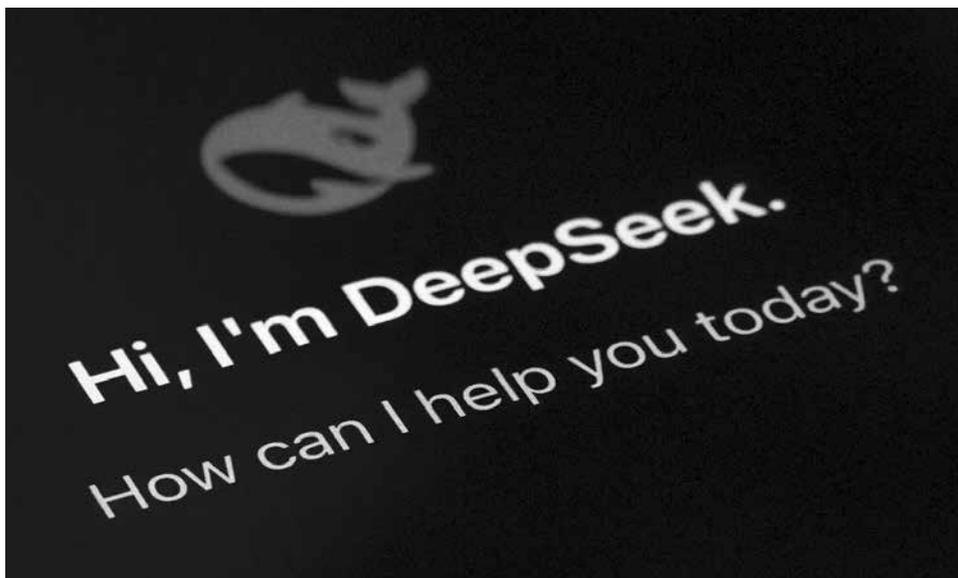
weshalb ein umfassender Transformationsprozeß eingeleitet werden mußte. Spätestens, nachdem der US-Präsident Trump während seiner ersten Amtszeit Einfuhrzölle für chinesische Waren und Exportrestriktionen für High-Tech-Produkte nach China einführte, mußte die Wirtschaft auf einen diversifizierten Exportmarkt umgestellt und die Abhängigkeit vom Import von High-Tech-Produkten, wie Semikonduktor, verringert werden. Während in den ersten 20 bis 30 Jahren nach der Einführung der Reformen durch die Führung der KPCh unter Deng Xiaoping die Volkswirtschaft auf ein schnelles Wachstum durch den Aufbau einer neuen Infrastruktur, neuer Produktionskapazitäten und von Wohnkomplexen ausgerichtet war, konzentriert

wurden zur Herstellung von einfachen Gebrauchsgegenständen, Textilien, billigen Haushaltsartikeln und Spielzeugwaren für den weltweiten Export eingesetzt. Die Immobilienunternehmen bauten ihre Position aus, indem sie Provinzregierungen durch den Kauf von Nutzungsrechten finanzierten, die sich dabei überschuldeten. Einerseits konnten Bauprojekte nicht fertiggestellt werden, andererseits dienten Wohnungen als Spekulationsobjekte. Auch wenn die Infrastrukturvorhaben und Investitionen für die künftige wirtschaftliche Entwicklung notwendig sind, führten sie kurzfristig zu einer Verschuldung der lokalen Regierungen. Für den 13. und 14. Fünfjahresplan entwickelte die Regierung 2015 den strategischen Plan für die Industriepolitik „China 2025“: von arbeitsintensiven niedrigwertigen Gütern hin zu einem technologieintensiven Wirtschaftszentrum. Um die Abhängigkeit vom Import wichtiger Materialien zu verringern, setzt man nun auf die Erhöhung des Eigenanteils sowie eine verstärkte Produktion von High-Tech-Produktion und Dienstleistungen. Im Mittelpunkt steht dabei die Halbleiter-Technologie. Durch massive Investments der privaten Industrie, verbunden mit einer breiten Förderung durch die lokalen Regierungen, gibt es seit Ende 2024 beachtliche Erfolge auf dem Gebiet der High-Tech-Industrie, der Solar- und Windenergieträger, der Batterieproduktion sowie der Elektromobilität. Die Produktion von Elektrizität durch erneuerbare Energieträger wuchs auf über 35 Prozent. China produziert einen Weltanteil an Solarpaneels von 80 %, Windturbinen von 50 % und Elektrofahrzeugen von über zwei Drittel.

Diese Ergebnisse können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es während der Covid-Pandemie zu einer verlangsamten Industrieproduktion kam. Auf dem 3. Plenum des Zentralkomitees der KPCh im Juli 2024 wurde Bilanz gezogen und Leitlinien in insgesamt 300 Punkten beraten.

Der schwachen Weltwirtschaft geschuldet, mußte bei gleichzeitigem Fokus auf den Außenhandel der Inlandkonsum gestärkt werden. Dieser hatte sich nach den Covid-Einschränkungen noch nicht wieder erholt, sodaß die schleppende Nachfrage auch die Erholung der Produktion und des Immobilienmarktes behinderte. Der Förderung des Inlandkonsums dient eine Vielzahl bereits eingeleiteter Stimuli.

Einige Schwerpunkte seien hier genannt: Die Haushaltsregistrierung, das Hukou-System, wurde bereits dahingehend geändert, daß die etwa 200 Millionen Menschen, die aus ländlichen Gebieten als Migrationsarbeiter in den Städten leben, auch dort registriert



Die preiswerte „künstliche Intelligenz“ der chinesischen Firma Deepseek löste am 27. Januar einen Kurssturz bei den US-Konkurrenten aus

eine stabile Erholung, die hauptsächlich durch eine starke Exportleistung und die gezielten Konjunkturmaßnahmen, sowie einer robusten Digitalwirtschaft erreicht wurde.

Im Vergleich des Wachstums großer Volkswirtschaften wie der USA um 2,3 % und Deutschland um 0 % sollte man ein jährliches Wachstum von 5 % nicht als schwach bezeichnen, statt dessen auf die konkrete Situation schauen. Während 2022 das Wachstum der Bruttoinlandsprodukts (BIP) nur bei 2,3 % lag, erholte es sich bereits 2023 nach der Covid-Pandemie, mit 5,3 % und stabilisierte sich mit 5 % in 2024. Diese Stabilisierung beruht hauptsächlich auf einer starken Exportleistung und den gezielten Konjunkturmaßnahmen sowie einer robusten Digitalwirtschaft.

Chinas Wirtschaft sieht sich äußeren und internen Herausforderungen gegenüber,

sich heute die Wirtschaft auf die Entwicklung neuer Produktivkräfte mit einer erhöhten Produktivität.

Der Aufbau der Infrastruktur als Basis der Industrialisierung sowie des Immobiliensektors zur Schaffung besserer Lebensbedingungen für die zunehmende städtische Bevölkerung führte zwischen den Provinzen und innerhalb der Provinzen zu einem produktiven Wettbewerb. Der Lebensstandard der Bevölkerung verbesserte sich sichtlich und die chinesische Volkswirtschaft stieg zur zweitgrößten Wirtschaft nach den USA auf. Aber es entstanden Überkapazitäten im Produktionsbereich, überdimensionierte Infrastruktureinrichtungen und ungenutzte Wohneinheiten. Die Produktivität der eingesetzten Arbeit konnte nicht weiter gesteigert werden, im Gegenteil, sie sank. Die Produktionskapazitäten der sich schnell entwickelnden privaten Industrie

werden können. Damit erhalten sie und ihre Familien vollen Zugang zu städtischen Sozialleistungen, die Kinder besuchen die Schulen in den Städten. Die Familien haben die Möglichkeit, bisher nicht verkaufte Wohnungen aus dem Wohnungsüberhang zu kaufen oder sie ziehen in die von den Stadtregierungen angebotenen Sozialwohnungen und tragen dazu bei, den Wohnungsmarkt zu entspannen. Sie können gut bezahlte Arbeitsplätze finden und am Konsum teilhaben.

Konkrete Erfolge waren bereits im letzten Quartal 2024 in einem beschleunigten Wachstum zu sehen. Das BIP wuchs um 5,4 Prozent, übertraf die Erwartungen und trug damit zum Gesamtanstieg von 5,0 Prozent bei. Zum Jahresbeginn wurden zusätzliche Konsumstimuli in Form von Rabatten auf Haushaltsgeräte, audiovisuelle Geräte, Sport- und Unterhaltungsprodukte sowie Kommunikationsgeräte im Austausch alt gegen neu eingeführt.

Dem Bedarf entsprechend wuchs im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr in der verarbeitenden Industrie die Produktion von neuen Energiefahrzeugen, integrierten Schaltungen und Industrierobotern um 38,7 Prozent, 22,2 Prozent bzw. 14,2 Prozent.

Die Entwicklung der Hightech-Industrie und der neuen Produktivkräfte wird wesentlich durch die Privatindustrie vorangetrieben. Der Privatsektor stellt die Hälfte des Steuereinkommens der Regierung, 60 Prozent des nationalen BIP und 80 Prozent der städtischen Arbeitsplätze bereit. Auch die Innovationen kommen aus Unternehmen wie Alibaba, Tencent, CATL, BYD, Huawei, ZTE, QAX, Unitree, Chuint und viele mehr. Entscheidend ist das „viele mehr“. Die chinesische Regierung orientiert auf eine breit gefächerte Hightech-Industrie, gestützt auf die lokalen Regierungen, die sich im permanenten Wettbewerb untereinander befinden. Die Regulierungsmaßnahmen zum Beispiel gegenüber dem Unternehmen Alibaba im Jahre 2023 und dessen Restrukturierung diente vor allem der Verhinderung von Monopolunternehmen, wie sie aus den USA bekannt sind.

Der Wettbewerb trifft nicht nur die private Industrie, sondern auch die staatlichen Unternehmen. So ging im September 2024 die erste private 218 km lange und 350 km/Std. schnelle Hochgeschwindigkeitsbahn zwischen Wenzhou und Hangzhou in Betrieb. In China werden gegenwärtig 14 600 Unicorns, Start-Ups mit einem Wert von mehr als 1 Milliarde US-Dollar, die ein jährliches Wachstum von 20 % verzeichnen, auf dem Gebiet von fortschrittlichen Materialien, Biotechnologie, Automatisierung, Robotik oder KI, gezählt. Es wird nicht nur von einem Silicon Valley gesprochen, sondern von einem in Shenzhen, in Hangzhou, in Beijing oder auch in Shanghai. Technologische Fortschritte, wie die Open-Source KI-Technologie von DeepSeek, fallen nicht vom Himmel, sondern sind ein Ergebnis der staatlichen Förderung privater Initiativen. Auf den im März stattgefundenen

zwei Konferenzen, des Nationalen Volkskongress und des Konsultativkomitees der KPCh, spielte die Unterstützung der privaten Industrie und die Entwicklung der innovativen Produktivkräfte eine herausragende Rolle. Privaten Unternehmen werden gleiche Wettbewerbsbedingungen und mehr Marktzugang garantiert.

Trotz dieser rasanten und zielgerichteten Entwicklung der privaten Industrie gilt nach wie vor der von Deng Xiaoping und seinen Ökonomen aufgestellte Grundsatz, daß das private Kapital in China im „Vogelkäfig“ gehalten werden muß. Der Staat behält die Kontrolle der für die Daseinsfürsorge notwendigen Wirtschaftszweige in der Hand und der Plan bestimmt die gesellschaftliche Entwicklung, nicht der Profit und das Finanzkapital.

Weitere Schwerpunkte stellen die Stabilisierung des Immobilienmarktes auf einem ausbalancierten Niveau, die Erhöhung der Geburtenrate, die Versorgung der älteren Generation sowie die Verschuldungen der Provinzen dar.

Für den Erwerb von Eigenheimen wurden bereits im zweiten Halbjahr 2024 die staatlich festgesetzten Eigenanteile bei einer Immobilienfinanzierung reduziert, als auch weitere kommunale Wohnungskaufprogramme ausgeweitet. Die Banken reduzierten die Hypothekenzinsen sowie die Zins- und Mindestreservesätze. Nach drei Monaten zeigte sich eine Verbesserung des Marktes. Die Preise stabilisierten sich und förderten das Vertrauen der Konsumenten. In Anbetracht der niedrigen Geburtsrate und damit abnehmenden Bevölkerungszahl kündigte die Regierung im Oktober letzten Jahres an, die Kosten für Geburten, Erziehung und Bildung zu senken. Die Steuervorteile und Zuschüsse bei Geburten sollen die jungen Menschen direkt dazu animieren, Kinder zu bekommen.

Andererseits bewirkt die schnelle Alterung der Bevölkerung eine Senkung der Zahl von Menschen im arbeitsfähigen Alter. Das Renteneintrittsalter wird über 15 Jahren schrittweise für Fabrikarbeiterinnen von 50 auf 55 Jahre und alle übrigen Frauen von 55 auf 58 Jahre angehoben. Für Männer von 60 auf 63 Jahre. Allen älteren Bürgern werden bis 2035 grundlegende Altenpflegedienste in Form von materieller Unterstützung, Krankenpflege und Betreuungsdienste angeboten.

Die lokalen Regierungen trugen einen überproportionalen Anteil der fiskalischen Verantwortung. Dieser Anteil betrug über 80 Prozent der Ausgaben, realisiert wurden aber nur etwa 50 Prozent des Haushaltseinkommens. Annähernd die Hälfte der Verschuldung Chinas geht auf die lokalen Regierungen zurück. Die nun geplanten Steuerreformmaßnahmen konzentrieren sich auf die Erhöhung der Einnahmen für die Provinzen sowie auf die Unterstützung durch die Zentralregierung in Form von Umschuldungen und finanziellem Ausgleich.

Chinas Außenhandel erreichte 2024 einen historischen Höchstwert mit einem Anstieg von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dieses Wachstum des Exports mit 7,1 Prozent spiegelt eine stetige Erholung der globalen Nachfrage nach chinesischen Produkten, nicht eine Überproduktion, wie von den westlichen Politikern vertreten, wider und unterstreicht Chinas Widerstandsfähigkeit inmitten einer herausfordernden globalen Wirtschaftslandschaft. Der Import konnte nur um 2,3 Prozent wachsen, was durch die noch nicht ausreichende Nachfrage im Inland verursacht ist.

Wichtig dabei ist das deutliche Wachstum der Exporte von High-Tech-Produkten – wie Elektrofahrzeuge, Industrieroboter und 3D-Drucker – welches Chinas Transformation hin zu einer innovationsgetriebenen Wirtschaft unterstreicht. Chinas verstärkte auch seine Rolle als der weltweit größte Handelspartner für Waren und als zentraler Partner für über 150 Volkswirtschaften. Der Handel mit den Ländern der Belt and Road-Initiative stieg um 6,4 Prozent und übertraf zum ersten Mal die Hälfte des gesamten Handels Chinas. Die Länder Südostasiens, der ASEAN, blieben erneut Chinas größter Handelspartner, während der Handel mit der EU und den USA nur um 1,6 Prozent bzw. 4,9 Prozent wuchs.

Die internationalen Wirtschaftsinstitute, wie die Weltbank als auch die Ratingagenturen hatten ein niedrigeres Wachstum Chinas für das vergangene Jahr vorausgesagt und erwarten auch für 2025 ein Wachstum unter fünf Prozent. Offensichtlich unterschätzen sie dabei das Potential, das China mit der Fortführung der Transformation zu einer High-Tech getriebenen Wirtschaft als auch durch die Intensivierung der Kooperation mit den Ländern des globalen Südens, der BRICS+, auslösen kann.

China konnte 800 Millionen Menschen aus der Armut befreien und steht nunmehr vor der Aufgabe, den Lebensstandard der Menschen weiter zu erhöhen.

Der Nationale Volkskongress bestätigte im März das Wachstumsziel für das BIP im laufenden Jahr um fünf Prozent. Es zielt darauf ab, Reformen zu vertiefen, die Öffnung auf hoher Ebene zu erweitern und ein modernes Industriesystem aufzubauen und gleichzeitig sicherzustellen, daß Entwicklung und Sicherheit gemeinsam gesteuert werden. Auf diese Weise wollen die Regierung und die KPCh die Binnennachfrage ankurbeln, die Integration technologischer und industrieller Innovationen vorantreiben, die Immobilien- und Aktienmärkte stabilisieren sowohl die wichtigsten Risiken als auch externe Schocks managen, alles mit dem Ziel, die wirtschaftliche Erholung aufrechtzuerhalten und den Lebensstandard der Menschen zu verbessern. Es zielt auch darauf ab, ein solides Fundament für den Beginn des 15. Fünfjahresplans zu legen.

Fluchtpunkt Bahnhof

Flucht und Immigration sind heute in aller Munde und werden in den bürgerlichen Medien rauf und runter dekliniert, wobei Ursachen und Anlässe wohl wissentlich verschwiegen werden. Denjenigen, welche die Dinge beim Namen nennen, drohen

den Mittelpunkt europäischer Flüchtlingsgeschichte.

Wer in Basel aus dem Zug stieg, war auf dem Bahnsteig noch in Deutschland und vor dem Ausgang übertrat man die Schweizer Grenze des Grenzkantons Basel-Stadt. Der

gehießt, die dort aber nicht lange wehte, 300 Baseler Kommunisten holten den verhassten Fetzen in einer Nacht- und Nebelaktion in Auseinandersetzung mit der Baseler Polizei vom Mast. Ursächlich hatte die Schweizer Regierung das Hissen der Fahne erlaubt, erst 1941 verbot sie das dann.

Aus Berichten von Zeitzeugen weiß man, wie z.B. die Flucht über den Bahnhof Riehen erfolgte. Die Aufnahme wurde sehr unterschiedlich gehandhabt. Zum Teil kamen sie in Internierungslager, ein Teil wurde auch abgeschoben. Flüchtlinge, von denen man vornherein wusste, daß sie keine Erlaubnis erhalten würden, wurden zum Teil versteckt und weiter nach Paris gebracht, aber auch Denunziation und Rückführung nach Nazideutschland standen auf der Tagesordnung. Durch den aktiven Einsatz der schweizerischen Widerstandsbewegung mit dem Namen „Aktion nationaler Widerstand“, konnte vielen bei deren Flucht geholfen werden. Nach Informationen der Historiker läßt sich die Zahl der an der Grenze, in Riehen oder Basel abgewiesenen Flüchtlinge, darunter auch sehr viele jüdische Flüchtlinge, nicht mehr feststellen. Heute will eine kleine private Gedenkstätte in einem ehemaligen „Weichenwärterhaus“ in Riehen an die restriktive Flüchtlingspolitik der Schweiz und deren Folgen während des Zweiten Weltkrieges erinnern, denn Bahnhöfe erzählen immer Geschichten von Ankunft und Abschied.

Dr. Michael Polster
Berlin



Der Badische Bahnhof (Foto: M. Polster)

Verfolgung und Gerichtsprozesse. Wie sich doch die Dinge gleichen, auch wenn sie nicht gleich sind. Schon einmal sahen viele – zwischen 1933 bis 1939 – den Ausweg nur in der Flucht aus Nazi-Deutschland. Illegale Grenzübertritte mit und ohne, wenn auch mit gefälschten Papieren, waren für sie der einzige Ausweg, um den Häschern zu entkommen. Dramatische Geschichten spielten sich dabei an der deutsch-schweizerischen Grenze ab. Im Mittelpunkt stand die Stadt Basel mit deren besonderen Grenzverlauf. An ihr entschied sich damals das Schicksal vieler Menschen. Für die Flüchtlinge verband sich mit dem Grenzübertritt die Hoffnung auf Rettung. Daran erinnert z.B. auch eine Gedenkstätte für jüdische Flüchtlinge in Riehen. Der Basel-Badische Bahnhof – der Badische Bahnhof, wie er in Basel genannt wird –, wurde zu einem Fluchtpunkt der besonderen Art, da er als einzige Bahnstation der Welt nicht auf dem Territorium des Landes steht, zu dem er gehört. 1852 wurde ein bis heute geltender Staatsvertrag über die Weiterführung der badischen Eisenbahnen über schweizerisches Gebiet abgeschlossen. Schuld daran ist die historische Grenzziehung. Am Rheinknie ist der Fluß die Staatsgrenze. Deshalb gehören Kleinbasel, Bettingen und Riehen zur Schweiz, somit rückten sie ab 1933 auch in

Badische Bahnhof war damit das Schlupfloch für politische oder rassisch Verfolgte. Es waren vor allem Schweizer Bahngewerkschafter, Kommunisten, Lokführer und Heizer, die so manchen im Kohletender über die Grenze transportierten, oder sie machten immer wieder geheime Türen auf, um Verfolgte in Sicherheit zu bringen. Es gelang auch den Widerstandsgruppen im Exil lange Zeit, über den Basler Bahnhof Kurrierlinien wie die „Transportkolonne Otto“ unter der Leitung des Kommunisten Willi Bohn, für antifaschistische Flugschriften und illegalen Personenverkehr aufrechtzuerhalten. Diese Gruppe schmuggelte ab Frühjahr 1933 Zeitungen und Flugschriften nach Südwestdeutschland und verbreitete so z. B. Informationen über die Bombardierung des spanischen Guernica. Die Nazis hatten den Bahnhof in eine Art deutsches Aufmarschgebiet verwandelt. So arbeiten bei Kriegsausbruch 1939 etwa 600 Deutsche Beamte von der DR, der Gestapo und SS im Bahnhof. Nach Kriegsbeginn war das Bahnhofsgelände Sperrgebiet und hermetisch von der Schweiz abgeriegelt. Und so endeten letztlich viele der Fluchtversuche in den Händen der Gestapo. Schon kurz nach 1933 im Zusammenhang mit dem sogenannten Flaggenerlaß hatte man die Nazifahne am Turm des Bahnhof

Bonjour ma vie, Bonjour mon chemin
Kunstaussstellung 7.3.-18.4.25
Malerei Fotomontagen

Bärbel Brede
Zur Vernissage am 7. März 2025 um 19:00h
laden wir Sie und Ihre Freunde herzlich ein!
Begrüßung: Heiner Buecker
Coop Anti-War-Café Galerie, Berlin, Rochstr. 3 S-U Bahn Alexanderplatz

**Vernissage, 7.3.25, 19 Uhr, Anti-War-Café,
Rochstraße 3, 10178 Berlin**

Die Befreiung des Deutschen Volkes vom Hitler-Faschismus (VI)

Erinnerungen an die Schlacht um Berlin vor 80 Jahren

Die Berliner Operation (Teil I)

In diesem Jahr jährt sich am 8. und 9. Mai zum 80. Mal der Tag der Befreiung des Deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus und der Tag des Sieges der Roten Armee über das faschistische Deutschland. Obwohl der Krieg für Deutschland längst verloren, seine Fortführung sinnlos war und nur weiter tausende Opfer forderte, gaben Hitler, seine Generäle und die Wehrmacht ihren Widerstand nicht auf, auch nicht als die sowjetischen Truppen schon unmittelbar an den Zugängen zu Berlin standen. Die faschistische Führung und ihr Oberkommando der Wehrmacht versuchten mit allen Mitteln an der Ostfront, ohne Rücksicht auf Verluste, Widerstand zu leisten und mobilisierten die letzten Reserven. So standen zu Beginn der Berliner Operation an der gesamten Ostfront in einer Verteidigungstiefe bis zu 40 km an den Zugängen zu Berlin den sowjetischen Truppen die Heeresgruppe (HGr) „Weichsel“, die „HGr Mitte“, sowie die „Armeegruppe Steiner“ und die Armee „Wenk“ (12.A) westlich Berlins mit insgesamt über 90 deutschen Divisionen, darunter 14 Panzerdivisionen, 14 Mech.-Divisionen, 14 selbständige Brigaden, dazu 37 selbständige Regimenter und fast 100 selbständige Bataillone gegenüber. Die faschistische Heeresführung hatte im Vorfeld von Berlin, insbesondere in den Seelower Höhen, bis Berlin und auch in der Stadt eine tiefgestaffelte Verteidigung zur Entscheidungsschlacht ausgebaut. Die Leitung der Verteidigung wurde Himmler übertragen. Die Heeresgruppe „Weichsel“, die HGr „Mitte“, und die 9. Armee, die das Vorfeld und hauptsächlich Berlin verteidigen sollten, wurden mit frischen Kräften fast bis zur Norm aufgefüllt und durch drei neu aufgestellte Divisionen verstärkt. Aus den verschiedenen westlichen Abschnitten wurden weitere neun Divisionen in den Raum Berlin verlegt. Volksturm und Hitlerjugend sollten die Verteidigung verstärken. Insgesamt waren das über eine Million Mann, davon allein in und um Berlin über 200.000 Mann, 10.400 Geschütze und Granatwerfer, 1.530 Panzer und Sturmgeschütze und 3.300 Flugzeuge.(1) Im Westen hatten die alliierten Truppen, die 21. AGr unter Feldmarschall Montgomery, die 12. AGr unter General Bradley und die 6. AGr unter General Devers, mit insgesamt sieben Armeen am 24. März 1945 ihre letzte Offensive begonnen, bis zum 19. April Kassel, Magdeburg, Leipzig und Chemnitz eingenommen und waren bis zum Böhmerwald vorgedrungen. Die stark dezimierten 60 Divisionen der Wehrmacht gaben im Westen ihren Widerstand fast vollständig

auf. Die Wehrmacht versuchte, alle noch verfügbaren Truppen an die Ostfront, insbesondere nach Berlin, zu werfen.

So wurde es notwendig, in einer letzten Schlacht, der Berliner Operation, die faschistischen Truppen um und in Berlin zu zerschlagen, die Hauptstadt des faschistischen Staates einzunehmen und das deutsche Volk von ihm zu befreien. Der Plan der Berliner Operation wurde im sowjetischen Generalstab frühzeitig während der Weichsel-Oder- und Pommerschen Operationen im März 1945 ausgearbeitet und mit den Oberbefehlshabern der vorgesehenen Fronten koordiniert und präzisiert. Sie erfolgte unter



Marschall der Sowjetunion Iwan Konew im Jahr 1945

Leitung Stalins gemeinsam mit dem Generalstab und dem Frontoberbefehlshaber der 1. Belorussischen- (OBH) Shukow und dem OBH der 1. Ukrainischen Front Konew. Nach eingehenden Beratungen und Lagebeurteilungen wurde der Plan von Stalin bestätigt, der vorsah, mit der 1. Belorussischen Front Shukows mit insgesamt 11 Armeen, der 1. Polnischen Armee, der 16. und 18. Luftarmee (LA) den Hauptstoß aus dem Brückenkopf Küstrin zu führen. Im weiteren mit vier Allgemeinen-, zwei Panzerarmeen und der 3. Armee in der zweiten Staffel den Durchbruch in der Verteidigung zu erweitern, die stark ausgebaute Verteidigung 60 km vor Berlin zu durchbrechen und danach mit den Panzerarmeen und weiteren Armeen Berlin von Norden und Nordosten zu umgehen. Die 1. Ukrainische Front sollte den Gegner im Raum Cottbus und südlich von Berlin zerschlagen, die Hauptkräfte

der Heeresgruppe „Mitte“ von der Berliner Gruppierung isolieren und so vom Süden den Vorstoß der 1. Belorussischen Front sichern. Nach dem Durchbruch der vorderen Verteidigung sollte mit den Panzerarmeen in Richtung Spremberg vorgestoßen werden. Das sowjetische Oberkommando schätzte die Lage realistisch ein und rechnete mit hartnäckigem Widerstand in der in drei Streifen ausgebauten Verteidigung an der Oder und Neiße und insbesondere im Vorraum von Berlin auf den Seelower Höhen. Deshalb wurde zur Durchführung dieser letzten entscheidenden Schlacht eine starke Gruppierung geschaffen, um das entsprechend Übergewicht an Kräften und Mitteln zur schnellen Zerschlagung des Faschismus zu erreichen. Für die Berliner Operation kamen drei Fronten zum Einsatz: die 2. Belorussische Front unter dem Oberbefehl von Marschall der Sowjetunion (SU) Rokossowky, die 1. Belorussische Front unter dem Oberbefehl von Marschall der Sowjetunion Shukow und die 1. Ukrainische Front unter den Oberbefehl von Marschall der Sowjetunion Konew. Dazu kamen die 1. und die neu aufgestellte 2. Polnische Armee unter General Karol Swierczewski, Teile der Baltischen Flotte, der Dnjepr-Flottille, der 16., 18. und 4. Luftarmee, vier Panzerarmeen (PA) sowie zwei Artilleriedivisionen des Oberkommandos. Durch große Umgruppierungen wurden die 1. Belorussische Front, die aus dem Raum Danzig nach Osten an die Oder verlegt wurde, und 1. Ukrainische Front wesentlich verstärkt. Die 2. Belorussische Front hatte somit in ihrem Bestand fünf Armeen und die 4. Luftarmee (LA), die 1. Belorussische Front 11 Armeen, davon zwei Panzerarmeen (1. & 2. PA), die 1. Polnische Armee und die 16. und 18. LA. Die 1. Ukrainische Front hatte in ihrem Bestand sieben Armeen, davon zwei PA (3. & 4. PA), die neu aufgestellte 2. Polnische Armee und die 2. LA. Insgesamt waren das 171 Divisionen, 21 Korps, davon 14 Panzerkorps, 16 Brigaden mit 2,5 Millionen Mann (Kräfteverhältnis: 2,5:1), 41.600 Geschütze und Granatwerfer (4:1), 6.250 Panzer (4:1) und 7.500 Flugzeuge (2,3:1). Zu erwähnen sei insbesondere der Einsatz von 3.255 der berühmten „Katjuschas“, die dem Gegner immer großen Schrecken einjagten.(2) Den Verlauf der Operation kann man in drei Etappen einteilen. In der 1. Etappe vom 16. bis 19. April erfolgte der Durchbruch der Oder-Neiße-Verteidigungslinie, insbesondere mit dem Sturm der Seelower Höhen und dem Erreichen der Vororte von Berlin. In der

2. Etappe, vom 19. bis 25. April, erfolgte das Aufspalten und Zerschlagen der Wehrmachtsgruppierungen, dem Schließen des Ringes um Berlin und damit die Einkreisung der Berliner Gruppierung in der Stadt und ihren Vororten. In dieser Etappe kam es am 25. April an der Elbe, in der Stadt Torgau, zum Aufeinandertreffen von Vorkräften der Roten Armee mit den angloamerikanischen Verbündeten. In der 3. Etappe vom 26. bis 8. Mai 1945 erfolgte der Sturm auf Berlin und die Zerschlagung der Berliner Gruppierung sowie die Abwehr und Zerschlagung der Armee Wenk und somit die vollständige Zerschlagung der Wehrmacht und deren bedingungslose Kapitulation. Zwei Tage vor Beginn der geplanten Operation wurde an der gesamten Front eine gewaltige Aufklärung durchgeführt mit dem Ziel, das Feuersystem des Gegners zu erkunden, seine Schwachstellen in der Verteidigung zu erkennen und auch den Gegner über den Beginn der Operation zu täuschen.

Die Schlacht um Berlin begann am 16. April 1945 um 5.00 Uhr mit einer 30-minütigen Artillerievorbereitung von tausenden Geschützen, Granatwerfern und dem Einsatz der Luftstreitkräfte mit Fliegerbomben, die in diesen 30 Minuten mehr als 500.000 Granaten verschossen. Danach begann der Angriff der Stoßgruppierung unter Artillerie- und Luftunterstützung unter dem Erhellens des Schlachtfeldes von 140 Scheinwerfern, als besondere Überraschung zur Blendung für den Gegner gedacht. Während die Verbände der 1. Ukrainischen Front nach dem

Durchbruch der taktischen Verteidigungsstellungen des Gegners schnell in die operative Tiefe vorstoßen konnten, kam der Angriff der 1. Belorussischen Front nur schwer voran. Insbesondere an den Seelower Höhen kam es zu verlustreichen, blutigen Kämpfen auf beiden Seiten. Erst als das sowjetische Oberkommando dann am 17. April Marschall Konew den Befehl gab, mit der 3. Garde-Panzerarmee unter dem Befehl von Generaloberst Rybalko, über Zossen vom Süden her nach Berlin und mit der 4. Garde-Panzerarmee, Befehlshaber Generaloberst Leljuschenko, in Richtung Potsdam vorzustoßen, gelang es der 1. Belorussischen Front, den Widerstand auf den Seelower Höhen nach vier Tagen zu brechen und am 21. April die Vororte von Berlin zu erreichen. Die 1. Ukrainische Front stieß bis zur Neiße vor und begann diese mit allen zur Verfügung stehenden Mittel zu forcieren. Die Wucht des Stoßes kam zu Beginn für den Gegner überraschend, dann aber verteidigte er hartnäckig die Neiße, sodaß die Truppen der 1. Ukrainischen Front erst am 18.4. die Verteidigung durchbrechen konnten und zügig zur Spree vorstießen, diese aus der Bewegung forcierten und in Richtung Berlin vordrangen, wo am 21.4. der äußere Verteidigungsring durch Truppen der 1 Belorussischen Front durchbrochen wurde. Drei Tage später war der Ring um die Stadt geschlossen. Im Raum Lübben und Guben waren große Teile der 9. Armee und 4. Panzerarmee der Wehrmacht eingeschlossen. Ihr Versuch, aus dem Kessel auszubrechen, gelang

nicht. Gleichzeitig wurde auch die eingekesselte Gruppierung im Raum Lübben-Guben zerschlagen und die 12. Armee „Wenk“, die versucht hatte, nach Berlin vorzustoßen, vernichtet. Am 7. Mai stießen Truppen der 1. Belorussischen Front auf breiter Front bis zur Elbe vor. Die Truppen der 2. Belorussischen Front begannen am 20. April ihre Angriffsoperation und konnten schnell in Richtung Neubrandenburg und Rostock vorstoßen. Teile der 61. Armee der 1. Belorussischen Front und der 1. Polnischen Armee erreichten bereits am 24. April mit den Spitzeneinheiten die Elbe bei Torgau, wo sie mit Einheiten der 9. Amerikanischen Armee zusammentrafen, dem bekannten historischen „Treffen an der Elbe“. Berlin wurde zur Festung erklärt. Panzersperren, Panzerhöcker, Panzertürme als feste Feuerpunkte sollten das Vordringen der sowjetischen Truppen aufhalten. Es hat nicht genützt. Der Kampf um die Stadt hatte begonnen. Selbst in dieser doch klaren Situation, hielt Hitler mit seinen Paladinen und dem Generalstab an dem Kampf „bis zum letzten Mann“ mit weiteren großen Opfern fest. Die Wehrmacht, mit wenigen Ausnahmen, kämpfte verbissen um jede Straße, jeden Ort, auch ohne Rücksicht auf die Bevölkerung.

Generalmajor a.D. Sebald Daum †

Literaturhinweise:

(1) *Der Große Vaterländische Krieg, Militärverlag der DDR 1975, Seite 237*

(2) *Der Große Vaterländische Krieg, Militärverlag der DDR 1975, Seite 335 ff*

Kontextualisierung eines sowjetischen Ehrenmals in Dresden – eine Provinzposse oder mehr?

Die Diskussion über Erinnerungsorte an den Sieg der Sowjetarmee gegen Hitlerdeutschland im 2. Weltkrieg ist nicht neu. Unmittelbar nach der Eingliederung der ostdeutschen Länder in die Bundesrepublik Deutschland gab es bereits Bestrebungen, Orte und Denkmale der Würdigung der Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Sowjetarmee, die mancherorts als Niederlage empfunden wurde, zu schleifen. So auch in Dresden; doch damals konnten sich jene, die die Zerstörung des Denkmals anstrebten, nicht durchsetzen. Es wurde aber 1994 von seinem zentralen Standort entfernt und an die Peripherie Dresdens umgesetzt. Im Kontext des Krieges in der Ukraine wurde die Debatte über den Umgang mit dem Denkmal neu entfacht. Dazu wird die Notwendigkeit einer dringenden Renovierung zur Erhaltung des Denkmals genutzt. Nunmehr greift man aber nicht mehr zum Vorschlaghammer, sondern nicht weniger absichtsvoll zum Gummihammer. Ein Abriß des Denkmals in Mißachtung der Sorgspflicht der Bundesrepublik zur Pflege der Denkmale zur Ehrung der Opfer der

im Kampf gegen den deutschen Faschismus gefallenen Sowjetsoldaten wäre wohl gegenwärtig noch zu peinlich. Statt dessen soll das Denkmal jetzt „kontextualisiert“ werden. Das bedeutet, der Betrachter soll belehrt werden, wie er das Ehrenmal aus heutiger (deutscher) Sicht zu verstehen habe. Nun haben Denkmale ja generell die Funktion, den Betrachter an wichtige historische Ereignisse zu erinnern. Sie sind gewissermaßen eine Botschaft und auch Mahnung aus der Vergangenheit an die heutigen Generationen. Natürlich wird man historische Denkmale mit den heutigen Erfahrungen sehen und bewerten. Das ist durchaus legitim. Nicht gerechtfertigt ist hingegen eine Instrumentalisierung für aktuelle politische Zwecke. Das scheint mir aber bei der sogenannten Kontextualisierung hier in Dresden gegeben. So etwa, wenn die Einheit des Sowjetvolkes im Kampf gegen den Faschismus – in der sowjetischen und russischen Geschichtsschreibung als Großer Vaterländischer Krieg bezeichnet – anhand ethnischer Merkmale infrage gestellt wird. Der Sieg in diesem existentiellen Kampf ist

eben das gemeinsame Ergebnis aller Völker der Sowjetunion. Daran kann auch eine Kontextualisierung nichts ändern. Eine solche Geschichtsfälschung wird weder dem Sinn des Denkmals noch der Lösung aktueller Probleme gerecht. Hinzu kommt, daß sich infolge der Korrektur der bisherigen Rußlandpolitik durch die neue US-amerikanische Administration ein „Fenster der Möglichkeiten“ eröffnet zu einer Beendigung des Krieges in der Ukraine sowie zu einer Neukonstituierung einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur. Anstatt jedoch alle Möglichkeiten zu unterstützen, die geeignet erscheinen, den Weg zu einer Politik zu bahnen, die Voraussetzungen dafür schafft, den Krieg für immer aus dem Leben der europäischen Völker zu verbannen, versuchen bestimmte Kräfte, den Weg zu einer gesamteuropäischen Versöhnung zu blockieren.

Aus dieser Sicht stellt die „Kontextualisierung“ eines sowjetischen Ehrenmals in Dresden nicht einfach eine Provinzposse dar, sondern einen Akt des kalten Krieges.

Dr. Werner Knoblich, Dresden

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Die Ostfront zertrümmert

Der 12. Januar 1945 wird in der Geschichtsschreibung dieses Krieges zweifellos einen besonderen Platz einnehmen. An diesem Tage begann eine neue Etappe des Krieges: seine Endphase. Die Rote Armee ging an der Ostfront wieder zur Offensive über, zu einer Winteroffensive, wie sie die Welt in diesem Ausmaß und von dieser Wucht noch nicht sah. Allein in den ersten sieben Tagen dieses Winterorkans geschah folgendes: Die deutsche Ostfront, die wichtigste und entscheidendste Front, wurde nicht nur aufgerissen und an einzelnen Abschnitten durchbrochen. Sie wurde zerschlagen, zertrümmert, zersplittert. Und zwar in ihrer ganzen riesigen Ausdehnung von den Karpaten bis zur Ostsee. Die Masse der auf diese Linie verteilten deutschen Kampfdivisionen, der Hauptteil der Wehrmacht, wurde vernichtet, zersprengt, eingekesselt oder zur wilden Flucht nach Westen gezwungen. Die faktischen Eingreifreserven gingen noch vor ihrem Einsatz auf den Anmarschwegen oder in ihren Bereitstellungen unter. Zwischenstellungen wurden von der Roten Armee einfach überannt. Ihr Vormarschtempo übertrifft alles bisher Dagewesene. Ihre Panzerarmeen dringen wie ein eiserner Strom nach Westen vor, alles vernichtend oder vor sich her fegend, was sich ihm entgegensustellen versucht. In nur sechs Tagen walzte sie nicht nur die deutschen Verteidigungslinien nieder, sondern drang darüber hinaus um mehr als 200 km – von der Weichsel bis zur oberschlesischen Grenze – vor. In wenigen Tagen besetzte sie ganz Südpolen. In knapp 100 Stunden wurde die deutsche Verteidigung im Raum Warschau zertrümmert, die polnische Hauptstadt – die erste der großen europäischen Hauptstädte, die Hitler auf seinen Raubzügen erobert hatte – umfaßt und ihre deutsche Besatzung niedergekämpft. Kielzy, Radom, Pultusk, Czenstochau, Modlin, Krakau, Lodz – um nur einige der wichtigsten zu nennen – sind weitere Etappen auf dem Vormarsch der Roten Armee. Das polnische und oberschlesische Industriegebiet, nach der Zerbombung des Ruhrgebiets das verhältnismäßig unbeschädigte Zentrum der Hitlerschen Rüstungsindustrie, ist unmittelbar bedroht. „Die Stunde des Zusammenbruchs unter der erdrückenden Übermacht der vereinigten Gegner rückt immer näher.“ – So warnten am 8. Dezember 1944 fünfzig deutsche Generale aus russischer Kriegsgefangenschaft in ihrem Aufruf an Volk und Wehrmacht und forderten zum sofortigen Sturz des Verderbers Hitler und zur Beendigung des verlorenen Krieges auf, um weiteres

sinnloses Sterben deutscher Männer zu verhindern.

Seitdem sind nur fünf Wochen vergangen, und schon beweisen die Tatsachen, wie recht die fünfzig Generale hatten. Inzwischen unternahm Hitler und sein OKW auch den letzten großen Versuch, durch ein Verzweiflungsmanöver den Aufmarsch der verbündeten Armeen zum Endsturm auf den Kessel Deutschland zu stören und die Stunde des Zusammenbruchs hinauszuzögern. An die Ostfront wagte er sich dabei wohlweislich nicht heran. Aber an der schwächsten Stelle der Westfront setzte er 30 zusammengekratzte Divisionen, die letzten strategischen Reserven der Wehrmacht, bei einer „Gegenoffensive“ aufs Spiel. Der Zweck lag auf der Hand. Deutschland sollte zum weiteren Widerstand aufgepeitscht werden. Den verbündeten Nationen sollte eine nicht mehr vorhandene Kraft der Wehrmacht vorgetäuscht werden, um sie zum Zögern zu veranlassen und womöglich zu einem Kompromißfrieden zu bringen. Wer die Dinge so sah, wie sie sind, der wußte, wie es um dieses „deutsche Wunder“ von Goebbels' Gnaden in Wirklichkeit bestellt ist und wohin das „zurückgewonnene Bewußtsein unserer Kraft“ – bezahlt mit dem Leben weiterer Zehntausender deutscher Soldaten – führen muß. Wer sich trotz aller früheren Erfahrungen nochmals von Goebbels übertölpeln ließ, erlebt nun ein nur allzu schnelles blutiges Erwachen.

Nur vier Wochen nach dem Beginn der Hitlerschen „Gegenoffensive“ im Westen sind auch schon die geringen Geländegewinne, die sie einbrachte, wieder zu zwei Drittel verloren. Und außerdem ein Dutzend deutscher Divisionen dazu. Im Südosten brach, während die Rote Armee in Budapest die letzten deutschen Widerstandsnester ausräumte und die Reste der hier eingekesselten deutschen Truppen als Gefangene einbrachte, auch der Einsatzversuch zur Aufsprengung des Kessels unter schwersten Verlusten zusammen.

Im Vergleich mit den neuesten Ereignissen an der Ostfront sind diese Niederlagen, so schwer und bedeutsam sie an sich waren, jedoch nur Nebenerscheinungen. Die Ostfront war und blieb die Hauptfront. Fast sechs Monate herrschte Ruhe. Goebbels behauptete, sie sei durch den Willen und das Genie des Führers und durch seine übertotale Mobilisierung „stabilisiert“ worden und nun unüberwindlich. Tatsächlich wurde dorthin die Hauptmasse der noch vorhandenen Kräfte und des neu ausgekämmten Ersatzes geworfen. Tatsächlich wurde sechs Monate lang fieberhaft an der Schaffung tiefgestaffelter

Verteidigungsanlagen gearbeitet, unter Ausnutzung aller früheren Erfahrungen bezüglich der russischen Durchbruchstaktik. Tatsächlich waren viele Umstände einer Verteidigung günstig. Die Frontlinie und die Nachschublinien waren gegen früher bedeutend verkürzt – laut Goebbels entscheidende Faktoren, die alle Verluste des vorhergehenden Jahres an Menschen, Material und Territorium aufwogen. Und was hatte er nicht noch alles anzuführen? Keine Waffenlieferungen mehr an die Vasallen, sondern alles nun der Wehrmacht zur Verfügung, die Front „ohne Rückenschmerzen“ – so und ähnlich trommelte er tagein, tagaus. Die übertotale Mobilisierung steckte den letzten deutschen Mann in den Waffenrock. Wer ein Gewehr halten und sich aus eigener Kraft einige Kilometer fortbewegen konnte, wurde an die Front gejagt, mochte er auch halbblind, taub, lahm, herz- oder magenkrank sein.

„Zeitgewinn“ – war die Hauptparole der letzten Monate, denn die Zeit sollte angeblich für Hitler und gegen die verbündeten Nationen arbeiten. Und die Rote Armee gab Hitler bezüglich der Ostfront sechs Monate Zeit, die sie selbst zur sorgfältigen und systematischen Vorbereitung ihres nächsten Schlages benötigte. Nun wurde die Probe aufs Exempel gemacht, für wen die Zeit tatsächlich arbeitet. Die Beweisführung fiel eindeutig genug aus. Dabei ist außer den erwähnten geographischen Umständen zu berücksichtigen, daß die Rote Armee aus Witterungsgründen bei ihrem neuen Angriff auf den Einsatz derjenigen Waffe verzichten mußte, in der die verbündeten Armeen der Wehrmacht am stärksten überlegen sind – auf die Luftwaffe. Sie konnte wegen ungünstigen Flugwetters während der Durchbrüche nicht eingesetzt werden. Auch der Einsatz der schweren Landwaffen stieß angesichts des milden Winters – in Südpolen hatten die Flüsse nicht einmal eine tragfähige Eisdecke – auf große Schwierigkeiten.

Angesichts dieser Tatsachen wiegen die ersten Ergebnisse der russischen Winteroffensive noch schwerer. Ein kurzer Vergleich mit der Sommeroffensive des Vorjahres – die bisher als die wichtigste und erfolgreichste aller russischen Offensiven galt – besagt ein übriges. Diese Sommeroffensive begann an der Mittelfront und bezog dann im Laufe der nächsten drei Monate die übrigen Frontabschnitte ein. Nacheinander wurden zuerst die Heeresgruppe Mitte, dann die Heeresgruppe Nordukraine und schließlich die Heeresgruppe Südukraine erfaßt und vernichtet.

Diesmal wurde auf einen Schlag die gesamte Ostfront zertrümmert und wurden sämtliche deutsche Armeen im Osten vom Strudel des Untergangs erfaßt, im Sommer benötigten die russischen Truppen zu meist zwei bis drei Tage zur Zerschlagung und Durchstoßung der deutschen Hauptverteidigungslinien. Diesmal dauerte es kaum ebensoviel Stunden. Im Sommer stieß die Rote Armee an der Mittelfront in fünf Wochen 500 km nach Westen vor – ein unerhörtes Tempo. Diesmal legte sie in noch nicht einer Woche 200 km in westlicher Richtung zurück. Die Frage, für wen die Zeit tatsächlich arbeitet, dürfte damit genügend beantwortet sein.

„Seit vielen Wochen wußten wir, daß die Sowjets die Offensive vorbereiten“ – erklärten die ersten Berliner Kommentare. Wer in

der ganzen Welt wußte es denn nicht? Die Russen selbst hatten daraus ebenfalls kein Geheimnis gemacht. Auch die Ansatzstellen der Offensive waren von vornherein gegeben – die Brückenköpfe an den westlichen Ufern der großen Flußhindernisse Mittelpolens, um die schon im vorigen Sommer schwer gerungen wurde. Nicht einmal das Moment der Überraschung kann das OKW also als Entschuldigung anführen.

„Alles ist von uns getan und vorbereitet worden“ – heißt es weiter in den Berliner Kommentaren. Niemand zweifelt daran. Hitler und seine Helfershelfer, angstzitternd vor der herannahenden Vergeltung für ihre Verbrechen, übertrafen sich selbst in ihrer Rücksichtslosigkeit bei der Auspressung der letzten Säfte und Kräfte aus Deutschland. Vor nichts und

niemandem machten sie halt, um den Kugelfang für sich zu verstärken. Sie taten wirklich alles! Das Ergebnis liegt vor. Was braucht es nun noch für Beweise, wohin die Fortsetzung des verlorenen Krieges führt? Soll noch mehr Zeit gewonnen werden, damit die pausenlosen Schläge der Roten Armee und ihrer Verbündeten noch wuchtiger ausfallen, damit die Ausblutung und Zerstörung Deutschlands noch größer wird? Wer sich der Lawine des Endangriffs auf die einstürzende Hitler„festung“ entgegenstellt, wird vernichtet werden. Wer die Zukunft Deutschlands retten will, der beschreitet in letzter Minute den Ausweg: Niederlegung der Waffen oder Umkehrung der Waffen gegen den Verderber Hitler!

„Freies Deutschland“, Moskau, 21. Januar 1945

Mit der Roten Armee in Polen

Im Verlauf der großen Schlacht an der Mittelfront überschritten russische Truppen im Sommer des vorigen Jahres die polnische Grenze. Als Frontbevollmächtigter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an der Zweiten Weißrussischen Front war ich bei einer Einheit, die als eine der ersten polnischen Boden betrat. Mir waren die Greuelmärchen, die die Goebbels-Propaganda über das Verhalten der russischen Soldaten in Rumänien verbreitete, nicht unbekannt, und ich war voll gespannter Erwartung. Sollte ich doch nun mit eigenen Augen die Rote Armee in fremdem Land kennenlernen. Die straffe Disziplin und die ausgezeichnete Haltung der russischen Offiziere und Soldaten überhaupt kannte ich nach einjähriger Tätigkeit an der Front. Aber so lange hatten sie noch im eigenen Lande gekämpft. Wie würde es in anderen Ländern sein? Meine Erwartungen bestätigten sich. Diese Disziplin, diese Zucht und Ordnung zeigte die Rote Armee auch in Polen, ja, verstärkte sie noch.

Als die Hitlertruppen noch Polen besetzt hielten, hatte auch hier der Goebbelssche Propagandaapparat gearbeitet und in vielfacher Steigerung die antibolschewistische Propaganda der früheren reaktionären polnischen Pilsudski- und anderer chauvinistischer Regierungen fortgesetzt. Wenn es auch ein Hohn ist, eine andere Macht als den „größten Feind der Menschheit“ – denn so bezeichnen ja die Nazis den Bolschewismus – hinzustellen, wenn man selbst dieses Volk unterdrückt, quält und aussaugt bis zum letzten, seine Bewohner verschleppt, beraubt und ausplündert, ja, sie planmäßig vernichtet, so war doch auf manchen Polen die Nazipropaganda nicht ganz ohne Wirkung geblieben, und diese sahen dem Einmarsch der Roten Armee mit einer gewissen Furcht entgegen. Zugleich mit den ersten Truppen der Roten Armee

kam ich zusammen mit einigen russischen Offizieren in die Stadt Bialystok. Die Stadt lag wie tot da, die Haustüren fest verrammelt, die Bewohner in die Keller geflüchtet. Hier und da brannte es noch. Überall die Spuren eines schweren Kampfes, noch mehr Spuren aber von sinnlosen Zerstörungen an Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden. Nach Stunden erst kamen die ersten Zivilisten auf die Straße. In ihren Gesichtern stand es geschrieben, was sie in den letzten Stunden, Wochen, Monaten und Jahren erlebt hatten. Zurückhaltend und schüchtern waren sie, und erst als sie immer wieder von den russischen Offizieren aufgefordert wurden, kamen sie zu uns. Und dann erzählten sie. Es war das, was ich schon so oft zu hören bekommen hatte, genau wie in Rußland, so auch hier: Erschießungen, Ausplünderungen, Zwangsverschickungen. Leid und Elend ohne Ende hat die Naziherrschaft diesen Menschen gebracht. Hier nur ein Beispiel. Vor 1939 lebten in Bialystok 50 bis 60 000 Juden. Jetzt waren es noch 19, die sich in den Wäldern versteckt gehalten hatten. Alle anderen waren von Hitlers SS beseitigt worden! 50 bis 60 000 Menschen nur in einer mittelgroßen Stadt! Das war Hitlers „Neuordnung in Polen“.

Die dunkle Ruhe lastete auch in den nächsten zwei Tagen, die ich noch in Bialystok verweilte, auf der Stadt.

Wie anders aber das Bild, als ich etwa 14 Tage später wieder in die Stadt kam! Es war ein Sonntag. Gerade ging der Gottesdienst zu Ende. Zu vielen Hunderten zählten die Menschen, die das schon wiederhergestellte Gotteshaus verließen. Zwischen ihnen die Priester in ihren langen Gewändern. Im Stadtpark gab nach dem Gottesdienst eine Militärkapelle der Roten Armee ein Platzkonzert. Das Wetter war herrlich. Die polnischen Mädels in lustigem Gespräch

mit den russischen Offizieren und Soldaten. Ich sprach mit einem polnischen Lehrer des technischen Gymnasiums, der bei den Deutschen als Lagerist arbeiten mußte, weil seine Schule geschlossen worden war, wie die deutschen Besatzungsbehörden überhaupt alle polnischen Schulen geschlossen hatten. In den nächsten Tagen sollte auch seine Lehranstalt die Tätigkeit wiederaufnehmen. Das Lichtspielhaus in der Hauptstraße kündete für den Abend den Film „Raduga“ (Regenbogen) an, der nach dem gleichnamigen Roman der polnischen Schriftstellerin Wanda Wassilewska gedreht wurde. Auch ich wollte mir den Film am Abend ansehen, aber schon lange vor Beginn der Vorstellung war das Kino überfüllt.

Nur zwei Wochen war es her, daß um Bialystok noch heftige Kämpfe getobt hatten, aber der nächste Tag, ein Werktag, zeigte mir, daß wohl die Stadt noch aus den schweren Wunden, die ihr Hitler geschlagen hat, blutete, daß aber überall mit neuer Kraft der Wiederaufbau dieser schönen alten Provinzstadt in Angriff genommen war. Friedliches Leben hatte seinen Einzug gehalten, viele Geschäfte waren wieder eröffnet. Der Markt zeigt einen regen Handel mit allen notwendigen Dingen des täglichen Bedarfs. Die Zivilverwaltung ist in polnische Hände übergegangen. Das polnische Arbeitsamt vermittelt jedem Arbeit, an der kein Mangel ist. Polnische Zivilkrankenhäuser sind eingerichtet, an den Volksschulen wird nach Jahren wieder in polnischer Sprache unterrichtet. Die Altersversorgung, die Unterstützung der Opfer des Hitlerregimes ist eingeleitet. An den Straßenecken stehen polnische Schutzmänner zur Verkehrsregelung. Ein Panzer oder Geschütz, ein Zug Rotarmisten, die die Stadt in Richtung der schon mehr als 100 Kilometer entfernten Front durchziehen, ein Jäger, der

in rasantem Flug über die Stadt braust, erinnern daran, daß Krieg ist, erinnern die Polen daran, daß auch ihre Männer, Väter und Söhne an der Front kämpfen, um die restlichen Gebiete ihres Vaterlandes von der Hitlerherrschaft zu befreien. So war es in Bialystok. So erlebte ich es aber auch in Sambrow, in Ostrow, in Ostrolenka oder Lomscha. – Immer das gleiche Bild.

In Ostrow waren deutsche Truppen fünf Jahre gewesen. Jegliches kulturelle Leben war den Polen untersagt. Als ich auf einer Fahrt zur Front in Ostrow in einem Privatquartier übernachtete, bat der Hausherr um Ruhe, denn seine Tochter bereite sich für die Aufnahmeprüfung in die Quarta des

Gymnasiums vor. Später sah ich die Tochter. Sie war achtzehn Jahre alt und mußte nun in die Quarta gehen, denn 1939, als die Deutschen das Gymnasium schlossen, hatte sie als zwölfjähriges Mädchen in der Quinta gelernt – „Neuordnung in Europa“!

Ich erlebte aber auch die polnische Landbevölkerung, die unter den schwersten Verhältnissen die Ernährung des Volkes sicherstellen muß. Pferde, Zugvieh und Saatgetreide hat man ihnen fast alles genommen. Nun geht es aufwärts. In großzügiger Weise haben die Russen den Bauern materielle Unterstützung gegeben. Von polnischen Verwaltungsorganen wird die Agrarreform, die jedem Bauern Grund und Boden sichert,

durchgeführt und in begeisterten Bauernkundgebungen begrüßt.

Wie einen Spuk hat die Rote Armee all das hinweggefegt, was eine lügenhafte Goebels-Propaganda über die „bolschewistische Gefahr für Polen“ verbreitet hatte. Wie einen Spuk wird sie auch in Deutschland hinwegfegen! Das wissen wir, die wir als Deutsche die Rote Armee in fremdem Lande kennengelernt haben, am besten.

Leutnant Diedrich Willms, Frontbevollmächtigter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“

„Freies Deutschland“, Moskau, 21. Januar 1945

80 Jahre Dresden mahnen: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

„Keine Macht der Erde kann uns daran hindern, die deutschen Heere zu Lande, ihre U-Boote zur See und ihre Rüstungsanlagen aus der Luft zu zerstören. Unsere Angriffe werden erbarmungslos und mit steigender Wucht geführt werden.“ Das beschloß die Anti-Hitler-Koalition im November/Dezember 1943. Von Angriffen auf Städte und Wohngebiete war da keine Rede. In Jalta wurde die Sowjetunion noch deutlicher. Sie lehnte die Bombardierungen von Wohngebieten deutscher Städte durch anglo-amerikanische Verbände strikt ab. 34 amerikanische und englische hohe Stabsoffiziere waren extra nach Jalta gekommen, um die Vertreter des sowjetischen Generalstabes vom Gegenteil zu überzeugen. Vergebens, aus den Dokumenten und Protokollen der Sitzungen der anglo-amerikanischen Stabschefs in Malta und Jalta geht hervor, daß man auch ohne Zustimmung des sowjetischen Koalitionspartners ostdeutsche Städte in Schutt und Asche zu bombardieren gedanke. Dresden war nur eines von vielen Verbrechen.

Nicht nur Dresden vom 13. bis 15. Februar, es traf genauso andere Städte wie beispielsweise Magdeburg oder Bremen im Westen. Damit jedem klar wird, was Krieg bedeutet, hier aus der Schlußmeldung über die Luftangriffe auf den LS-Ort Dresden am 13., 14. und 15. Februar vom 15. März 1945 vom Befehlshaber der Ordnungspolizei – BdO IV: L XI – 231 Nr. – 7/45: Der erste Angriff auf Dresden am 13. Februar 1945 bei völlig bedecktem Himmel und starkem Wind. Etwa 3000 Spreng- / 400 000 Stabbrand- und 2000 Flammenstrahlbomben. Die zweite Welle, bei gleichen Witterungsbedingungen, etwa 4500 Spreng-, 170 000 Stabbrand- und 2000 Flammenstrahlbomben. Der dritte Angriff erfolgte bei aufgelockerter Bewölkung, und es wurden ungefähr 1500 Spreng-, 50 000 Stabbrand- und 100 Flammenstrahlbomben abgeworfen. Bewölkter

Himmel beim vierten Luftangriff mit etwa 900 Spreng-, 35 000 Stabbrand- und 500 Flammenstrahlbomben. 11 916 Wohngebäude einschließlich Wohnbaracken wurden völlig zerstört und 1525 Wohngebäude waren schwer beschädigt. Der Angriff am 13. Februar begann 21.55 Uhr und dauerte etwa eineinhalb Stunden, die zweite Welle am 14. Februar dauerte von 1.07 Uhr bis 01.54 Uhr. Die dritte Welle am 14. Februar, mittags von 12.10 Uhr bis 12.25 Uhr, und der vierte Angriff auf Dresden ereignete sich am 15. Februar zwischen 12.10 Uhr und 12.25 Uhr. Unter anderem wurden drei Krankenhäuser, einschließlich Hilfs- und Aushilfskrankenhäuser, sowie Privatkliniken, 33 Schulen, Elektrizitätswerk, Gaswerk und neun kulturhistorische Bauten völlig zerstört. Außerdem griffen sie Lager- und Speicherhäuser, Mühlen und Trinkwasserwerke an. Neben der Auflistung zerstörter öffentlicher Gebäude, Kunsteinrichtungen und Firmen werden die Zahlen der Opfer wie folgt angegeben (Stand 10.3.1945): 18 375 Gefallene, 2212 Schwerverwundete und 13 718 Leichtverletzte. 350 000 Obdachlose. Eine Aufgliederung der Personenverluste nach Geschlechtern ist unmöglich. Der Lagebericht schildert: „Überwiegend handelt es sich aber um Frauen und Kinder.“ Hinzu kommen noch 35 000 Vermisstenmeldungen (Aus der Lagemeldung 1404, Berlin 22. März 1945 der Ordnungspolizei). Im Teil II der Schlußmeldung über die vier Luftangriffe auf den LS-Ort Dresden am 13., 14. und 15. Februar 1945 berichtet die Behörde unter „Ziel und Taktik“: „Die Angriffe, insbesondere die beiden Nachtangriffe, überwiegend reine Terrorangriffe gegen die dicht bevölkerten Stadtteile. 1. Angriff fast über das ganze Stadtgebiet, Feuersturm bereits nach 30 bis 45 Minuten. 2. Angriff mit erhöhtem Sprengbombeneinsatz. Sprengbombenabwurf insbesondere

auf die in Flammen stehende Innenstadt und große Teile der Gebiete, in welchen die Bevölkerung der Innenstadt vor dem Feuersturm Zuflucht suchte. (Großer Garten und sonstige Grünanlagen, Stadtteile mit offener Bauweise) Starker Brandbombeneinsatz beim 2. Angriff, besonders auf Gebiete, welche beim 1. Angriff vorwiegend mit Sprengbomben belegt worden waren. Die beiden Nachtangriffe müssen teilweise im Tiefangriff geflogen sein, da in den Gebieten der offenen Bauweise die Häuser reihenweise mit Spreng- und Brandbomben belegt wurden und auf den Straßen verhältnismäßig wenig Sprengbombenrichter vorhanden sind ...“ Und weiter: „... Durch die beiden Nachtangriffe das Stadtinnere von Dresden Altstadt und die angrenzenden Stadtteile sowie die Südvorstadt völlig zerstört. Auch die Stadtteile Johannstadt, Friedrichstadt, Löbtau, Blasewitz, Striesen, Strehlen, Gruna, Plauen, Neustadt und Antonstadt hierbei schwer getroffen ...“ Die beiden Mittagsangriffe am 14. und 15. Februar fanden wieder auf das gesamte Stadtgebiet und besonders auf Löbtau, Friedrichstadt, Cotta und die Leipziger Vorstadt statt. Beim Mittagsangriff vom 15. Februar waren vor allem die Stadtteile Plauen, die Südvorstadt, die Stadtteile Tolkewitz, Laubegast, das Waldschlößchenviertel, die Stadtteile Loschwitz und Oberloschwitz betroffen. Wörtlich im Bericht: „... Beide Mittagsangriffe überwiegend Hochangriffe. Bei allen Angriffen war Bordwaffenbeschuß festzustellen ...“

Der Krieg kehrte dorthin zurück, von wo er ausgegangen war.

Erheben wir unsere Stimme im Sinne des Berliner Appells vom 3.10.2024 für „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ auf dem Friedensmarsch und dem Friedensfest am **26. April, um 11.30 Uhr, in Torgau, Ostufer Elbbrücke.**

Richard Jawurek, Markkleeberg

Wer wollte die Spaltung Deutschlands?

Unser Leser **Werner Voigt** aus Ilmtal-Weinstraße sandte dem RF einen Auszug aus den Memoiren des Schriftstellers **Walther Victor** (1895–1971) zu, der ein scharfes Licht auf einen Abschnitt der Geschichte zwischen den 40er und 50er Jahren wirft und der zeigt, wie sie wirklich verlief:

In der Aprilnummer 1943 der Zeitschrift *The American Mercury* erschien ein Artikel des in den USA sehr gelesenen politischen Journalisten Kingsbury Smith, der „unseren Plan für Nachkriegs-Deutschland“ behandelte. Es handelt sich um einen detaillierten Bericht über Washingtons Antwort auf die Frage: „Was sollen wir nach dem Krieg mit Deutschland machen?“ Da der Aufsatz eine Menge von Gemeinplätzen enthält, allgemeine Phrasen, deren Wiederholung uninteressant ist, schreibe ich hier in meiner eigenen möglichst genauen Übersetzung diejenigen Dinge nieder, die, ganz offen aus dem Munde von Regierungsleuten, mit denen Kingsbury Smith gesprochen hat, stammend, eines Tages von Interesse sein könnten. Die entscheidenden Punkte werde ich in Smiths Englisch und in meiner Übersetzung wiedergeben.

Wir erfahren von Herrn Smith, daß man sich in Washington darauf vorbereitet, Deutschland ganz und gar in die Mache zu nehmen. „Allein das Kriegsministerium“, so schreibt er, will mehr als 1000 ‚top Administrators‘ (leitende Verwaltungsbeamte) schulen, die

helfen sollen, Deutschland zu regieren. Diese amerikanischen Gauleiter (so wörtlich!) werden auf der amerikanischen Armeeschule für Militärische Regierungsaufgaben in Charlottesville, Virginia, die im Mai 1942 gegründet wurde, für ihre Aufgaben vorbereitet. Zwei Klassen von je 150 Teilnehmern haben bereits nach einem Lehrgang von 4 Monaten die Prüfungen abgelegt.“

Dann lesen wir weiter:

„Die amerikanische Planung sieht vor, die Maßnahmen zur Hilfe für die deutschen Menschen auf jenes Minimum zu beschränken, das nötig ist, um Revolution und Chaos zu verhindern. Es besteht keineswegs die Absicht, den Weihnachtsmann zu spielen.“ Über die politischen Maßnahmen in einem besiegten Deutschland schreibt Herr Smith: „Was die Frage eines deutschen Staates anlangt, so werden die Deutschen die verbrecherische Dummheit, Hitler zu folgen auf seinem Weg zur Eroberung der Welt, *pay most severely* (am teuersten, wörtlich: strengsten) bezahlen. *The American planners feel that Germany must be drastically decentralized as a political and economic unit, even to the point of breaking up the country into separate states or regions.* (Die amerikanischen Planer glauben, daß Deutschland drastisch dezentralisiert werden muß, als eine politische und wirtschaftliche Einheit, selbst bis zu dem Punkt, das Land in verschiedene Staaten oder Regionen auseinanderzubrechen.)

This idea is not dictated by revenge, but a genuine desire to find a solution for Germany's militarism ... Germany must not be allowed to remain a single, powerful industrial and political unit.“ (Dieser Gedanke ist nicht von Rachegefühlen diktiert, sondern von dem echten Wunsch, eine Lösung zu finden für Deutschlands Militarismus ... Deutschland darf nicht erlaubt werden, eine einzige mächtige industrielle und politische Einheit zu bleiben.)

So, da haben wir's. Herr Smith schließt mit der Drohung, die er in Washington gehört haben will, daß „Ungehorsam auf deutscher Seite gegen die geplanten Maßnahmen *immediate and drastic economic sanctions, followed if necessary by military force* (sofortige drastische wirtschaftliche Sanktionen und wenn nötig militärische Gewaltmaßnahmen) zur Folge haben werde.“

(1943)

P.S. 1948: Es war nicht nötig, sich zu bemühen. Die Herren Amis haben in Westdeutschland willige Helfer zur Spaltung Deutschlands gefunden. W.V.

Walther Victor war ein bedeutender Herausgeber und Publizist und freier Schriftsteller. 1961 wurde er u.a. mit dem Nationalpreis der DDR für Kunst und Literatur „für seine großen Verdienste um die Popularisierung der klassischen deutschen Literatur, insbesondere für seine Volkslesebücher und Jugendschriften“ gewürdigt.

Unsere bessere Sache

Lenin schrieb: „Eine Revolution ist nur dann etwas wert, wenn sie sich zu verteidigen versteht.“ Warum konnten wir unsere DDR nicht verteidigen? Diese Frage beschäftigt mich immer wieder.

Mit unserer wissenschaftlichen Theorie waren wir nicht alleine, neben den Stalinisten gab es noch Trotzlisten, Maoisten und Titoisten. Sie hatten andere Vorstellungen vom Weg zum Sozialismus und lehnten vor allem die von Moskau beanspruchte Führungsrolle ab. Zudem gab es zwischen den sozialistischen Staaten keine echte, brüderliche Zusammenarbeit bei der Suche nach einem erfolgreichen Weg zum Sozialismus. Die Ereignisse von 1953, 1956 und 1968 führten zu keiner grundlegenden Debatte über den Weg zum Sieg des Sozialismus. Die Widersprüche in der kommunistischen Weltbewegung, zwischen den Parteien, die von der Linie der KPdSU abwichen und in der KPdSU selbst, führten nicht zu einer Bewegung hin zu Veränderungen. Den Personenkult um Breshnew und seine Politik der Stagnation habe ich in meiner Zeit an der Akademie in Moskau persönlich erlebt.

Dabei spielte die fehlende Demokratie und Kollektivität in der Partei und in der Gesellschaft eine wesentliche Rolle. Auch in der Parteiführung der SED wurden unter Verletzung des eigenen Statuts Schönfärberei, Lobhudelei, Egoismus und bürokratisches Verhalten zum Führungsstil. Eine Diskussion um Grundsatzfragen wurde unterbunden. Werner Eberlein macht dazu erschütternde Aussagen in seinem Buch „Geboren am 9. November“. Hat denn keiner den langsamen Verfall unserer besseren Sache bemerkt? Eberleins Kernfrage an sich selbst ist: „Warum haben wir geschwiegen, wo wir es doch besser wußten?“ Selbst in der Stunde der höchsten Gefahr kochte jeder sein eigenes Süppchen. Das Alte wurde eingerissen. Das Neue lag verschwommen im Nebel. Die Verstärkung der Mangelwirtschaft war in der Sowjetunion schon lange vor der DDR zu spüren. Wir begründeten das mit der Rolle der UdSSR für Frieden und Sozialismus in der ganzen Welt. Mit der absoluten Abhängigkeit von der Sowjetunion ging aber letztlich das Vertrauen der Bevölkerung in die Partei verloren. In der DDR erreichten

der „real existierende Sozialismus“ und die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht ihre Ziele. Im Gegenteil, die Wirtschaft wurde auf „Verschleiß“ gefahren und alles, was man für D-Mark verkaufen konnte, wurde unter Wert an den Westen verschleudert. Der gewaltige Parteiapparat mit seiner politisch-ideologischen Arbeit erreichte die Menschen nicht mehr. Der Rat des Kreises/ Kreisleitung der SED, der Rat des Bezirkes/ Bezirksleitung der SED, Ministerrat/ZK und Politbüro der SED, alles war zweigleisig, ähnliches auch in der NVA. Wer war wo für was verantwortlich? Im Truppendienst lebten wir in der Regel von 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr gesellschaftlich unter einer Käseglocke. Was die Menschen auf der Straße bewegte, war uns fremd.

Den Wettstreit der Systeme hatten wir so verloren. Zwar haben wir bewiesen, es geht auch ohne Kapitalisten, doch der Weg dahin ist viel weiter und komplizierter, als wir uns vorstellen konnten.

Ja, wir haben einer besseren Sache gedient, aber am Ende waren wir unterlegen.

Oberst a.D. Horst Nörenberg, Potsdam

„Opferrente“ für DDR-Zwangsdoping-Geschädigte?

Die im Herbst 2018 zusammengebrochene „DDR-Zwangsdoping-Hetzkampagne“ ist für die Parteien im Deutschen Bundestag kein Grund, nicht immer wieder Anträge zu stellen, DDR-„Zwangsdopingopfern“ eine aus Steuergeldern finanzierte „Opferrente“ zu zahlen. Ich zitiere aus dem Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 28.1.2025 (Drucksache 20/14702) „Die Geschädigten des staatlich organisierten Dopingsystems der ehemaligen DDR als Opfergruppe anerkennen und besser unterstützen“: „... Während Doping in der DDR ab den 1960er Jahren dezentral bereits üblich war, führte die SED-Führung 1974 mit dem „Staatsplan 14.25“ ein staatlich kontrolliertes Dopingprogramm ein, um besonders bei internationalen Wettkämpfen erfolgreich zu sein und der weltweiten Einführung von Dopingkontrollen entgegenzuwirken.“ Ich frage: Gibt es diesen „Staatsplan 14.25“, der die Grundlage der „DDR-Zwangsdoping-Hetzkampagne“ bildet, überhaupt?

In dem Heft „Beiträge zur Sportgeschichte“, Heft 14/2001, schreibt der Sportredakteur des RIAS Berlin Willi Knecht unter der Überschrift: „Viele Menschen in Ostdeutschland fühlen sich ungerecht an den Pranger gestellt“: „Als Zulieferer zweckdienlicher Materialien schließlich bemüht sich insbesondere der in Kiel gebürtige Privatdozent Dr. Giselher Spitzer. Der mittels staatlicher Finanzierung durch das Bundesinstitut für Sportwissenschaft den DDR-Sport mit starrem Westblick sezierende Mitarbeiter der Universität Potsdam geht davon aus, daß in das DDR-Doping rund 10 000 Athleten/innen einbezogen gewesen seien, von denen 15 Prozent leichtere, fünf Prozent schwere gesundheitliche Schädigungen erlitten hätten ...“

Klaus Katzur, Mitglied der gesamtdeutschen Olympiamannschaft 1964 und DDR-Olympiateilnehmer 1968 und 1972 mit Gewinn der Silbermedaille in der Lagenstaffel in München, vormals Fregattenkapitän der Nationalen Volksmarine, nunmehr Präsident der Gemeinschaft Deutscher Olympiateilnehmer, argumentierte massiv gegen die ungleiche Beurteilung von Dopingdelikten in Ost und West: „Es geht um die besonders auch innerhalb der Gemeinschaft Deutscher Olympiateilnehmer als höchst gemeinschaftsstörend empfundene Unart, alle Dopingvorgänge in der früheren DDR ohne Nachprüfung im Einzelnen schärfstens zu verurteilen, Dopingvergehen im Westen dagegen zu beschönigen.“ „Wir

wissen heute sehr viel über den DDR-Sport, jedoch kaum etwas über Hintergründe des Leistungssports in der früheren Bundesrepublik. Es gibt dafür keine Akten, die offengelegt wurden, geschweige denn solche eines Geheimdienstes. Es gab keine Verhöre, keine Hausdurchsuchungen, keine Tribunale, keine Prozesse und Medienkampagnen. Es gibt auch keine Ost-Wissenschaftler oder Journalisten, die über solch aufschlußreiche Quellen



Klaus Katzur (1943-2016) gewann 1972 eine olympische Silbermedaille

verfügen und die dazu noch den Mut besitzen, sich beispielsweise mit dem Thema ‚Doping im Westen‘ zu beschäftigen ...“

„... Die Existenz des viel zitierten ‚Staatsplans 14.25‘ wird allein durch Akten und Treffberichte des Ministeriums für Staatssicherheit und durch Protokolle unter anderem der Leistungssportkommission und des Sportmedizinischen Dienstes belegt. Ich kenne niemanden, der das Originaldokument schon einmal gesehen hat ...“

Das weckte mein Interesse. Deshalb stellte ich beim Bundesarchiv am 17.6.2023 einen Antrag um Übersendung dieses „Staatsplan 14.25“.

Am 23. Juni 2023 erhielt ich eine Antwort, aus der ich wie folgt zitiere: „Ihre oben genannte Anfrage wurde auf Grund der Zuständigkeit für die Archivbestände der zentralen zivilen staatlichen Institutionen der DDR an das Ref. BE 5 (Bereitstellung DDR) in Berlin-Lichterfelde zur Bearbeitung weitergeleitet.

Ihre Anfrage bezieht sich konkret auf das DDR-Staatsplanthema 14.25. Erste Recherchen meinerseits in den zur Verfügung stehenden Findmitteln lassen erkennen, dass in den hier verwahrten Archivbeständen durchaus Unterlagen zu erwarten sind, allerdings das konkrete Dokument nicht zielgerichtet bestimmt werden kann. Weiterführende Recherchen sowie die Auswertung entsprechender Akten müssen Sie deshalb selbst vornehmen ...“

Bis heute habe ich diesen „Staatsplan 14.25“ als Kopie nicht bekommen. Ich folgere daraus: Es gibt diesen „Staatsplan 14.25“ nicht. Das hinderte aber die Parteien des Deutschen Bundestages nicht daran, trotzdem diesen „Staatsplan 14.25“ als Grundlage ihres Antrags zu verwenden.

Aus dem Papier (Drucksache 20/14702) ist klar ersichtlich, es geht um Zahlung einer „Opferrente“.

Ich zitiere nochmals aus dem o.a. Artikel von Willi Knecht: „... Des weiteren ist eine Entschädigung in Form einer monatlichen Rente zwingend, um die ständig höheren Lebenskosten relativ auszugleichen und somit eine Gleichstellung zum nicht mit Doping geschädigten Bundesbürger zu erreichen. Bestehende oder absehbare körperliche Dopingfolgen machen es den Opfern zum Teil unmöglich, eine private Altersversorgung in Form einer Lebensversicherung oder auch einer Berufsunfähigkeitsversicherung abzuschließen. Das wiederum hat zur Folge, daß die Kinder der Betroffenen unversorgt zurückbleiben.“

Schon seit 2001 ging es darum, für „DDR-Zwangsdoping-Geschädigte“ eine sogenannte „Opferrente“ durchzuboxen, mit allen „Mitteln“.

Die Erforderlichkeit, eine Kausalität nachzuweisen, braucht nicht dargelegt zu werden (einmalig im Sozialsystem). Es geht um sehr viel Geld (Steuergeld).

Ein Beispiel: Ein „DDR-Zwangsdoping-Geschädigter“ bekommt mit 55 Jahren diese „Opferrente“ zugesprochen. Die „Opferrente“ beträgt demnächst monatlich 400 Euro. Keine Anrechnung beim Bürgergeld, keine Bedürftigkeitsprüfung, auch ein „DDR-Zwangsdoping-geschädigter Millionär“ hätte Anspruch (so die Planung der SED-Opferbeauftragten im Deutschen Bundestag). Bei einer Bezugsdauer dieser „Opferrente“ von 30 Jahren müßten die Steuerzahler den ungeheuerlichen Betrag von 144 000 Euro aufbringen. Jeder kann sich ausrechnen, wie hoch die Steuergeldsumme bei ca. 2000 „DDR-Zwangsdoping-Geschädigten“ wäre.

Johann Weber
Niederbayern

„RotFuchs“-Veranstaltungen im April

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonnabend, dem 5. April, 10 Uhr, spricht Hans Bauer (Rechtsanwalt), Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Meinungsfreiheit in Deutschland – Anspruch und Wirklichkeit**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 5. April, 10 Uhr, spricht Sebastian Pflugbeil (Minister in der Modrow-Regierung, Atomphysiker) zum Thema: **Kernenergie – Risiken und Chancen im Kontext aktueller politischer und ökonomischer Entwicklungen.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reutershagen

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 8. April, 16.30 Uhr, spricht Dr. Matthias Wiese zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2025 und auf welche „Überraschungen“ wir uns einstellen müssen.

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 10. April, 16 Uhr, spricht Carsten Hanke, Präsident der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFIS) in Rostock, zum Thema: **Die Situation in Lateinamerika.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 11. April, 15 Uhr, spricht Prof. Dr. Lutz Kleinwächter (WeltTrends e. V. Potsdam) zum Thema: **Neue Strategien für alte Kriege? Zur Entwicklung der aktuellen Lage und Hintergründe im Nahen und Mittleren Osten**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 12. April, 10 Uhr, spricht Oberst a. D. Dr. Hajo Lemke, 2. Vorsitzender des AK „Darmstädter Signal“ zum Thema: **Darmstädter Signal – ein Zeichen in unserer Zeit**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Bernau

Am Sonnabend, dem 12. April 2025, 15.00 Uhr, spricht Dr. Uwe Behrens zum Thema: Aktuelle Fragen der Entwicklung der Volksrepublik China – Zusammenhänge und internationale Wirkungen

Ort: Treff 23, Breitscheidstr. 43A, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 15. April, 18 Uhr: Veranstaltung zum Thema: **8. Mai und 9. Mai 2025 – 80. Jahrestag der Befreiung und des Sieges über den Hitlerfaschismus**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Mittwoch, dem 23. April, 14 Uhr: Gemeinsame Veranstaltung mit ISOR Neubrandenburg

Gedankenaustausch zum BSW, vertreten durch Harry Hahne, Ratsherr in der Stadtvertretung

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Adlerstraße 13, 17034 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Güstrow

Am Mittwoch, dem 23. April, 16 Uhr, spricht Hans Bauer (Rechtsanwalt), Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Meinungsfreiheit in Deutschland – Anspruch und Wirklichkeit**

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ RotFuchs“-Gruppe Chemnitz-Zwickau

Am Donnerstag, dem 24. April, 17 Uhr: Veranstaltung zum Thema: **Mit dem Auto in Rußland – Begegnungen, Erlebnisse und Eindrücke**

Powerpoint-Präsentation von Peter Müller

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 24. April 2025, 15 Uhr, spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Die militärpolitische Lage im Ukraine-Konflikt**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 25. April, 15 Uhr: Veranstaltung zum Thema: **Mit dem Auto in Rußland – Begegnungen, Erlebnisse und Eindrücke**

Powerpoint-Präsentation von Peter Müller

Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Saale-Orla

Am Freitag, dem 25. April, 17 Uhr, spricht Reiner Markgraf/Vertreter von Cuba Si/Gera zum Thema: **Kuba aktuell**

Ort: Gaststätte „Bayrische Bierstuben“, Schloßstraße 12, 07318 Saalfeld

VERANSTALTUNG IM MAI

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Donnerstag, dem 3.5.2025, 10 Uhr, spricht Dr. Lothar Schröter (Militärhistoriker und Buchautor) zum Thema: **Der Ukraine-Krieg – Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO – die andere Sicht**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33,03044 Cottbus

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats April!

Zum 97. Geburtstag

Brigitte Marx (Zörbig) am 4. April

Zum 96. Geburtstag

Ursula Münch (Strausberg) am 11. April

Zum 95. Geburtstag

Dr. Werner Irmeler (Wandlitz) am 15. April

Zum 93. Geburtstag

Gerd Ziemann (Berlin) am 6. April

Zum 91. Geburtstag

Erika Sauer mann (Halle) am 1. April

Zum 90. Geburtstag

Dr. Dr. Ernst Albrecht (Dormagen) am 12. April

Bernhard Wartke (Strausberg) am 20. April

Annelore Falke (Pößneck) am 25. April

Prof. Dr. Siegfried Mechler (Berlin) am 26. April

Zum 85. Geburtstag

Peter Bader (Lichtenau) am 2. April

Klaus Hesse (Leipzig) am 5. April

Hans Zimmermann (Berlin) am 8. April

Heinz Seidel (Berlin) am 13. April

Dr. Maria Simon (Leipzig) am 22. April

Zum 80. Geburtstag

Gert Leistner (Halberstadt) am 13. April

Renate Pöschmann (Zschopau) am 15. April

Gernot Rytter (Schwarzenberg) am 19. April

Zum 70. Geburtstag

Thomas Heyeckhaus (Bad Berleburg) am 2. April

Kay Hartung (Berlin) am 9. April

Heidemarie Gille (Teterow) am 19. April

Zum 65. Geburtstag

Albrecht Geißler (Chemnitz) am 18. April

Zum 60. Geburtstag

Torsten Schmidt (Potsdam) am 5. April

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



LESERBRIEFE

Warum Trump den Krieg beenden will

Das Geschäft mit dem Krieg in der Ukraine ist soweit gelaufen. Nun ist man in Washington zu dem Schluß gekommen, es sei besser, den Krieg jetzt zu beenden und den Profit durch den Wiederaufbau der Ukraine und den Abbau ihrer Rohstoffe zu sichern. Möglichst ohne die Europäer daran zu beteiligen, die laut jammern, weil sie sich um ihre Beute betrogen fühlen – haben sie doch so lange stets allem zugestimmt, was aus Washington kam, aktive Beihilfe geleistet und kräftig dabei draufgezahlt. Und jetzt will ihr großer „Freund“ alleine abräumen, ohne die Europäer zu beteiligen ...?

Der Zugriff auf die Rohstoffe in der Ukraine würde die USA unabhängiger von Rohstoffen, insbesondere von seltenen Erden, machen, die sie zur Zeit noch größtenteils aus China beziehen müssen.

Die Beendigung des Ukraine-Konflikts ist für die USA deshalb wünschenswert, weil sie bereits das nächste Ziel vor Augen haben: China. Je länger sie damit warten, ihren Hauptkonkurrenten aufs Korn zu nehmen, desto mehr geraten sie gegenüber China und seiner Volksarmee ins Hintertreffen. Für die China-Falken, die, einschließlich des Präsidenten selber, in Trumps Regierung in der Überzahl sind, ist dieses überfällig, denn drei Jahre sind mit der Ukraine unnütz verlorengegangen. Daß die US-Regierung und ihr Militärapparat nur die Exekutive ihrer Großkonzerne sind, hat sich mittlerweile auch in Rußland herumgesprochen. Auch auf die Idee der Europäer, „Friedenstruppen“ als Vorwand für die westliche Besetzung des Landes in die Ukraine zu schicken, wird Putins Mannschaft nicht hereinfallen. Moskau wird das nicht akzeptieren, denn Wladimir Putin ist nicht mit seinen beiden Vorgängern vergleichbar, die Rußland verraten und (fast) verkauft hatten. Ohne Rußland wird es keinen Friedensvertrag geben.

Der deutsche BlackRock-Knecht und designierte Kanzler Merz (CDU) und seine Gefolgschaft, dazu gehört auch Selenskyj, dem als letzte Hoffnung nur noch Europa bleibt, werden von Moskau und auch von Washington kaum ernstgenommen und als Randfiguren behandelt. Die große Politik machen andere: China, Rußland und die USA. Trumps

Mannschaft hat verstanden, daß die USA die unrealistischen Maximalforderungen von Europa und von Seleskyj nicht weiter mittragen können, sondern kompromißbereit sein müssen, wenn sie noch einigermaßen ungeschoren aus dem ukrainischen Desaster, das sie sich mit der NATO-Erweiterung selber eingebrockt haben, herauskommen wollen.

Peter Dornbruch/ Thailand

Verhandlungen statt Kriegskredite

Der machtpolitische Größenwahn breitet sich mit Riesenschritten in Deutschland aus. Ein designierter Kanzler und treu an seiner Seite stehender SPD-Fraktionsvorsitzender werfen ihre Wahlversprechen in den Orcus und, hast du nicht gesehen, steht eine unheilige schwarz-rote Kriegstreiber-Allianz. Die politisch so oft strapazierte Schuldenbremse ist plötzlich obsolet, und Milliarden von Euro sollen sinnlos in den Rachen der Rüstungsindustrie geworfen werden. Die klatscht Beifall, die Aktien schießen durch die Decke. Jetzt wird noch nachgelegt und die atomare Ausrüstung gefordert. Der selbstzerstörerische Wahnsinn kennt in den Parteizentralen von CDU, SPD und Co. keine Grenzen mehr. Merz und Klingbeil haben die vor den Wahlen geübte Zurückhaltung aufgegeben und eilen in trauter Gemeinsamkeit in eine kriegswütige Regierung. Ohne Skrupel und Hemmungen wollen sie ihre Mehrheiten im bereits abgewählten Bundestag für milliardenschwere Aufrüstungskredite nutzen. Keine politische Kraft soll sie davon abhalten. Erbärmlich, daß die SPD-Spitzen ganz vorne mit dabei sein wollen. Sie pokern nur noch um eine größtmögliche Machtbeteiligung. Wie immer heißt es bei den Sozialdemokraten, „wir müssen Verantwortung für Deutschland übernehmen“, auch wenn die sozialen Interessen der Bürger auf der Strecke bleiben. Die Herstellung der Kriegstüchtigkeit hat Vorrang. Da hat die SPD vielfache unrühmliche personelle Vorbilder, beginnend bei Reichswehrminister Noske. Leider bleibt auch Die Linke in ihren Aussagen zu den Kriegskrediten und Waffenlieferungen schwammig und ist damit keine wirkliche Hilfe für die noch immer schwachen Antikriegskräfte. Der parlamentarische Ausfall des BSW ist eine Katastrophe im konsequenten Kampf um Frieden und Abrüstung.

Raimon Brete, Chemnitz

Deutschland befindet sich auf Kriegskurs

Es gibt keinen Zweifel darüber, daß Deutschland den Weg in Richtung „Kriegstüchtigkeit“ eingeschlagen hat und diesen auch unter der neuen Regierungsmannschaft zügig verfolgen wird. Da wird für den „Heimatschutz“ eine 4. Division des Heeres aufgebaut – „nötig ist aber deutlich mehr“, wird gefordert. Die Personalstärke der Bundeswehr soll erhöht, die Wehrpflicht wieder eingeführt und die Rüstungsausgaben deutlich gesteigert werden. Der Ruf geht nach noch mehr Waffen, den Bau

von Bunkern zum „Bevölkerungsschutz“ usw. All das wird mit einer unerläßlichen Kriegstüchtigkeit gegen Rußland und für die Sicherheit Europas erklärt. Die britische Denkfabrik IISS hat 2024 im Vergleich der Großwaffensysteme von Rußland und der NATO festgestellt, daß Rußland hierbei deutlich festlegen ist. Aber, die Bürger sollen Angst vor einer russischen Invasion haben, denn nur so können die enormen Rüstungsausgaben begründet werden. Dafür werden Sozialleistungen gekürzt und ein nicht unerheblicher Teil der Wirtschaft soll im Militärisch-Industriellen Komplex vereinnahmt werden. So wurde z.B. das Unternehmen Waggonbau Görlitz vom Rüstungskonzern KNDS gekauft. Doch welches „Glück“ – Arbeitsplätze werden erhalten und neu geschaffen. Die Auftragsbücher der Rüstungskonzerne sind voll und für die nächsten Jahre werden hier bis zu 200 000 neue Jobs erhofft. Wofür? Für Tod und Zerstörung ...

Dietmar Hänel, Flöha

Gefahr eines großen Kriegsausbruchs nicht gebannt

Die Wahrheit stirbt nicht nur zuerst im Krieg, sondern lange schon davor. Wenn sich heute der scheinbar sich selbst als weltgrößten Dealer empfindende neue US-Präsident zum Frieden in der Ukraine „bekennt“, ist das nicht mehr als die Einsicht, daß der Deal in der Ukraine, wie ihn seine Vorgänger, die beiden Bushs, Clinton, vor allem aber Obama und Biden einfädelten und abwickelten, unergiebig wurde und geändert werden muß, damit er wieder mehr Profite abwirft. Dabei sollen Ressourcen für neue Abenteuer und „Deals“ frei werden, Trump zieht es nach Asien! Da sich die in Europa am Krieg interessierten Seiten darauf so schnell nicht einrichten können, ist das Gejammer groß. Die einzige Ausflucht in die hysterisch werdende Russophobie läuft allem Anschein nach ins Leere, so daß nach der von den USA erfolgreich sabotierten Zivilwirtschaft nun auch der Kriegswirtschaft die Flaute droht. Die von europäischen Eliten gesuchte Ausrichtung auf kriegerische Eskalationen wird zur akuten Gefahr für die Menschen in Europa. Denn man legt inzwischen Hand an durch diverse Provokationen aller Art. Die Kriegsgefahr ist nicht gebannt, was inzwischen aus mehreren Richtungen spürbar ist. Der offene Kampf scheint kurz vor dem Ausbruch.

Renato Lorenz, Berlin

Zum Abschneiden des BSW bei der Bundestagswahl

Der knapp verpaßte Einzug des BSW in den Bundestag ist nach meiner Einschätzung ein herber Rückschlag. Das Fehlen dieser Partei im Bundestag wird sich auf die gesamte Politik auswirken. Das BSW ist diejenige Kraft, die für die Erhaltung des Friedens und Zusammenarbeit mit Rußland eintritt.

Deutschland erlebt zur Zeit, wie auch mehrere andere europäische Länder, einen starken Rechtsruck. Eine solche Entwicklung droht, in die Katastrophe zu führen. Frau Weidel hat ausgesprochen, was Herr Merz immer noch verschweigt, nämlich, daß er seine Ziele nicht ohne die AfD nicht wird durchsetzen können. Schließlich gibt es, wie sie sagte, Übereinstimmung in wichtigen Fragen zwischen beiden Parteien. Damit kann man sich leicht ausrechnen, was da auf uns zukommt. Das Wahlergebnis vom 23. Februar heißt nichts Gutes. Es zeugt von der unübersehbaren Unzufriedenheit der Bürger, aber auch von der Unentschlossenheit einer beträchtlichen Anzahl.

Jetzt gilt es, eine starke außerparlamentarische Opposition zu gestalten. Die Aufgabe des BSW ist es nun, die Bevölkerung gegen die Kriegspolitik, für soziale Gerechtigkeit noch stärker als bisher zu motivieren. Es geht um darum, den Frieden zu erhalten.

Jürgen Förster, Dresden

Kriegshetze

Mit großer Sorge beobachte ich gegenwärtig die zunehmende Kriegshetze gegen Rußland in Berlin und Brüssel. Unter dem Deckmantel einer angeblich notwendigen Verteidigung gegen Rußland wird ein Militärprogramm aufgelegt, wie es die BRD und Europa noch nie erlebt haben. Wir müssen uns gegen einen mit Sicherheit kommenden Angriff von Rußland wappnen, der jeden Moment erfolgen kann, wird behauptet. Man gewinnt den Eindruck, daß der Angriff der Russen auf Deutschland und Europa jeden Moment erfolgt. Vor rund 90 Jahren ist ein kleiner Schnauzbart ähnlich vorgegangen. Das Ergebnis waren über 50 Millionen Tote. Warum wird das Feindbild „Rußland“ wieder hochgezüchtet? Für wen soll das gut sein? Der einzige Gewinner ist doch der MIK. Rheinmetall und Konsorten jubeln. Das Finanzkapital juchzt vor Vergnügen, weil unsere Kinder und Enkel die heutigen Schulden noch abbezahlen müssen. Sehen das die Menschen in diesem Land nicht? Wo sind die Leute, die vor 1989/90 geschrien haben, „Frieden schaffen ohne Waffen“ oder „Waffen zu Pflugscharen schmieden“? Die Medien tun ihr übriges und unterstützen diesen Wahnsinn. Ganz selten, daß mal eine gegenteilige Meldung veröffentlicht wird. Den Russen wird unterstellt, sie wollten Europa und Deutschland angreifen, doch Beweise dafür werden nicht erbracht. Rußland hat Sicherheitsinteressen, so wie die USA, Europa und auch Deutschland. Es interessieren aber nur die Interessen des Westens, die Rußlands werden negiert. Die Ursachen für diesen Krieg werden verschwiegen.

Norbert Winkelmann, E-Mail

US-Mittelstreckenraketen in Deutschland – Nein!

2026 oder 2027 sollen in Deutschland US-amerikanische Mittelstreckenraketen

stationiert werden. Dem vermeintlichen Feind Rußland unterstellt der Wertewesten die Planung eines Angriffs auf Polen, das Baltikum, Deutschland, auf Europa. Dafür gibt es keine Belege. Doch US-Raketen stehen in Deutschland, Atomwaffen lagern schon hier (bei Büchel). Das mag zur Sicherheit der USA beitragen, aber nicht zur Sicherheit Deutschlands und Europas. Der vermeintliche Gegner würde immer die feindlichen Waffensysteme an ihren Standorten vernichten, ein Hauptstandort ist Deutschland. Wem dient also die Raketenstationierung bei uns? Den USA? Europa und Deutschland? Europa und Deutschland werden potentiell Schlachtfeld der Vorwärtsverteidigung der USA. So entsteht eine unmittelbare Bedrohungssituation für die deutsche Bevölkerung. Und da regt sich kein Widerstand? Die Parlamentarier lassen uns, bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Rolf Mützenich/SPD) im Stich, die meisten Parteien ebenso, die Kirchen, bis auf wenige Ausnahmen (wie z.B. der Militärbischof F.-J. Overbeck und die ehemalige Bischöfin Margot Käßmann) halten die Hände still, von den Gewerkschaften hört man nichts, und Kritiker dieses Wahnsinns seien „gefährlicher als jede Rakete“. In den Kurzfassungen ihrer Wahlprogramme (z.B. bei Wahl-O-Mat) haben CDU, SPD, Grüne und FDP zu den militärischen Problemen Ukrainekrieg und Israel und zur generellen Aufrüstung Deutschlands bezeichnenderweise nichts verlauten lassen.

Wolfgang Mengel, Stralsund

8. Mai 1945 – Es war eine Befreiungstat

Erneut stehen ein 8. und ein 9. Mai bevor. Beides sind Tage des Gedenkens an einen Sieg vor 80 Jahren, der von weltgeschichtlicher Bedeutung ist. Alle daran beteiligten Armeen verdienen als Befreier vom Faschismus höchste Anerkennung. Jedoch nur die Rote Armee der Sowjetunion eröffnete den Völkern, der durch sie befreiten Gebiete die Möglichkeit zur Schaffung einer völlig neuen Gesellschaftsordnung. Dadurch stand auch meinem Heimatland, der DDR, der Weg für den Aufbau eines besseren Gesellschaftssystems, als es der Kapitalismus ist, offen. Trotz mancher Mängel, Defizite und Fehler lautet mein Fazit: Meine Familie und ich lebten glücklich in dem „untergegangenen“ Land. Weshalb die ausbeutungsfreie Ordnung in diesem Staat, nach mehr als vier Jahrzehnten ein abruptes Ende fand, ist uns weitgehend bekannt und wird hier nicht thematisiert. Angesichts der aktuellen besorgniserregenden nationalen und internationalen Lage ist es wichtig, dieses achtzigjährige Jubiläum nicht „unter den Tisch“ fallen zu lassen, sondern an beiden Tagen ganz bewußt den Befreier auf vielfältige Weise zu danken. Im Gegensatz zu der heute überwiegend benutzten Vokabel, Befreiung vom „Nationalsozialismus“, trete ich für die Verwendung des Begriffes „Hitlerfaschismus“ – bezogen auf

Deutschland – ein. Das NS-Regime war weder national noch sozialistisch. In einer Gedenksprache am 8. Mai 2019 wurde es von Dr. phil. D. Rostowski, Sprecher der Initiative zum Gedenken an die Opfer faschistischer Gewalt ..., wie folgt charakterisiert: „Es war verbercherlich, mörderisch, rassistisch, kriegerisch und völkerverachtend.“ Dieser sechs Jahre alten Einschätzung stimme ich uneingeschränkt zu. Die Würdigung der Befreiungstat sollte von allen friedliebenden Menschen damit verbunden werden, der gegenwärtigen hemmungslosen russophoben Hetze, einhergehend mit der Forderung nach „Kriegstüchtigkeit“, entgegenzutreten. Rußland, China und jedwedes andere Volk dürfen niemals im Visier der Feinde der Menschheit stehen. Friedenswillen und Friedentüchtigkeit muß von den herrschenden Kreisen Deutschlands mit Nachdruck eingefordert werden. Das sind wir nicht nur den 27 Millionen Menschen, die die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg verlor, schuldig. Ein dritter „Weltenbrand“, hätte noch verheerendere Folgen, auch für die Völker Mitteleuropas. Stellen wir uns den „Brunnenvergiftern“ mit Worten und Taten entgegen!

Reinhardt Koblischke, Aschersleben

Einer von uns

Die Ergebnisse der Wahlen vom 23. Februar sind keine Überraschung und geben keinerlei Grund, erwartungsvoll auf einen Friedenskurs der neuen Regierung zu hoffen. Ein solcher Kurs aber war Staatsdoktrin in der DDR. Kein Mensch mußte befürchten, für die Vorbereitung eines Krieges mißbraucht zu werden. Das oberste Ziel der DDR war es, den Frieden zu bewahren. Einer der Unzähligen, die sich dafür einsetzten, war Thomas Hentschel. Nach dem Abitur trat er in die sich bildenden Volksstreitkräfte ein, in denen er 32 Jahre – davon viele Jahre als Militäringenieur bei den Luftstreitkräften der NVA – diente. Damit tat er Dienst in der einzigen deutschen Armee, die keine Kriege geführt hat, sondern für deren Vereitelung kämpfte. Am 12.2.2025 starb Thomas 88-jährig. Er war ein Freund, der sein ganzes Leben und seine ganze Kraft für eine bessere Welt einsetzte. Davon zeugen nicht zuletzt auch seine Bücher „Zweimal Lugowaja und zurück oder Aufrecht unter Zehn Fahnen – eine Familiengeschichte“ (2018) und „Zweimal Lugowaja und zurück und eine Abrechnung – mein Leben in drei Gesellschaftsordnungen“ (2020) sowie sein drittes Buch „Nachwende-geschichten“, in welchem er sein Leben als gelernter und gelebter DDR-Bürger in der Bundesrepublik darstellte.

Thomas konnte zuhören wie ein lauschender Baum. Unerschütterlich und stark, innere Schmerzen verbergend, blieb er seinen Überzeugungen treu. Der Mensch Thomas Hentschel lebt fort in seinen Geschichten und unserer Erinnerung – das hat er den Bäumen voraus.

Gerhard Reschke, Strausberg



Sowjetisches Ehrenmal in Berlin-Tiergarten (Foto: Wolfgang Metzger)

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für das Mai-Heft ist

der 28. März.

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.